DER ROTE GOTT
Stalin und die Deutschen

Lukas Verlag

Mit freundlicher Unterstützung
des Fördervereins Gedenkstätte
Berlin-Hohenschönhausen

Lukas Verlag

DER ROTE GOTT
Stalin und die Deutschen

Katalog zur Sonderausstellung
Herausgegeben von Andreas Engwert und Hubertus Knabe
für die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

6
Vorwort
Hubertus Knabe

Stalin-Bilder vor 1945

13
Stalin und die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik
Bernhard H. Bayerlein

25
Das Bild Stalins und der Sowjetunion im nationalsozialistischen Deutschland
Jan C. Behrends

34
Der Hitler-Stalin-Pakt

37
Deutsche Genossen im Mahlstrom der „Großen Säuberung“ 1936 bis 1938
Peter Erler

50
Die Stalinorgel

Stalinismus in Deutschland

55
Stalins Deutschland – die Durchsetzung der kommunistischen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone
Stefan Donth

72
Opfer stalinistischer Parteisäuberungen in Hohenschönhausen

75
Repression als Instrument stalinistischer Herrschaft in Ostdeutschland
Matthias Uhl

84
Der Fall Robert Bialek

Stalin-Kult in der DDR

89
Die Erfinder und Träger des Stalin-Kultes in der SBZ und der frühen DDR
Jan C. Behrends

98
Musterstücke des Sozialismus – Geschenke zu Stalins 70. Geburtstag

100
Die Stalin-Note

103
Deutschlands bester Freund – Stalin und die deutschen Intellektuellen
Gerd Koenen

109
Ein neuer Städtebau zur Legitimation der DDR: Der zentrale Platz in Berlin
Jörn Düwel

126
Die Stalin-Pavillons – Kapellen der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft

129
Ikonografie des Stalin-Kultes in der DDR
Andreas Engwert

Entstalinisierung

161
Stalins langer Schatten
Hubertus Knabe

170
Ein fataler Druckfehler – der Fall *Tribüne*

Anhang

174
Autorenbiografien

Danksagung

Leih- und Lizenzgeber

175
Literaturempfehlung

176
Bildnachweis

Impressum

Hubertus Knabe

Vorwort

Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili – kaum ein anderer ausländischer Politiker des 20. Jahrhunderts hat so nachhaltigen Einfluss auf Deutschland ausgeübt wie der georgische Politiker, der unter dem Kampfnamen Stalin (der Stählerne) fast 30 Jahre an der Spitze der Sowjetunion stand. Der Sohn eines Schumachers aus Gori war maßgeblich mitverantwortlich für den Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg, für die Abtrennung der deutschen Ostgebiete, für die Installierung einer kommunistischen Diktatur in Mitteldeutschland und für die 40-jährige Teilung Deutschlands.

Gleichwohl ist Josef Stalin hierzulande weitgehend aus dem Blick geraten. Seine Rolle als Bezwinger Adolf Hitlers und Verantwortlicher für den Massenterror in der Sowjetunion mag historisch Interessierten zwar noch präsent sein. Doch nur wenige dürften wissen, wie sehr er die Nachkriegsentwicklung im Osten Deutschlands geprägt hat. Das, was heute als SED-Diktatur bezeichnet wird, war in Wirklichkeit ein Regime, dessen Aufbau bis ins Detail von Stalin festgelegt wurde. Die deutschen Kommunisten um Walter Ulbricht erscheinen wie Gehilfen, die den Willen des sowjetischen Diktators umsetzten. Wie Schüler wurden sie regelmäßig zum Rapport in die Zentrale der Besatzungsmacht in Berlin-Karlshorst oder direkt nach Moskau bestellt, wo sie mit herablassender Geste neue Instruktionen erhielten.

Erst recht in Vergessenheit geraten ist, dass Stalin in Deutschland jahrelang wie ein Heiliger verehrt wurde. Für die in Ostdeutschland herrschende SED und die von ihr kontrollierte Öffentlichkeit war er „der größte Genius

unserer Epoche“, der „Erbauer des Sozialismus“ in der Sowjetunion, der „geniale Feldherr“ im Zweiten Weltkrieg und „der beste Freund des deutschen Volkes“ nach der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten. Betriebe, Straßen und eine ganze Stadt wurden nach ihm benannt. Schriftsteller wie Johannes R. Becher huldigten ihm in pathetischen Gedichten. Überall in Ostdeutschland hingen an den Hauswänden riesige Konterfeis des Diktators, in Berlin, Leipzig und anderen Städten erhoben sich meterhohe Stalin-Denkmäler. Zum 70. Geburtstag des Diktators am 21. Dezember 1949 bastelten „Werktätige“ und Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation FDJ in der ganzen DDR für ihn Geschenke. Und nach seinem Tod am 5. März 1953 fanden an den „Stalin-Ecken“, die es in jedem Betrieb und jeder Schule gab, Tausende Trauerfeiern statt, bei denen unzählige Tränen flossen.

Der Kult um den „Führer“ (russisch: Vožd’), wie sich Stalin seit 1929 nennen ließ, ist heute nur noch schwer zu verstehen – besonders, wenn man bedenkt, dass Stalin Hunderttausende Deutsche deportieren oder in Lager einsperren ließ, die ein Drittel der Häftlinge nicht überlebte. Selbst eingedenk der Tatsache, dass die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit bis zu 50.000 Offizieren die Politik in ihrer Besatzungszone bis ins Detail dirigierte, ist es erstaunlich, dass sich so viele Menschen in den Bann des Diktators schlagen ließen. Der Wunsch nach Identifikation mit einer starken Führerfigur, die Überhöhung eines Menschen als Ersatz für religiöse Anbetung im Zeitalter der Säkularisierung, das Bedürfnis, sich unterzuordnen und in der Masse unterzugehen – all das sind Aspekte, die bereits während der zwölfjährigen Diktatur der Nationalsozialisten das Verhalten vieler Deutscher geprägt hatten und die nach 1945 unter anderen politischen Vorzeichen fast bruchlos weitergeführt wurden. Was nach außen als Antithese zum Nationalsozialismus auftrat, war in vielerlei Hinsicht wesensverwandt mit diesem, auch wenn die meisten Akteure sich das niemals eingestanden hätten.

Die Sonderausstellung „Der rote Gott. Stalin und die Deutschen“ in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen widmet sich erstmals detailliert dem Personenkult um den sowjetischen Diktator in Deutschland – von seinen Anfängen in der Weimarer Republik bis zum Sturz der SED-Herrschaft im Herbst 1989. Dieser Katalog zeichnet die Themen der Ausstellung nach und zeigt deren wichtigste Objekte. Zusätzlich liefert er vertiefende Analysen durch Experten, die sich oftmals schon seit Jahren mit der Materie befassen. Ausstellung und Katalog machen auf beklemmende Weise sichtbar, wo die Ursprünge der SED-Herrschaft zu verorten sind und wie sehr der Kult um Josef Stalin die Entwicklung der DDR geprägt hat.

Die Ausstellung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist das Ergebnis mehrjähriger Recherchen. Zu danken ist dafür insbesondere dem Kurator Andreas Engwert und seinem Team um Eva Langhals und Björn Boldt, die von Pia Heine, Alexander Hoeflich, Alexander Kendzia und anderen unterstützt wurden. Sie haben die Ausstellung konzipiert und ihre zahlreichen Objekte zum Teil aus den entlegensten Winkeln der Welt zusammengetragen. Welcher Aufwand damit verbunden war, zeigt beispielhaft das viereinhalb

Meter hohe Duplikat der Berliner Stalin-Statue, das in Ulan-Bator, der Hauptstadt der Mongolei, gefunden und in einem aufwendigen Schwerlasttransport eigens nach Berlin gebracht wurde.

Besonderer Dank gebührt den Autoren dieses Kataloges, die nicht nur mit ihren Texten das Thema ausgeleuchtet, sondern auch mit fachlichem Rat zur Entwicklung der Ausstellung beigetragen haben. Ein großer Dank gilt auch Prof. Jörg Baberowski, der das Projekt von Anfang an mit seinem umfangreichen Wissen und klugen Anregungen begleitet hat. Zum Gelingen beigetragen haben zudem noch weitere Mitarbeiter der Gedenkstätte, insbesondere die Historiker Stefan Donth und Peter Erler sowie die Verwaltungsmitarbeiter Konrad Fickelscher, Nicole Fromme, Jessica Piwecki und Franziska Andree. Ebensolcher Dank gilt dem Verleger Frank Böttcher, den Grafikern Mathias Beyer und Dieter Wendland sowie der Lektorin Tanja Ruzicska, die sich der Umsetzung des Katalogs mit großem Engagement gewidmet haben. Last but not least ist den für Kultur Zuständigen der Bundesregierung und des Landes Berlin sowie dem Förderverein Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu danken, ohne deren finanzielle Unterstützung weder Ausstellung noch Katalog möglich gewesen wären. Mögen die Anstrengungen aller Genannten dazu beitragen, den Kult um den pockennarbigen Mann aus Gori zu entschlüsseln und dessen Ursachen und Folgen für Deutschland bloßzulegen.

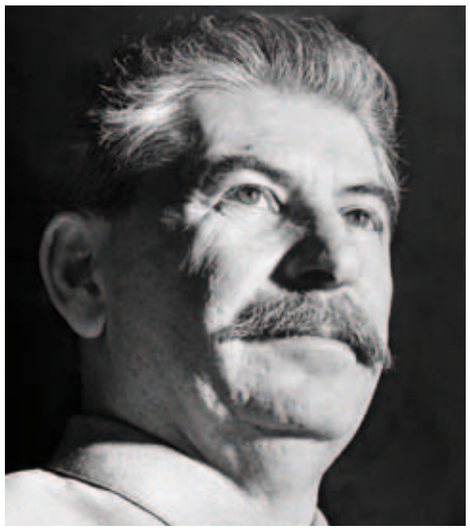
1 2 3

4 5 6

7 8 9

Stalin in den Jahren 1902 bis 1952

1 1902.
2 1910.
3 1919.
4 1925.
5 1929.
6 1939.
7 1941.
8 1945.
9 1952.



Stalin-Bilder vor 1945

Beilage zum KPD-Zentralorgan *Die Rote Fahne*, 1931.

Bernhard H. Bayerlein

Stalin und die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik

Von meinen Lehrern im Studium, Hermann Weber, Siegfried Bahne, Moshe Lewin und Pierre Broué hatte sich mir eingeprägt, dass die „Stalinisierung" der KPD ab 1923/1924 und der Stalinismus als Herrschaftssystem des bürokratischen Absolutismus zu Beginn der 1930er Jahre angesetzt werden kann. Die genannten Historiker und Kommunismusforscher waren sich darin einig, dass die tiefgreifenden politischen und kulturellen Wandlungen und Transformationen der Sowjetunion in den 1920er und 1930er Jahren auch entscheidend für Stalins Verhältnis zur Komintern und zum deutschen Kommunismus waren. Joseph Weber, der hellste Kopf der linken Opposition der KPD in den 1930er Jahren, hatte diese fundamentale Erkenntnis in den 1950er Jahren auf den Punkt gebracht: „Es ist ganz gleich, wie man den Bolschewismus als historisch-politische Strömung ‚an sich' bewertet und ob man ihm Hass und Feindschaft entgegenbringt, aber ihn mit Stalinismus gleichzusetzen, ist ‚einfach unmöglich'. Dass der Stalinismus gewisse marxistische Phrasen benutzt, sich auf (einen gräulich verfälschten) Lenin beruft und es ‚folglich' gewisse Verbindungen zwischen Marx-Lenin und Stalin gibt", sei dagegen eine Binsenweisheit.[1]

Was das Verhältnis Stalins zur KPD und seine höchst traumatisierende historische Rolle für den deutschen Kommunismus betrifft, so lässt sich dies nur im Rahmen eines Wirkungsdreiecks historisch korrekt rekonstruieren und mit Erkenntnisgewinn analysieren, das von der Partei selbst, der Kommunistischen Internationale (Komintern) als intermediärer Organisation und last but not least der Sowjetunion als staatlicher Struktur mit der herrschenden

kommunistischen Partei gebildet wird. Seit Öffnung der Archive vor fast 25 Jahren wurde dieses Modell unterschiedlicher Stränge einer verflochtenen Geschichte erstmals im Rahmen einer kritischen Edition systematisch auf die KPD angewendet.[2] Als Quintessenz dieser Verflechtungsgeschichte drängen sich zwei zentrale Schlussfolgerungen auf: Erstens wurden Komintern (als bürokratisches „Babylon“) und kommunistische Parteien seit Mitte der 1920er Jahre maßgeblich durch den nationalpopulistischen sowjetischen Stalinismus zersetzt und im Laufe der folgenden zehn Jahre in multiple sowjetisch dominierte Kanäle zur weltweiten Beeinflussung von Staats- und Regierungsstrukturen transformiert. Und zweitens: Die Weltrevolution, die nach der Oktoberrevolution eigentlich Deutschland erfassen und damit den Weg zur Befreiung der Arbeiter Europas und der Welt von wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung ebnen sollte, endete in der systemischen Paranoia des Stalin'schen Terrors, in politischem Massenmord und der Deportierung ganzer Völker.

Was die Wirkungsweise dieses immer stärker von der personellen Herrschaftspraxis Stalins dominierten Kräftedreiecks in der Periode der Weimarer Republik angeht, lässt sich der tiefgreifende Transformationsprozess im Verhältnis zur KPD in fünf unterschiedliche Phasen aufschlüsseln.

Die erste Phase umfasst die Entstehung der KPD, ihre Entwicklung zur Massenpartei nach der stecken gebliebenen Novemberrevolution und den gescheiterten Aufstandsversuchen der Jahre 1920 und 1921. Die zweite Phase reicht von 1922 bis 1923, geprägt von der Spannung zwischen den scheinbar gegensätzlichen Polen der „Rapallo“-Politik des engen Bündnisses mit dem Deutschen Reich einerseits und der deutschen Revolution als strategische Zielvorstellung der Bolschewiki andererseits. Die Niederlage der deutschen Revolution im Herbst 1923 bildet den Abschluss der revolutionären, auf ihrem Höhepunkt sozialen, politischen und institutionellen Nachkriegskrise. Vor nunmehr 90 Jahren wurde letztmals ein revolutionärer Aufstand der deutschen Arbeiter geplant und vorbereitet; ein Ereignis, wie es – so seinerzeit der Befehlshaber der Roten Armee – nur einmal alle tausend Jahre stattfindet, sollte den Pfad Weimars zum Tausendjährigen Reich stoppen. Der „Deutsche Oktober“ auf dem Höhepunkt der Nachkriegskrise, der den Umbruch auch in Mittel- und Westeuropa einleiten und die Isolierung der Sowjetunion durchbrechen sollte, scheiterte und war zugleich das Entree Stalins auf der Bühne der internationalen Politik. Stalin hatte den Leitspruch Lenins, notfalls auch bereit zu sein, für Deutschland und die deutsche Revolution zu sterben, allerdings nicht verinnerlicht. Seine Rolle während der Ereignisse schwankte größtenteils zwischen der eines vorsichtigen Warners und der eines ängstlichen Abwieglers. Während seiner gesamten langen Herrschaft war das ein Leitmotiv: Stalin scheute vor der Revolution zurück, er hielt sie für zu gefährlich oder für undurchführbar. Vor allem hielt er die westlichen Arbeiter dazu nicht für fähig.

Die dritte Phase dieser besonderen Beziehung entsprach der relativen Stabilisierung der Republik in den Jahren 1924 bis 1928 bei gleichzeitiger „Bolschewisierung“ der KPD, das heißt der Übertragung der russischen Parteistrukturen

auf die kommunistischen Parteien weltweit, die mit dem Beginn der Stalinisierung einherging. Im Rahmen der Formel des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ (nämlich in der Sowjetunion) wurde in der Diplomatie die Verständigungspolitik zunächst fortgesetzt. Doch unabhängig von der KPD folgte der Intensivierung der russisch-deutschen Beziehungen (Berliner Vertrag 1926) eine Phase der Frustration, gepaart mit Isolierungsängsten der Sowjetunion aufgrund der verstärkten Westorientierung Weimars (Locarno-Verträge). Die daraufhin von staatlicher Moskauer und Komintern-Seite aufgebauten Bedrohungsszenarien erfassten die KPD im Rahmen des seit 1927 verstärkt proklamierten Kriegsgefahrsyndroms. Die Verteidigung der Sowjetunion gegen die – in dieser Phase imaginierte, künstliche –„imperialistische Kriegsgefahr“ wurde zur operativen und strategischen Hauptaktivität erhoben.

Die vierte Phase im Verhältnis zwischen Stalin und der Weimarer KPD entsprach der von der Komintern verkündeten „Dritten Periode“ als weltweite Zuspitzung der Klassenkämpfe, die mit der Institutionalisierung des Stalinismus in der Sowjetunion einherging. Für Deutschland bedeutete dies den Kampf gegen die Weimarer Koalition, und besonders der SPD. Sie ließ Stalin unter dem Signum des „Sozialfaschismus“ zum Hauptfeind hochstilisieren und als vermeintlichen „Hauptorganisator einer kapitalistischen antisowjetischen Einheitsfront“ bekämpfen. In der Historiografie häufig übersehen wurde allerdings, dass Stalin einen Zickzackkurs verfolgte und mitten in der ultralinken „Dritten Periode“ das Pendel auch nach rechts ausschlagen ließ, ja Vorstöße in Richtung eines nationalpopulistischen KPD-Kurses machte. Dies betraf die in schwülstigen, nationalistischen Tönen daherkommende KPD-Programmerklärung von 1930 genauso wie Stalins Hineinregieren in die KPD zum sogenannten „Roten Volksentscheid“ 1931 oder sein Abwiegeln anlässlich der Regierungsbildung von Papen 1932. Jede auf „Revolutionierung“ ausgerichtete Position nütze nur denjenigen, die einen Bruch mit der Sowjetunion wollten, so seine Begründung.

Die letzte Phase der KPD-Politik in der Weimarer Republik umschließt den Machtantritt der Hitler-Regierung, die katastrophale, kampflose Niederlage der KPD, mit ihrer schnellen Zerschlagung am Ende der Weimarer Republik. Die „Machtergreifung“ stellt als „welthistorische Katastrophe“ (Heinrich August Winkler) nach dem „deutschen Herbst“ des Jahres 1923 und der Tragödie der chinesischen Revolution 1925/1927 auch einen Periodenwechsel der Globalgeschichte dar. Zugleich war es die bisher fatalste und folgenreichste Niederlage von Komintern, Sowjetunion und der KPD als drittstärkster deutscher Wählerpartei und wichtigster Bastion des Kommunismus außerhalb der Sowjetunion. Auch der Marxismus der Arbeiterbewegung scheiterte damit endgültig, die Komintern zog während der beiden Folgejahre keine Konsequenzen aus der Niederlage. Gemeinsam mit der SPD lehnte die KPD – mit zusammen mehr als 13 Millionen Wählerstimmen 1932 (!) – eine Aktionseinheit oder Einheitsfront gegen Hitler ab. So weit ging der „Bürokratismus der antifaschistischen Parteien und Organisationen“ und die „in ihnen ausgeübte Apparatdiktatur“ (Werner Thormann).

Im Politbüro machte allein Hermann Remmele, der wenigstens den Mut dazu hatte (und später in Russland umgebracht wurde), sich selbst und die Parteiführung insgesamt dafür verantwortlich. Die „von legalistischem Kretinismus befangene“ KPD-Führung hätte sich einer „ungeheuerliche[n] Unterschätzung des Ernstes der Lage für das deutsche und internationale Proletariat“ schuldig gemacht.[3] Die Verantwortung Stalins und der Komintern wurde dabei außen vor gelassen. Zwar gab es zu diesem Zeitpunkt noch keinen offenen Stalin-Kult in der KPD, doch Stalin war bereits unnahbar, ja unantastbar geworden. In gewisser Weise übernahm der Thälmannkult diese Funktion. Der Parteiführer wurde 1928 von Stalin politisch gerettet und dann zum roten „Führer“ gegen Hitler aufgebaut.

Stalin fand sich schnell mit der „Machtergreifung“ Hitlers ab. Geht man anhand der neuen Dokumente den Gründen für die moderate bis verständnisvolle sowjetische Haltung gegenüber der Hitler-Regierung nach, werden Abgründe sichtbar. Wenn überhaupt, bekam die Öffentlichkeit nur einige Zwischentöne mit. Heute ist die Hypothese begründet, dass Stalin auf die nationale Karte setzte und langfristig ein neoimperiales Rearrangement mit dem Deutschen Reich anstrebte, keinesfalls jedoch den revolutionären Ausweg und die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung gegen Hitler, wie es viele KPD- und SPD-Mitglieder und die unabhängige Linke einforderte.

Stalins nationalpopulistisches Appeasement gegenüber Hitler machte die Tragödie des deutschen Kommunismus perfekt. Bis auf einige antikapitalistische Anspielungen und falsche historische Analogien hatte dies mit Solidarität, Antifaschismus und Empathie kaum etwas zu tun, auch nicht mit Realpolitik angesichts eines Gegners, der die Zerschlagung der Sowjetunion und des Kommunismus ja schließlich zum Programm erhoben hatte. Für das Kalkül eines dauerhaften Arrangements schien Stalin bereit, über Leichen zu gehen, auch was die KPD und die eigenen Leute anging. Das Moskauer Politbüro verhielt sich weitgehend passiv zum Abschlachten der deutschen Kommunisten.[4] In verdeckter, von der Öffentlichkeit unbemerkter Weise verfolgte Moskau diese Perspektive gegen die öffentliche Weltmeinung, gegen die größtenteils ahnungs- und orientierungslose KPD, gegen die Sozialdemokraten als Hauptfeinde und gegen den als Teufel bekämpften Todfeind Trotzki. Dieser hatte jedoch seit Beginn der 1930er Jahre unablässig eine Einheitsfront der beiden großen Arbeiterparteien gegen Hitler und nach der Machtübernahme staatliche verteidigungspolitische Maßnahmen zum Schutz der Sowjetunion eingefordert. Die im Wissen um Stalins „Neutralität“ erbarmungslos verfolgten deutschen Kommunisten (viele fühlten sich von der eigenen Parteiführung verraten) wurden zusammen mit den KPD-Emigranten in der Sowjetunion Opfer der wohl bedeutendsten, kollektiven Ermordung einer politischen Gruppe im blutigen 20. Jahrhundert. Die Tragödie des deutschen Kommunismus und die Zerschlagung von Arbeiterbewegung und Demokratie war in gewissem Sinn auch Voraussetzung für den späteren Holocaust als größtem Völkermord der Zeitrechnung. Es begann mit dem Reichstagsbrand als Fanal eines imaginären kommunistischen Umsturzes. Von den 300.000 KPD-Mitgliedern (1932)

befanden sich während der NS-Diktatur circa 150.000 in Haft, circa 20.000 wurden ermordet, die Stalin'schen Opfer unter den KPD-Emigranten in der Sowjetunion nicht eingerechnet. Trotz heroischer Widerstandsversuche richtete sich die KPD nicht mehr auf. Zugleich wurden in geheimen Missionen (Karl Radek, Sergej Bessonov, David Kandelaki und andere) die russischen Kontakte mit der NS-Regierung fortgesetzt. Heute scheint die Hypothese nicht mehr abwegig, dass – wenn auch über unterschiedliche Zwischenstufen – damit der Pfad zu einem festen Bündnis mit dem Deutschen Reich eröffnet wurde, der 1939 im Stalin-Hitler-Pakt und der offenen Freundschaft mit Hitler-Deutschland endete.

1 Joseph Weber: Krieg als Ausweg?, in: Ders.: „Dinge der Zeit". Kritische Beiträge zu Kultur und Politik. Mit einem Vorwort von Michael Schneider, Hamburg 1995, S. 141 – 164, hier S. 160.

2 Der vorliegende Beitrag stützt sich maßgeblich auf meine Erörterungen und die publizierten Dokumente in: Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein, Aleksandr Galkin: Deutschland, Russland, Komintern. Bd. 1. Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die Deutsch-Russischen Beziehungen (1918 – 1943), Berlin-Boston 2014. Open access: http://www.degruyter.com/view/product/186108; Bd.2. Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zur Geschichte der KPD und den Deutsch-Sowjetischen Beziehungen. Unter Mitarbeit von Gleb J. Albert, Mariana Korčagina und Natal'ja Lebedeva, Berlin-Boston, 2015, S. 742 – 747 (Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts.
6.1 und 6.2). Open access: http://www.degruyter.com/view/product/212875.

3 Der Brief Remmeles (Ps. Herzen) an die KPD-Führung vom 12. 4. 1933 (RGASPI, Moskau, 495/293/129, 27 – 52) in: Weber/Drabkin/Bayerlein: Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 2, S. 998 – 1005. Open access: http://www.degruyter.com/view/product/212875.

4 Hierzu auch mein Artikel: Bernhard H. Bayerlein: Das geheime Winogradow-Treffen im Februar 1933. Wie Moskau die Gegner Hitlers im Stich ließ. In: *INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, Heft 1/2017. Open access: http://indes-online.de/autor/bernhard-h-bayerlein.

1 2 3 4 5 6

1 Coverentwurf von John Heartfield für die Stalin-Schrift „Fragen und Antworten“, 1924.
2 Erste auf dem deutschen Buchmarkt erschienene Schrift Stalins, 1925.
3 Erste im deutschen Buchhandel erhältliche Veröffentlichung über Stalin (Festschrift anlässlich seines 50. Geburtstags), 1930.
4 Von der KPD veröffentlichte Stalin-Rede zur Industrialisierung der Sowjetunion, 1931.
5 Enthüllungsbuch eines aus der Sowjetunion geflohenen Mitarbeiters Stalins, 1931.
6 Kritische Stalin-Biografie des Moskau-Korrespondenten der *Kölnischen Zeitung*, 1932.

10 Pfg
STALIN
NEUE LAGE
NEUE AUFGABEN
des
wirtschaftlichen
Aufbaues

STA
LIN
DER ROTE DIKTATOR
PAUL ARETZ GMBH · BERLIN

COLEMANS KLEINE BIOGRAPHIEN
STA
LIN
VON
ARTUR W. JUST

1 **3**

2 **4**

1 Ernst Thälmann (vorne links) und sein Stellvertreter Willy Leow auf einer Kundgebung des Roten Frontkämpferbundes, 1926.
2 Gefälschte Aufnahme in einem DDR-Bildband (Leow war im sowjetischen Exil als angeblicher Trotzkist erschossen worden), 1955.
3 KPD-Parteiführung vor dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus (rechts Ernst Thälmann), 1933.
4 Gefälschtes Bild in einem DDR-Bildband (links Walter Ulbricht). Aus der Partei gedrängte oder von Stalins Geheimpolizei erschossene Parteiführer wurden wegretuschiert, 1955.

Seiten 22/23 Massenkundgebung der KPD im Berliner Lustgarten, um 1924.

MIT UNSERN LE
SCHÜTZEN WIR DIE SO
UN

IBERN
VJET-
ION

Die Satirezeitschrift *Kladderadatsch* greift die Massenerschießungen während des „Großen Terrors“ in der Sowjetunion auf, 1937.

Jan C. Behrends

Das Bild Stalins und der Sowjetunion im nationalsozialistischen Deutschland

Der Topos des „jüdischen Revolutionärs“ ist älter als der Nationalsozialismus. Bereits während des Bürgerkrieges in Russland verbreitete sich in Europa die Vorstellung vom „jüdischen Bolschewismus“, in der innere und äußere Gegner zu einem wirkungsmächtigen Feindbild verschmolzen. Anfangs stand Leo Trotzki wie kein anderer Bolschewik für diese Bedrohung aus dem revolutionären Russland.[1] In seiner Person verbanden sich Versprechen und Schrecken der Revolution. Lenins Nachfolger Stalin hatte zunächst eine weit geringere Prominenz in der europäischen Öffentlichkeit.

Bereits der Beginn der nationalsozialistischen Bewegung war von der Auseinandersetzung mit der Russischen Revolution und der bolschewistischen Herrschaft in Russland geprägt. Emigranten aus Russland wie Alfred Rosenberg spielten eine wichtige Rolle in den frühen Jahren des Nationalsozialismus und importierten die Vorstellung vom „jüdischen Bolschewismus“ nach Deutschland.[2] Auch nachdem sie 1933 die Macht ergriffen hatten, blieben die Nationalsozialisten der Idee verpflichtet, dass die kommunistische Diktatur in Russland eine „jüdische“ Erfindung und Teil einer internationalen Verschwörung sei. Für sie herrschte in der Sowjetunion Rassenkampf, nicht Klassenkampf. Dieses Phantasma verstellte ihren Blick auf den Stalinismus, der mit dem „großem Umbruch“ seit 1929 in der UdSSR an Kontur gewann.

Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gelangten, saß Stalin im Kreml bereits fest im Sattel. Die bürgerkriegsähnliche Krise der Kollektivierung mit Millionen von Opfern lag gerade hinter ihm. Doch im nationalsozialistischen

Deutschland begann erst 1935 die erste konzertierte Kampagne gegen die Sowjetunion, die auf dem Reichsparteitag von Joseph Goebbels angeschoben wurde. Der Propagandaminister verkündete nun, es sei Deutschlands „Weltmission“, die Kultur vor dem Bolschewismus zu retten.[3] Goebbels betonte in seiner Rede den Terror sowie die internationale Diversion und erklärte, „die bolschewistische Internationale ist in Wirklichkeit eine jüdische Internationale“.[4] Zugleich lobte Goebbels die Verführungskraft sowjetischer Propaganda: Er sah durchaus, dass sein Gegner in dieser Auseinandersetzung einigen Vorsprung hatte. Der Führerkult um Stalin, der in der Sowjetunion bereits das öffentliche Leben dominierte, spielte dagegen in der nationalsozialistischen Propaganda keine bedeutende Rolle.

Seit 1935 erschienen im NS-Staat zahlreiche Texte über das Leben in der Sowjetunion.[5] Insbesondere zurückkehrende Ingenieure und andere Spezialisten beschrieben ihre negativen Erfahrungen im sowjetischen Alltag. Dabei griffen sie in der Regel auch auf die rassistischen Stereotype der nationalsozialistischen Weltanschauung zurück. Das erfolgreichste Buch aus diesem Genre waren Karl Albrechts Memoiren „Der verratene Sozialismus“.[6] Der Verfasser, ein deutscher Kommunist, der 1924 in die UdSSR ausgewandert und dort rasch aufgestiegen war, geriet in die Mühlen des Terrors und wechselte nach seiner Rückkehr aus sowjetischer Haft die Seiten. Albrecht schrieb den Bestseller – mit einer Auflage von über zwei Millionen – des „Dritten Reiches“ über die UdSSR. Trotz seines propagandistischen Gehalts lieferte er Einblicke in das politische Leben der Sowjetunion. Doch auch hier drehte es sich nicht primär um Stalin. Letztlich galt auch hier ein Diktum, das bereits 1935 in dem Band „Und du siehst die Sowjets richtig“ erschienen war. Dort hieß es in Bezug auf Hitler und Stalin, dass es in Deutschland wahre Führung und Gefolgschaft gäbe, während den Russen auch unter der Herrschaft Stalins diese Begriffe fremd geblieben seien. Dies liege daran, dass Stalin kein „Führer“ im nationalsozialistischen Sinne sei. Letztlich galt, dass Hitler in Deutschland allein stehen musste. Sein Führerkult duldete noch nicht einmal den Vergleich mit anderen Machthabern.

Tatsächlich unterschieden sich der Führerkult um Hitler und Stalin auf vielfältige Weise.[7] Während der Hitler-Kult vor allem mit soldatischen Elementen aus der Zeit der Weimarer Republik operierte, war der sowjetische Stalin-Kult ungleich facettenreicher. Durch seine längere Dauer – von Ende der 1920er Jahre bis zum 20. Parteitag der KPdSU 1956 – durchlief er mehrere Phasen und wurde von einer Vielzahl unterschiedlicher Themen geprägt. Ein großer Teil der künstlerischen Intelligenzija beteiligte sich in verschiedensten Formen am Stalin-Kult – von der Literatur über die Kunst bis zur Architektur. Dagegen blieb das im Reichsministerium für Propaganda und den unterstellten Dienststellen der Antikomintern gezeichnete Bild der Sowjetunion eindimensional. Die antisowjetische Propaganda, die von Eberhard Taubert koordiniert wurde, der seine Karriere als „Antibolschewismus-Referent“ des Gauleiters Goebbels in Berlin begonnen hatte, blieb auf ihr antisemitisches Narrativ fixiert. Der nationalsozialistische Antikommunismus war immer primär Antisemitismus und

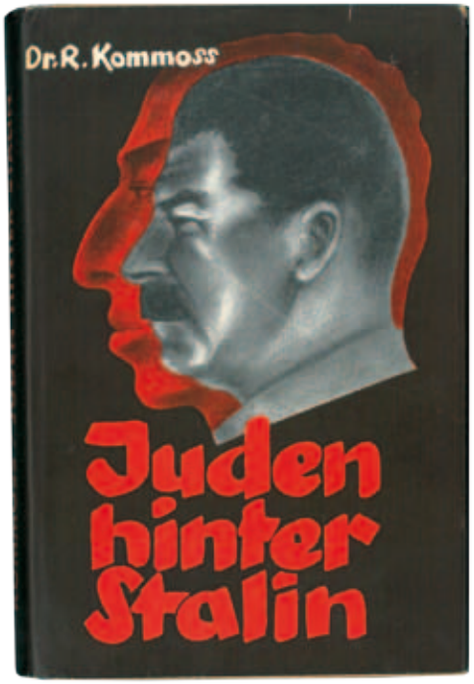
die Sowjetunion ein „jüdischer“ Staat. Dass seit den 1930er Jahren unter der Herrschaft Stalins ein russischer Nationalismus sowjetischer Prägung entstand, passte nicht ins Bild. Der radikale Antisemitismus der „Antikomintern“, der zum Hass aufstachelte, diente der Kriegsvorbereitung und bereitete den Boden für den Holocaust.

Vom Sommer 1939 bis zum 22. Juni 1941 – während des Bündnisses Berlins mit Moskau – setzte Goebbels die antisowjetische Propaganda aus. Hier war er taktisch flexibel. Doch mit dem Beginn des Vernichtungskrieges legte der Propagandaminister „die antibolschewistische Walze“ wieder auf.[8] In „Warum Krieg mit Stalin?“, das zur gleichen Zeit publiziert wurde, erschien die UdSSR allerdings nur als ein Teil der jüdischen Weltverschwörung, gegen die Deutschland einen Verteidigungskrieg führe.[9] Ihre rasche Niederlage wurde prophezeit. Diese Überheblichkeit ließ sich nach der Niederlage vor Moskau nicht mehr aufrechterhalten. Nun beschwor die nationalsozialistische Propaganda die Gefahr, die Europa aus „dem Osten“ drohe, um den Durchhaltewillen der Bevölkerung zu stärken. Die Angst vor Stalin und der UdSSR zu beschwören, war der letzte Ausweg für Goebbels und seinen Apparat.

1 Jan C. Behrends: Bolschewik. Der ansteckende Schrecken der Revolution, in: Robert Traba/Hans-Henning Hahn (Hg.): Deutsch-polnische Erinnerungsorte. Band 2: Gemeinsam/Geteilt, Paderborn 2014, S. 583 – 598.
2 Alfred Rosenberg: Pest in Russland. Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer, München 1922.
3 Joseph Goebbels: Bolschewismus ohne Maske, München 1935, S. 7.
4 Ebenda, S. 24.
5 Jan C. Behrends: Back from the USSR: The Anti-Comintern’s Publications on Soviet Russia in Nazi Germany, in: Michael David Fox u.a. (Hg.): Fascination and Enmity. Russia and Germany as Entangled Histories, 1914 – 1945, Pittsburgh, PA 2012, S. 83 – 108.
6 Karl I. Albrecht: Der verratene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion, Berlin 1938.
7 Jan C. Behrends: Stage Managed Charisma. The Leader Cult in Nazism and Communism, in: Thomas Lindenberger/Martin Sabrow (Hg.): German Zeitgeschichte. Konturen eines Forschungsfeldes, Göttingen 2016, S. 80 – 108.
8 Eintrag vom 24. Juni 1941, in: Elke Fröhlich (Hg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels: Sämtliche Fragmente. Aufzeichnungen 1924 – 1941, Band 9, München 1998, S. 399 – 400.
9 Warum Krieg mit Stalin? Das Rotbuch der Antikomintern, Berlin 1941.

1 2 3 4 5

1 Deutscher Pavillon auf der Pariser Weltausstellung. Über dem von Albert Speer entworfenen Turmbau thront der Reichsadler, 1937.
2 Sowjetischer Pavillon. Auf dem Bau des Architekten Boris Iofan steht die monumentale Skulptur „Arbeiter und Kolchosbäuerin“, 1937.
3 „Juden hinter Stalin“. In dem Buch wird das Zerrbild einer „gewaltigen jüdischen Machtstellung in der Sowjetunion“ gezeichnet, 1938.

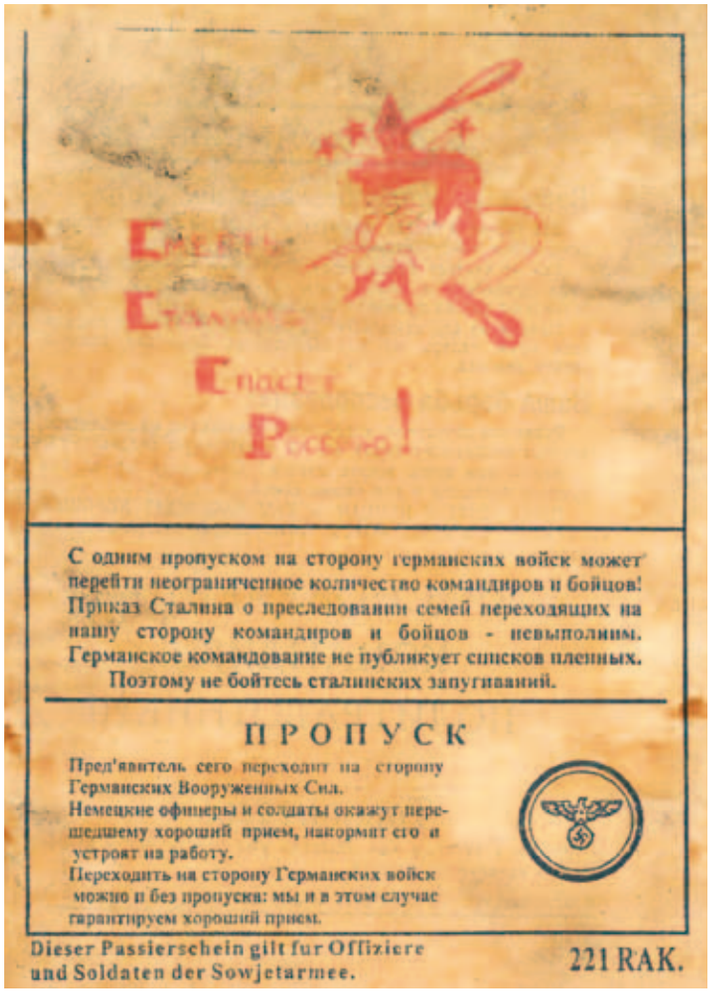


4 „Der verratene Sozialismus“ von Karl Albrecht, 1938.
5 „Warum Krieg mit Stalin?“ Broschüre des Nibelungen-Verlages, die den Krieg gegen die Sowjetunion mit den Weltherrschaftsplänen Stalins begründet, 1941.

Seiten 30/31 NS-Propaganda-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ im Berliner Lustgarten, 1942.

AUSST

ELLUNG DAS SOWJETPARADIES



1 **2**

1 Flugblatt der Wehrmacht „Der Tod Stalins rettet Russland“. Mit Flugblättern sollten Rotarmisten zum Überlaufen bewegt werden, um 1941/42.
2 NS-Propagandaplakat „Sieg oder Bolschewismus“, 1943.

SIEG
oder
BOLSCHE
WISMUS

Michael Schäbitz

Der Hitler-Stalin-Pakt

Am 23./24. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt. Beide Seiten verpflichteten sich, für mindestens zehn Jahre auf kriegerische Handlungen zu verzichten und weder Kriege gegen das andere Land zu unterstützen noch entsprechenden Bündnissen beizutreten.

Zu dem offiziellen Abkommen gehörte ein geheimes Zusatzprotokoll, das die Aufteilung Polens und des Baltikums zwischen beiden Vertragsparteien vorsah. Der sowjetische Machthaber Josef Stalin zog diese Vereinbarung einem möglichen Bündnis mit Großbritannien und Frankreich vor. Der deutsche Außenminister von Ribbentrop hatte während der Verhandlungen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Molotow keinen Zweifel daran gelassen, dass ein deutscher Angriff auf Polen unmittelbar bevorstand.

Am 1. September 1939 marschierte die deutsche Wehrmacht ohne Kriegserklärung in Polen ein. Als sich die deutschen Truppen der im Zusatzprotokoll vereinbarten Demarkationslinie näherten, besetzte die Rote Armee am 17. September Ostpolen. Am 28. September folgte dem Nichtangriffspakt ein deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag. Teil dieses Abkommens war die Umsiedlung deutscher Bevölkerungsgruppen aus den sowjetischen Einflussbereichen des Paktes. Deutsche aus Bessarabien, Wolhynien, der Bukowina sowie dem Baltikum wurden in von Deutschland annektierte polnische Gebiete angesiedelt. In der Folge des Abkommens besetzte die Sowjetunion neben Ostpolen, die drei baltischen Staaten sowie Bessarabien und führte 1939/40 einen Krieg gegen Finnland.

Der Hitler-Stalin-Pakt kam für viele Kommunisten überraschend. „Fassungslos“ und „wie vom Donner gerührt“ waren im Exil lebende Kommunisten wie der junge Wolfgang Leonhard, als sie die Nachricht hörten, hatten sich doch bis dahin das nationalsozialistische Deutsche Reich und die sozialistische Sowjetunion als ideologische Todfeinde gegenübergestanden: „Das war ja nicht nur ein Nichtangriffspakt, das war eine völlige Änderung der gesamten sowjetischen Außenpolitik!“[1] Für Hitler war es ein taktisches Manöver, um einen Zweifrontenkrieg zu verhindern und zugleich kriegswichtige Rohstoffe aus der Sowjetunion zu importieren. Unter Bruch des Paktes begann am 22. Juni 1941 der Feldzug der deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion.

Die sowjetische und auch die DDR-Geschichtsschreibung stellten den Nichtangriffspakt als klugen Schachzug Stalins dar: Die Sowjetunion habe dadurch Zeit gewonnen, sich auf den Krieg gegen Hitler-Deutschland vorzubereiten. Die Existenz des Zusatzprotokolls wurde bis 1989 vehement geleugnet. Besonders in Polen und in den baltischen Staaten gilt der Hitler-Stalin-Pakt als unmittelbarer Ausgangspunkt des Zweiten Weltkrieges. Mit der Okkupation begannen die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht und die Massaker des sowjetischen Geheimdienstes an der polnischen Elite.

Stalin und Reichsaußenminister Ribbentrop nach der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts, 1939.

1 Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1990 [1955], S. 72.

Peter Erler

Deutsche Genossen im Mahlstrom der „Großen Säuberung“ 1936 bis 1938

Nach der Machtübernahme Hitlers im Januar 1933 mussten Tausende Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und deren Familienmitglieder ihre Heimat verlassen und ins Ausland emigrieren. Ein Großteil von ihnen fand in Stalins Sowjetunion politisches Asyl. Dort trafen sie auf deutsche Genossen, die im Gastland bereits seit den 1920er Jahren insbesondere als Facharbeiter und Spezialisten an der Realisierung der ambitionierten Fünfjahresplanprojekte mitwirkten oder als Funktionäre und Mitarbeiter in der Kommunistischen Internationale (Komintern, KI) tätig waren. Ab Mitte der 1930er Jahre gerieten die rund 8.000 deutschen Emigranten in den Strudel der inquisitorischen Parteisäuberungen. Schnell waren sie Teil der Verfolgungs- und Terrorkampagnen gegen einheimische und ausländische „Trotzkisten“, „faschistische Spione“ und andere „Volksfeinde“.

In die Fänge des NKWD gerieten zunächst Parteimitglieder, die eine vermeintliche Mitschuld an der Niederlage der KPD von 1933 trugen, oder Kader, die bestimmten Gruppierungen und Strömungen innerhalb der Partei angehörten. Ihnen wurden neben der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten vorrangig Trotzkismus sowie andere rechte und linke Abweichungen vorgeworfen. Bereits beim Schauprozess gegen das „antisowjetische vereinigte trotzkistisch-sinowjewsche Zentrum“ im August 1936 saßen fünf Mitglieder der KPD mit auf der Anklagebank. In der Folgezeit wuchs durch den Eifer der sowjetischen Repressivorgane die Zahl der inhaftierten KPD-Mitglieder schnell an. Immer häufiger hielten die schwarzen Gefängniswagen des NKWD auch

Hotel Lux in Moskau, 1930er Jahre.

vor dem legendären Komintern-Hotel Lux, um „Volksfeinde“ in die Moskauer Zentralgefängnisse abzutransportieren. Nicht nur die Schriftstellerin Margarete Buber-Neumann, die dort ihren Ehemann Heinz zum letzten Mal sah, nahm das „Wohnheim der Weltrevolutionäre“ zunehmend als einen Ort des Schreckens wahr: „Und die Nächte wurden zur Qual. […] Nach Mitternacht pflegten die schweren Schritte zu kommen. Aus dem Zimmer von gegenüber hatten sie einen Bulgaren geholt, von nebenan zwei deutsche Stenotypistinnen […]. Wenn ich am Tage durch die Gänge des Lux ging, musterte ich scheu die Türen, ob wieder irgendwo eine vom NKWD versiegelt worden war. […] In der Nacht vom 26. zum 27. April 1937 schlug es dröhnend gegen unsere Tür. Ich öffnete. Drei NKWD-Beamte und der Kommandant des Lux drangen ins Zimmer. ‚Neumann, stehen Sie auf, Sie sind verhaftet!’“[1]

Mit den Beschlüssen der sowjetischen Parteiführung zur „Säuberung“ einzelner Volksgruppen (nationale Operationen) nahmen die Terrormaßnahmen gegen die deutschen Emigranten ab Ende Juli 1937 Massencharakter an.[2] Mit dem entsprechenden Befehl des NKWD Nr. 00439 vom 25. Juli 1937 richtete sich der Terror in der Folgezeit gegen alle Deutschen wegen ihrer nationalen Herkunft. Die russlanddeutsche Bevölkerungsgruppe und mit ihr die deutschen Emigranten avancierten „zum beliebtesten Opfer der NKWD-Organe“.[3] Anfang Dezember 1937 waren der Moskauer KPD-Führung 550 Fälle von verhafteten Parteimitgliedern bekannt. Die herrschende Spionagemanie und die Atmosphäre des Misstrauens gegenüber Deutschen führten dazu, dass Ende April 1938 sich über 70 Prozent der KPD-Mitglieder in der Sowjetunion in NKWD-Gewahrsam befanden. Im Vergleich zu den 2.500 KPD-Genossen, die Anfang Oktober 1936 bei der Komintern erfasst waren, reduzierte sich die Mitgliederzahl innerhalb von zwei Jahren auf fast ein Siebtel des ehemaligen Bestandes.

Nach eigenen Schätzungen wurden in den Jahren 1936 bis 1938 an die 1.600 deutsche Emigranten (Mitglieder der KPD, deutsche Kommunisten in der KPdSU (B) und Parteilose), unter ihnen auch viele Frauen, vom Terror der sowjetischen Geheimpolizei und vom Agieren der Justizgremien erfasst. Darunter befand sich „die Mehrzahl der […] im sowjetischen Exil weilenden [ehemals – P.E.] führenden Kommunisten“.[4] Sie, die zumeist als glühende Anhänger Stalins und seiner Politik galten, wurden von den NKWD-Untersuchungsorganen beschuldigt, konterrevolutionäres, trotzkistisches, bürgerlich-nationalistisches oder faschistisches Gedankengut verbreitet und illegale Gruppen gebildet zu haben. NKWD und Presse kolportierten, sie hätten für fremde Mächte spioniert, Attentate auf Stalin und andere führende Politiker vorbereitet oder den Sturz der sowjetischen Gesellschaftsordnung geplant. In dieser paranoiden Atmosphäre machte der sowjetische Repressivapparat auch nicht vor jungen Emigranten halt, die ihre weltanschaulichen Prägungen teilweise schon als Kinder in der Sowjetunion erhalten hatten. So unterstellte das NKWD verhafteten jungen Deutschen Mitgliedschaft in einer nicht existenten Organisation „Hitlerjugend“. Im Zusammenhang mit einem geplanten vierten großen Schauprozess gegen ehemalige Funktionäre und Mitarbeiter der Komintern, die in den NKWD-Unterlagen als Mitglieder eines „Antikomintern-Blocks“ beschrieben

wurden, kam es etwa zur gleichen Zeit zur Festnahme einer größeren Gruppe langjähriger KPD-Funktionäre, wie dem ehemaligen Mitglied des KPD-Polbüros Fritz Schulte und dem vormaligen Chefredakteur der Roten Fahne Hans Knodt.

Keine dieser Strukturen existierte auch nur ansatzweise. Sie waren reine Fantasiekonstrukte der NKWD-Organe, die miteinander im „sozialistischen Wettbewerb“ um die besten Verhaftungsquoten standen. Zu den fiktiven Selbstbezichtigungen und „aufrichtigen“ Aussagen wurden die Inhaftierten in den Untersuchungsgefängnissen der sowjetischen Geheimpolizei durch Erpressung, Misshandlung und Zwang genötigt. Schlimmste körperliche Torturen musste der Mitbegründer der KPD und der KI Hugo Eberlein erleiden: „Am 19. Januar 1938 begann das Verhör, das ununterbrochen zehn Tage und Nächte dauerte. Ich mußte ohne Schlaf und fast ohne Nahrung die ganze Zeit stehen. Das Verhör bestand in der Erhebung der sinnlosesten Anschuldigungen und wurde durch solche Faust- und Fußschläge begleitet, daß ich nur unter schrecklichsten Schmerzen stehen konnte. Die Haut platzte, in den Schuhen sammelte sich Blut […]. Auf dem Rücken gab es kein Stück Haut, nur das nackte Fleisch. Auf einem Ohr konnte ich wochenlang nichts hören, und auf einem Auge konnte ich wochenlang nichts sehen, weil die Blutgefäße im Auge verletzt wurden. Oft fiel ich in Ohnmacht.“[5]

Viele Opfer der Gewaltexzesse bewahrten paradoxerweise den unerschütterlichen Glauben an Stalin und den Sowjetstaat. Auch die deutschen Politemigranten gingen davon aus, dass der Parteiführer von den praktizierten Vernehmungspraktiken und der Folter keine Kenntnis hatte. Sie ahnten nicht, dass das ZK der KPdSU (B) „die Anwendung physischer Einwirkung in der Praxis des NKWD seit 1937“ zugelassen hatte. In einem Schreiben von Anfang 1939 bestätigte Stalin die Folter nochmals ausdrücklich als „richtige und zweckmäßige [Verhör-]Methode“.[6]

Nur in Ausnahmefällen stellte das NKWD die Verfahren ein und entließ die Inhaftierten aus der Untersuchungshaft. Die übergroße Mehrheit der malträtierten und gedemütigten deutschen Emigranten wurde von außergerichtlichen Gremien mit drakonischen Strafen belegt. Die meisten Verurteilten kamen als Arbeitssklaven in die Straflager des Archipel-GULAG. Hunderte wurden wegen ihrer angeblichen Untaten erschossen. Allein in einem Objekt bei Butowo und im NKWD-eigenen Sowchos „Komunarka“ in der Nähe von Moskau sowie in einem Gefängnis in Leningrad starben 568 deutsche Emigranten, Facharbeiter und Spezialisten unter den Kugeln der Hinrichtungskommandos.

Im Umfeld des NKWD-Terrors wurden die deutschen Emigranten mit weiteren politischen Repressalien und sozialer Ausgrenzung konfrontiert. In der KI und den ihr angeschlossenen Organisationen erfolgte die Überprüfung aller Angehörigen, Freunde und Bekannten der Verhafteten. Die Nähe zu ehemaligen fraktionellen Gruppierungen, die „Vernachlässigung der revolutionären Wachsamkeit“ oder „Ungereimtheiten im Lebenslauf“ konnten zu Parteistrafen und Verlust des Arbeitsplatzes führen. Staatliche Einrichtungen und Betriebe entließen Emigranten, nur weil sie Deutsche waren. Oft hatte der Verlust der Arbeitsstelle auch den Entzug des betriebseigenen Wohnraumes zur Folge.

Ehemalige Mitarbeiter der KI und ihre Familienangehörigen mussten das Hotel Lux verlassen. Von den Ehepartnern der Verhafteten wurde zudem erwartet, dass sie sich scheiden ließen. Die Kinder sollten sich von den verhafteten Eltern abwenden. Oft wurden sie in Kinderheime des NKWD eingeliefert. Viele Frauen, die bisher nicht berufstätig waren oder von ihren Arbeitsstellen entlassen worden waren, standen nach der Verhaftung des Partners mit ihren Kindern plötzlich ohne jegliche Existenzmittel da. Die Betroffenen waren gezwungen, persönliche Gegenstände und notwendige Kleidungsstücke zu verkaufen, und gingen im Einzelfall Scheinehen ein, um zu überleben. Die öffentliche Ächtung, die tagtäglichen Entbehrungen und Erniedrigungen sowie nicht zuletzt die Ungewissheit über das Schicksal der verhafteten Angehörigen trieb einige Frauen in den Wahnsinn und einige wie Ruth Halle und Martha Ruben-Wolf in den Selbstmord.

Auf den Parteiversammlungen begrüßten und befürworteten auch die deutschen Politemigranten das Vorgehen der Repressivorgane gegen „Trotzkisten“ und andere „Volksfeinde“ in den eigenen Reihen und distanzierten sich in aller Entschiedenheit von deren vermeintlichen Untaten. Trotz erniedrigender Selbstkritik konnten jedoch nur die wenigsten erklären, warum sie das „wahre Gesicht“ ihrer langjährigen Freunde und Kampfgefährten nicht erkannt hatten. Um der Gefahr zu entgehen, selbst verhaftet zu werden, bezichtigten die so unter Druck geratenen Emigranten nun ihrerseits Parteifreunde und Arbeitskollegen der verschiedensten politischen Vergehen. Die Unterwerfungszwänge führten partiell zur Verleugnung allgemeingültiger moralischer Wertvorstellungen und zur Auflösung enger zwischenmenschlicher Bindungen. So kam es vor, dass auch Ehepartner, Lebensgefährten und nächste Verwandte angezeigt wurden. Der Druck der alltäglichen Repression und die feste Überzeugung, als Kommunist der Pflicht zum Schutz des „Vaterlandes aller Werktätigen“ nachkommen zu müssen, veranlasste Politemigranten auch aus eigenem Antrieb aktiv an der Hexenjagd auf vermeintliche Feinde des Sowjetstaates teilzunehmen. Eine unbekannte Zahl wurde vom NKWD zur Mitarbeit angeworben oder durch Erpressung zur Zusammenarbeit gezwungen. Als Agent Provocateur des NKWD galt nach Darstellung von Susanne Leonhard der Regisseur Hans Rodenberg. Wolfgang Steinitz sollte auf Empfängen des deutschen Generalkonsuls in Leningrad anwesende Spezialisten und Ingenieure bespitzeln. Der ungarische Kommunist und Held des Aufstandes von 1956, Imre Nagy, stand von 1933 bis Juni 1941 im Dienste des NKWD. Er denunzierte etwa 70 deutsche Emigranten.

Die Atmosphäre des Misstrauens und der Denunziation, in der jeder auch im privaten Kreis unbedacht ausgesprochene Satz und jedes gesellige Beisammensein Grund einer Verhaftung sein konnte, führte letztendlich dazu, dass viele Emigranten in dieser Zeit ihre Beziehungen zu Freunden und Bekannten abbrachen und sich vom Emigrantenmilieu abkapselten. Um der lebensgefährdenden Situation in der Sowjetunion zu entgehen, baten viele Emigranten, Männer wie Frauen, die KPD-Führung, sie nach Spanien zu den Internationalen Brigaden oder in ein anderes Land zu schicken, um dort ihre Treue zur Partei zu beweisen.

Die Einbeziehung ehemaliger KPD-Funktionäre im Moskauer „Prozess der Sechzehn“ im August 1936 und deren scheinbare Beteiligung an einer großen „trotzkistisch-faschistischen Verschwörung“ führte zu Verunsicherungen in der deutschen Parteiführung. Unter den Verurteilten und anderen im Vorfeld des Tribunals bereits verhafteten Politemigranten befanden sich Personen, die mit den Spitzenkadern längere Zeit in enger Beziehung gestanden hatten. In eine besonders heikle Situation geriet Wilhelm Pieck durch die Verhaftung seines Mitarbeiters Fritz David, der während des Prozesses „gestand“, er hätte von Trotzki den Auftrag gehabt, Stalin auf dem VII. KI-Kongress zu erschießen.

Um Gewissheit über die KPD-Mitglieder in der Sowjetunion zu bekommen, wollte Parteichef Pieck eine „ernste Durchleuchtung unserer gesamten Emigration“ durchführen. Bei nur geringstem Zweifel über die Vergangenheit sollte rücksichtslos die Parteimitgliedschaft entzogen werden. Gleichfalls trat er für die Rückkehr von zwei Dritteln aller Emigranten nach Deutschland ein. Dabei nahm Pieck auch die Verhaftung einzelner Remigranten in Kauf. In einer Resolution, die am 17. September 1936 in der Baseler Rundschau veröffentlicht wurde, trat die KPD-Führung im Stil des sowjetischen Staatsanwalts Andrej J. Wyschinski für die „schonungslose Ausrottung des menschlichen Abschaums der trotzkistisch-sinowjewistischen Mörderbande“ ein.[7]

Die KPD-Führer rechtfertigten nicht nur den Terror gegen die eigenen Genossen, sondern leisteten dem NKWD durch die Übergabe von Kadermaterial, Erstellung einzelner Dossiers und durch die Weiterleitung und Abfassung denunziatorischer Erklärungen und Berichte aktive Schützenhilfe bei der Verfolgung deutscher Politemigranten. Die Angaben über die Zugehörigkeit zu oppositionellen Strömungen und Fraktionen innerhalb der KPD, politische Schwankungen, frühere Parteiausschlüsse, das Verhalten während der Illegalität und bei Verhören durch die Gestapo und über die Beziehungen zu bereits „entlarvten Spionen und Terroristen“ wirkten vorverurteilend und führten in vielen Fällen erst zur Verhaftung. Nach Einschätzung des langjährigen Kaderreferenten im KI-Apparat Georg Brückmann erhielt „das NKWD von keiner anderen Sektion so viel Materialien [...] wie von der deutschen.“[8]

Ab Mitte 1936 stellte das Büro der deutschen Parteivertretung Listen über verhaftete KPD-Mitglieder unter den Emigranten auf. Die erste „Liste der verhafteten Deutschen“ vom 17. Juni 1936 enthält 28 Namen. Knapp zwei Monate später und vier Tage vor Beginn des ersten Moskauer Schauprozesses registrierte die deutsche Vertretung bereits 56 Inhaftierte. Bis dahin war es offenbar nicht üblich, dass die Verhafteten automatisch aus der Partei ausgeschlossen wurden. Nach der Urteilsverkündung im Tribunal gegen Trotzki und andere Verschwörer hatte sich die Situation jedoch völlig verändert. Nun bedeutete bereits jede Verhaftung eine Schuldzuweisung und hatte die höchste Parteistrafe zur unmittelbaren Konsequenz. Am 3. September 1936 schloss die KPD-Führung eine Gruppe von 46 verhafteten Mitgliedern aus der Partei aus.[9] Über den Parteiausschluss entschieden die jeweils in Moskau weilenden ZK-Mitglieder, unter anderem Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Herbert Wehner und Wilhelm Pieck. Die Verbannung aus der Partei erfolgte serienmäßig und ohne

Einzelfallprüfung. Nach unvollständigen Aufstellungen wurden von September 1936 bis Juni 1938 mindestens 893 KPD-Mitglieder „auf Grund von Verhaftungen“ aus der Partei ausgeschlossen.[10]

Bei einer Beurteilung der Handlungsweise der Moskauer KPD-Führer gegenüber den deutschen Politemigranten gilt es zu berücksichtigen, dass die Furcht vor der eigenen Festnahme ein starkes Motiv war. Das Verhaftungsrisiko war bei ihnen zwar bedeutend geringer als bei den einfachen KPD-Mitgliedern, hing aber dennoch wie ein Damoklesschwert über ihren Köpfen. So hatten sie permanent das Schicksal der 1938 von der Komintern aufgelösten polnischen KP vor Augen, deren Führungspersonal und fast alle Mitglieder, die sich in der sowjetischen Emigration befanden, auf Veranlassung Stalins vernichtet wurden. Aus dem im Oktober 1935 in Moskau gewählten Zentralkomitee der KPD stehen zwei Abgänge im Kontext des „Großen Terrors“: Der Kassenwart der Partei Leo Flieg wurde Ostern 1937 aus Paris nach Moskau beordert und musste dort zwei Untersuchungsverfahren der KI über sich ergehen lassen. Am 20. März 1938 wurde er verhaftet und ein Jahr darauf zum Tode verurteilt.

Der „Rote Medienzar“ Willi Münzenberg, der sich große Verdienste beim Aufbau internationaler kommunistischer Organisationen und bei der Propaganda für die Sowjetunion erworben hatte, geriet mit seinen Auffassungen über die Schaffung einer Volksfront aller Hitler-Gegner in Konflikt mit Ulbricht. Etwa im Juni 1937 beorderte ihn die KPD-Führung zur Klärung dieser Differenzen aus Paris nach Moskau. Angesichts der vielen Verhaftungen sah er sich bedroht und fand immer wieder Ausflüchte, um der Aufforderung nicht Folge zu leisten. Wie richtig er mit dieser Entscheidung lag, zeigt eine Bemerkung Stalins gegenüber dem Generalsekretär der KI Georgi Dimitroff: „Münzenberg ist ein Trotzkist. Wenn er herkommt, werden wir ihn sofort verhaften.“[11] Am 6. März 1939 wurde Münzenberg schließlich aus der KPD ausgeschlossen.

In das von Parteigerichtsbarkeit und Geheimpolizei gespannte Netz aus Misstrauen, Verdächtigungen und Verleumdungen waren auch die Mitglieder der engeren Parteiführung Ulbricht und Wehner tief verstrickt. Mitte Januar 1937 wurden auch die beiden Mitglieder des Politischen Büros der KPD in Paris nach Moskau beordert. Bald nach der Ankunft lösten Denunziationen ein Parteiuntersuchungsverfahren gegen Wehner aus. Er war davon überzeugt, dass auch Ulbricht an der Suche nach „Brennmaterial zu meinem Scheiterhaufen“ beteiligt war.[12] Um seinen Hals aus der sich langsam zuziehenden Schlinge zu retten, verfasste Wehner Anfang 1937 zwei Berichte, in denen er nicht nur Personen belastete, die sich bereits in NKWD-Gewahrsam befanden, sondern er benannte auch KPD-Mitglieder, denen nun durch seine Angaben eine Verhaftung drohte. Eine Abschrift seiner Ausarbeitungen übergab Wehner dem NKWD. Anfang Februar 1937 erhielt er die erste Vorladung in die Lubjanka. Kurz darauf folgten zwei weitere Befragungen. Das über Jahre angehäufte Funktionärswissen des Informanten „Cornelius“ war für das NKWD so brisant, dass es das Denunziationsmaterial umgehend in einen sogenannten Direktbrief „Über die terroristische Diversions- und Spionagetätigkeit der deutschen Trotzkisten im Auftrag der Gestapo auf dem Territorium der UdSSR“

zusammenfasste und an alle Landesdienststellen weiterleitete.[13] Das Dokument löste eine weitere Verhaftungswelle unter den deutschen Politemigranten aus. Trotz seiner umfänglichen Auskünfte blieb Wehner jedoch weiter im Fokus der Geheimpolizei und der KI-Gremien. Am 12. Dezember 1937, kurz vor Mitternacht, wurde Wehner zwecks Aussagen erneut in die Moskauer NKWD-Zentrale geholt. Im Laufe des nächtlichen Treffens offenbarte Wehner weitere verhängnisvolle Details über frühere politische Abweichungen und Parteisünden deutscher Kommunisten. Darüber hinaus bot er an, den Umgang und die persönlichen Beziehungen von Kreszentia Mühsam, bei deren Mann Erich er vor seinem Eintritt in die KPD als Sekretär tätig war, auszuspionieren. Am Morgen darauf konnte Wehner die Lubjanka wieder verlassen und in sein Zimmer im Hotel Lux zurückkehren. Im Juni 1938 schloss auch die KI-Kommission ihre Untersuchung ab. Sie kam zu dem Ergebnis, dass die erhobenen Anschuldigungen grundlos waren und Wehner in seiner Funktion belassen werden könne.

Auch gegen Ulbricht leitete die KI Anfang 1938 ein Überprüfungsverfahren ein. Den Hintergrund für die Untersuchung bildeten seine „sektiererische" Politik im Pariser Volksfrontausschuss und seine Intrigen gegen Willi Münzenberg. Dieser beantragte schließlich ein Parteiverfahren gegen Ulbricht. Seine schwerwiegenden Vorwürfe untermauerte er mit an Stalin übersandten Dokumenten. Um seinen Kopf zu retten, drehte Ulbricht den Spieß einfach um und belastete in der Untersuchung seinerseits Münzenberg. Ulbricht überstand das Verfahren vor dem KI-Gericht letztlich Dank der Unterstützung von Pieck, Florin und Franz Dahlem unbeschadet. Er wurde lediglich von der Leitung des Pariser Sekretariats der KPD entbunden und fungierte dann als Vertreter der KPD in der Moskauer KI-Führung.

Wie aus den „Geständnissen" verhafteter KPD-Funktionäre hervorgeht, begann das NKWD ab 1937, zielgerichtet Material gegen Pieck, Florin und Ulbricht zu sammeln. Max Maddalena, Sohn des KPD-Funktionärs Maximilian Maddalena, informierte 1938 die Parteispitze über seinen Auftrag, Pieck und Florin zu bespitzeln. Auch von anderen kurzzeitig Inhaftierten wurde bekannt, dass die Untersuchungsorgane dezidiert nach Schwachstellen in den Biografien der KPD-Führungskader forschten. Nach Darstellung von Peter Florin bezeichnete ein im Gefängnis misshandeltes KPD-Mitglied auch seinen Vater als „deutschen Spion". Um die Unhaltbarkeit dieser Verleumdung zu beweisen, soll Wilhelm Florin bei Dimitroff ein Kontrollverfahren gegen sich selbst beantragt haben. Daraufhin teilte der KI-Chef mit, es sei ein Beschluss des ZK der KPdSU (B) gefasst worden, demzufolge keine Verfolgung führender Genossen der KI ohne Zustimmung des Politbüros zugelassen werde.

Unübersehbar ist, dass die Haltung der KPD-Führung, aber auch anderer Politemigranten, zu den Verhaftungsexzessen in den eigenen Reihen ab 1938 von tendenzieller Skepsis geprägt war. Wie der oben zitierte Brief Piecks vom 23. August 1936 belegt, war man zunächst ehrlich empört über den angeblichen Verrat in den eigenen Reihen und hegte scheinbar auch keinen Zweifel an der Opportunität der durchgeführten Verhaftungen. Ein Eintreten für die Betroffenen wurde deshalb nicht in Erwägung gezogen. Was die KPD-Führung

und speziell Wilhelm Pieck als amtierenden Parteivorsitzenden letztlich dazu bewog, ab April 1938 für einzelne Inhaftierte einzutreten, kann auf Grundlage der zugänglichen Quellen nur gemutmaßt werden. Diese Entscheidung war wahrscheinlich beeinflusst von den Bittschriften und Klagen der Frauen und Mütter, die überzeugt waren von der Unschuld ihrer Angehörigen und von der Parteiführung um Pieck Hilfe und Unterstützung erwarteten. So äußerte Ella Brückmann in einem Petitionsbrief: „ … es kann unmöglich sein, daß die deutsche Partei in ihren Reihen so viele schlechte Elemente hatte, daß alle Verschickten wirkliche Spione, Konterrevolutionäre usw. sind.“[14] Mehr als nachdenklich stimmten die KPD-Spitze auch die 1938 durchgeführten Festnahmen von langjährigen, bewährten „Parteisoldaten“, die keinen fraktionellen Zusammenhängen angehört hatten, eine makellose Kaderakte besaßen und bei denen es hinsichtlich ihrer Loyalität zur Partei und zur Sowjetunion keinerlei Zweifel gab. Dazu kam, dass das ZK der KPdSU (B) auf seinem Januarplenum 1938 eingestand, dass „bei der großen Arbeit zur Säuberung … [der Partei] von trotzkistischen rechten Agenten des Faschismus ernste Fehler und Entstellungen begangen wurden“.[15] Mit dieser Äußerung deutete sich zaghaft ein Abwenden von der bisher üblichen Terrorpraxis an. Gleichzeitig verminderte sich die Gefahr, im Falle der Fürsprache für einen als „Volksfeind“ Bezichtigten, selbst festgenommen zu werden. Ende März 1938 wurde dann bekannt, dass Dimitroff beim NKWD die Entlassung eines bulgarischen Genossen erwirkt hatte. Erst nach dieser Nachricht bemühte sich die Moskauer KPD-Führung um die Freilassung einzelner Politemigranten. Anfang April 1938 trat sie bei Dimitroff für eine Reihe verhafteter „junger Söhne von Genossen ein, die im Kampf gegen den Faschismus gestorben“ waren oder sich im Kampfeinsatz in Spanien oder in deutschen Zuchthäusern befanden.[16] Am 21. April 1938 kehrte Bernard Koenen, dessen Name auf einer weiteren Petitionsliste Piecks verzeichnet war, unverhofft aus der Untersuchungshaft zurück. Er berichtete dem Parteivorsitzenden über Folter, Zwang und Erpressung, was diesen daraufhin veranlasste, eine Beschwerde über die Handlungsweise des NKWD dem Büro Stalins zuzuleiten. Ebenfalls im April 1938 ersuchte Pieck den NKWD-Chef Jeschow direkt um Haftentlassungen. Eine mehrseitige Ausarbeitung des Büros der deutschen Vertretung aus dem gleichen Monat, in der berichtet wurde, dass die Emigranten nicht mehr, wie noch vor einigen Monaten, jeden verhafteten Kommunisten anstandslos als Schuldigen betrachteten, bestärkte Pieck weiterhin, in diese Richtung zu wirken. Insgesamt wandte sich die KPD-Führung 1938 mit 16 Überprüfungsanträgen an Dimitroff, die aber alle nicht den erwarteten Effekt brachten.

Die punktuelle Petitionstätigkeit dokumentiert letztendlich, die völlige Hilf- und Machtlosigkeit der Moskauer KPD-Spitze gegenüber der Willkürpraxis des NKWD. Gleichzeitig zeigt sie, dass die deutschen Parteioberen die „Große Säuberung“ und damit den überwiegenden Teil der Festnahmen weiterhin als notwendige und legitime Form des Klassenkampfes ansahen.

Die Bilanz der drei Schreckensjahre 1936 – 1938 war für die deutschen Genossen katastrophal. Unter Berücksichtigung der mittlerweile

herangewachsenen Kinder und Jugendlichen kehrten von den eingangs erwähnten 8.000 Frauen und Männern ab 1945 etwa 1.300 bis 1.400 aus der Sowjetunion zurück. Unter den mit bitteren Erinnerungen und Schuldgefühlen Belasteten gab es, ob Führungsfunktionäre oder einfache Genossen, viele gebrochene Charaktere sowie psychisch deformierte Persönlichkeiten. Keinesfalls brachten die ideologisch zumeist linksorthodox bis dogmatisch totalitär geprägten Remigranten aus dem kommunistischen Asylland Sowjetunion adäquate Befähigungen, Erfahrungen und Kenntnisse mit, um nach der NS-Diktatur in Nachkriegsdeutschland eine offene und demokratische Gesellschaft und Staatsform zu gestalten.

1 Margarete Buber-Neumann: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges, Stuttgart 1957, S. 162, 444.
2 Nikita Ochotin/Arseni Roginski: Zur Geschichte der „Deutschen Operation“ des NKWD 1937 – 1938, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2000/2001, Berlin 2001, S. 89ff.
3 Aleksandr Vatlin: Kaderpolitik und Säuberungen in der Komintern, in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 – 1953, Paderborn/München/Wien/Zürich, S. 79.
4 Hermann Weber: „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt a. M. 1990, S. 22.
5 Reinhard Müller: Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg 2001, S. 282.
6 Über den Personenkult und seine Folgen. Rede N. S. Chrustschows in der internen Sitzung des XX. Parteitages der KPdSU, 25. Februar 1956, in: SED und Stalinismus. Dokumente aus dem Jahre 1956. Hg. von Josef Gabert und Lutz Prieß unter Mitarbeit von Peter Erler und Jutta Finkeisen, Berlin (Ost) 1990, S. 34f.
7 Resolution des ZK der KPD zu den konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistischen Verbrechen, in: In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des stalinistischen Terrors in der UdSSR. Hrsg. vom Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 1991, S. 295.
8 Reinhard Müller unter Mitwirkung von Natalija Mussijenko: „Wir kommen alle dran“. Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934 – 1938), in: Weber/Mählert, Terror, S. 139.
9 Im internen Schriftverkehr bezeichneten die Moskauer KPD-Führungskader die Ausschlüsse als „Säuberung unseres Lagerbestandes“. Reinhard Müller: Denunziation und Terror. Herbert Wehner im Moskauer Exil, in: Jürgen Zarusky (Hg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006, S. 51.
10 Liste der wegen konterrevolutionärer Tätigkeit aus der KPD Ausgeschlossenen. Zum größten Teil aufgrund von Verhaftungen in der SU. o. D., Rußländisches Staatliches Archiv der sozialen und politischen Geschichte (RGASPI), 495/175/100, Bl. 19 – 34.
11 Eintrag vom 11. November 1937, in: Bernhard H. Bayerlein (Hg.): Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933 – 1945, Berlin 2000, S. 165.
12 Herbert Wehner: Zeugnis. Hg. von Gerhard Jahn, Köln 1984, S. 217.
13 Reinhard Müller: Herbert Wehner – Moskau 1937, Hamburg 2004, S. 362 – 397.
14 Reinhard Müller: „Menschenopfer unerhört“ – Eingaben und Briefe deutscher Emigrantinnen an Stalin, Molotow und andere, in: Simone Barck/Anneke de Rudder/Beate Schmeichel-Falkenberg (Hg.): Jahrhundertschicksale. Frauen im sowjetischen Exil, Berlin 2003, S. 45.
15 Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK. 1898 – 1954, Bd. IX. Hg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1957, S. 229.
16 Vatlin, Kaderpolitik, S. 84.

1 **2**

3

1 Stalin und Wilhelm Pieck bei der Beisetzung eines Komintern-Funktionärs in Moskau, 1933.
2 Walter Ulbricht (2. v. l.) gemeinsam mit Max Emendörfer (4. v. l.), Vizepräsident des Nationalkomitees Freies Deutschland, 1943.
3 Retuschierte Aufnahme der DDR-Nachrichtenagentur ADN, 1963: Auf Veranlassung Ulbrichts (2. v. l.) war Emendörfer 1945 in Deutschland verhaftet worden und verbüßte einen Teil seiner Haft im sowjetischen Speziallager Hohenschönhausen.

1 **2**

1 An Wehrmachtssoldaten gerichtetes sowjetisches Flugblatt, 1941.
2 Sowjetisches Propagandaplakat „Vorwärts zur Vernichtung der deutschen Invasoren und ihrer Vertreibung aus unserer Heimat!“, 1944.

ВПЕРЕД, ЗА РАЗГРОМ НЕМЕЦКИХ
ЗАХВАТЧИКОВ И ИЗГНАНИЕ ИХ ИЗ
ПРЕДЕЛОВ НАШЕЙ РОДИНЫ!

Eva Langhals

Die Stalinorgel

Bis heute ist der Klang des Mehrfach-Raketenwerfers bei deutschen und sowjetischen Veteranen im akustischen Gedächtnis verankert. Das jaulende Pfeifen der Raketen gehörte neben den Sirenen der deutschen Sturzkampfbomber zu den charakteristischsten Geräuschen des Zweiten Weltkrieges und sorgte bei Zivilisten und Soldaten gleichermaßen für Angst und Schrecken.[1] Die erstmalige Erwähnung des Begriffs Stalinorgel lässt sich auch anhand von Wehrmachtsbriefen und Frontberichten nicht genau rekonstruieren.

Von den Rotarmisten liebevoll Katjuscha-Katharinchen genannt, war sie neben dem Panzer T-34 die am meisten gefürchtete Waffe der Roten Armee. In Anlehnung an ein Liebeslied aus dem Jahr 1938 war sie der ganze Stolz der Roten Armee. Neben der psychologischen Wirkung zählte ihre einfache und kostengünstige Herstellung: Die Startschienen der Raketengeschosse konnten ohne Probleme auf Lastwagen, Panzerzüge, Draisinen oder Traktoren montiert werden. Die sowjetische Produktion an geeigneten Lkws war jedoch zu Beginn des Krieges ungenügend, sodass die Rote Armee auf die aus den USA gelieferten Studebaker-Lkws angewiesen war. Mit ihrem Allradantrieb verhalfen sie dem Raketenwerfer erst zu vollendeter Wirkungskraft und Mobilität. Als Präzisionswaffe kaum tauglich, entfachte die Stalinorgel vor allem als Flächenwaffe ihre Wirkung. Die Geschosse konnten zwar nicht zielgenau justiert, jedoch im Sekundentakt abgeschossen werden. Die breit gestreuten und schwer vorherzubestimmenden Einschläge sorgten noch in großer Entfernung für Panik und wirkungsvolle Zerstörung. Ein vergleichbarer konventioneller Artillerierohrbeschuss hätte für eine ähnliche Wirkung mehrere Minuten gebraucht, die Stalinorgel brauchte hingegen nur wenige Sekunden. Der massive Einschlag innerhalb kürzester Zeit ließ dem Feind keine Zeit zu reagieren.

Die unterschiedlichen Ausführungen der Mehrladestartvorrichtung erreichten Ziele in einer Entfernung von bis zu 11 Kilometern. Binnen kürzester Zeit konnte fast eine halbe Tonne Raketen verschossen werden. Bei Panzern oder Bunkern waren diese Geschosse wirkungslos, aber auf offener Front, gegen ungeschützte Fahrzeuge und Soldaten, waren sie sehr effektiv. Zur Bedienung waren insgesamt sieben Mann nötig. Erstmals zum Einsatz kam die Waffe Mitte Juli 1941 bei Orscha in Weißrussland, drei Wochen nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion. Stalin, der am 1. Juli 1941 den Vorsitz des Verteidigungskomitees übernommen hatte, forderte den großflächigen Einsatz der neuen Waffe. Ziel war es, mit dem Artilleriefeuer groß angelegte Durchbruchsoperationen vorzubereiten. Im Verlauf des Krieges gewann der Raketenwerfer immer mehr an Bedeutung und kam bei allen großen Schlachten zum Einsatz. Die höchste Konzentration der Geschütze befahl jedoch Marschall Schukow für die Schlacht um Berlin im April 1945: Insgesamt kamen fast 3.000 Raketenwerfer zum Einsatz.

Feuernde Stalinorgeln der Roten Armee vor Moskau, 1941.

1 Bernd Ulrich: Der Krieg – ein rücksichtsloses Geräusch, in: Gerhard Paul / Ralph Schock: Sound des Jahrhunderts, Bonn 2013, S. 243f.

Stalinismus in Deutschland

Sowjetische Propagandatafel beim Brandenburger Tor in Berlin, 1945.

Stefan Donth

Stalins Deutschland – die Durchsetzung der kommunistischen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone

Stalins Vorbereitungen

Als Stalins Truppen 1945 Ostdeutschland besetzten, beendeten sie nicht nur Hitlers Herrschaft. Ihr Auftrag lautete, eine kommunistische Diktatur aufzubauen. Ein Blick in die Akten, die seit dem Untergang des Kommunismus auch in Moskauer Archiven eingesehen werden können, lässt uns heute klarer sehen, wie der sowjetische Diktator dabei vorging.

Stalins Planungen für die Nachkriegsordnung kamen einem Spagat gleich: Einerseits zielten sie darauf ab, den von der Roten Armee eroberten Gebieten eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu oktroyieren. Andererseits sollte die weitere Kooperation mit den Westmächten sichergestellt werden, um von diesen finanzielle Mittel für den Wiederaufbau der zerstörten Sowjetunion zu erhalten. Deshalb galt es, auf die öffentliche Meinung der westlichen Demokratien Rücksicht zu nehmen.[1]

Aus diesen Gründen sollte sich die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ unter dem Deckmantel einer „simulierten Demokratie“, der sogenannten „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“, vollziehen.[2] Auf die Umsetzung seiner Vorgaben hatte Stalin die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bereits im Moskauer Exil eingeschworen.[3] „Den Staat und seinen Apparat so gestalten, dass wir diese Position ausnutzen können für den Kampf um den Sozialismus“ – das war das Ziel der Kommunisten.[4]

So notierten der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck und weitere Angehörige des Führungszirkels seiner Partei in Moskau, dass die Führung der „ideologisch

stärksten Kader“ in einer „vom Geiste des Marxismus, Leninismus und Stalinismus erfüllte[n] einheitliche[n] Kampfpartei“ durch einen Apparat sicherzustellen sei.[5] Eine der Sowjetunion völlig ergebene „zielklare bolschewistische Partei mit fester revolutionärer Disziplin“ sollte Stalins Planungen umsetzen.[6] Die KPD beanspruchte Kompetenzen, die weit über die Zuständigkeiten einer Partei hinausgingen und die darauf abzielten, alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche zu beherrschen.[7]

Stalins Leute in Deutschland

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) übernahm die Führung. Am 6. Juni 1945 gegründet, bildete die SMAD die zentrale Säule des Apparates, mit dem Stalin die kommunistische Diktatur in dem von seinen Truppen besetzten Teil des Deutschen Reiches durchsetzte. Dabei überließ er nichts dem Zufall oder gar alleiniger deutscher Ausführung: Stalin betraute ihm völlig ergebene sowjetische Militärs, Parteifunktionäre und Geheimpolizisten damit, seine Befehle zu erfüllen und ihn über alle Geschehnisse auf dem Laufenden zu halten. An der Spitze der SMAD standen 1945/46 zuerst Marschall Georgi K. Shukov und von 1946 bis 1949 Marschall Wassili D. Sokolowski. Von 1949 bis 1953 hatte der Sieger der Schlacht bei Stalingrad, Armeegeneral Wassili I. Tschuikov, das Kommando inne.[8]

Das Grundgerüst der SMAD bildete eine breit aufgefächerte Abteilungsstruktur mit etwa 50.000 Mitarbeitern, die alle Bereiche des politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens abdeckte – abgesichert durch die über das ganze Land verteilten Besatzungstruppen. Die Zuständigkeiten für die Steuerung und Kontrolle des politischen Lebens lagen beim Politischen Berater, dem Spitzendiplomaten Wladimir S. Semjonov, und der Politverwaltung. Das Tagesgeschäft wie Propaganda und Kultur sowie die Einflussnahmen auf die Tätigkeit von Parteien und Massenorganisationen übernahm die Propagandaverwaltung (seit 1947 Informationsverwaltung), die der Parteifunktionär Oberst Sergej I. Tjulpanov leitete.[9] Die Zuständigkeit für den Neuaufbau deutscher Verwaltungsstrukturen fiel in den Aufgabenbereich von Generaloberst Iwan A. Serow, der von 1945 bis 1947 als Stellvertretender SMAD-Chef für Fragen der Zivilverwaltung und Geheimpolizeichef in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) eine große Machtfülle auf sich vereinigte. Diese Funktion war der Schlüssel, mit dem die Besatzungsmacht ihre Vorstellungen durchsetzte. Die sowjetische Geheimpolizei überwachte Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Schulen und Verwaltung. Mit Militärtribunalen und „Speziallagern“ wurden Unsicherheit und Terror verbreitet.[10]

In dieser Atmosphäre von Angst und Schutzlosigkeit arbeitete die Besatzungsmacht mit Befehlen, Anweisungen und Empfehlungen. Hinzu kamen Gespräche der Führungen. Stalin bestellte die Spitzenfunktionäre – erst der KPD und nach der Zwangsvereinigung der SED – von Juni 1945 bis 1952 mindestens achtmal zu Beratungen mit der sowjetischen Partei- und Staatsführung nach Moskau. Dort mussten sich die deutschen Genossen zahlreiche Propagandafilme anschauen und wurden mit der jeweils herrschenden Interpretation

politischer oder gesellschaftlicher Entwicklungen vertraut gemacht. Aus den Notizen von Wilhelm Pieck lassen sich darüber hinaus Rückschlüsse auf mindestens 120 Treffen mit SMAD-Offizieren ziehen. Ziel Stalins und Aufgabe der SMAD war es, Politik und Verwaltung über ein Netz handverlesener Funktionäre verdeckt zu steuern. Das ließ sich jedoch nicht in jedem Fall umsetzen. Deshalb mussten Offiziere der Besatzungsmacht auch offen agieren.[11]

Erste Weichenstellungen für Stalins neue Ordnung

Die SMAD übernahm die Verwaltung in der SBZ und leitete tiefgreifende politische, gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen ein. Mit deren Umsetzung begannen die sogenannten „KPD-Initiativgruppen" („absolute, feste, zuverlässige Genossen") in Berlin-Brandenburg, Sachsen und Pommern-Mecklenburg, unmittelbar nachdem die Rote Armee diese Regionen besetzt hatte.[12] Dabei spielte der kommunistische Führungskern um Walter Ulbricht eine Schlüsselrolle. Er hatte die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur im Moskauer Exil verbracht. Dort war es dem späteren Partei- und Staatschef der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gelungen, sich das „Vertrauen" Stalins zu erwerben. In enger Abstimmung mit der Besatzungsmacht stellte die „Gruppe Ulbricht" in Berlin grundlegende Weichen, um das deutsche Gesicht des kommunistischen Herrschaftsapparates zu modellieren. Seine wichtigste Säule bildete die KPD. Ihr Neuaufbau erfolgte programmatisch, organisatorisch und personell von oben nach unten. Die ideologische Grundlage bildete das Diktum Stalins „Die Kader entscheiden alles". Um eine ausreichende Zahl an Kadern zur Herrschaft zu befähigen, wurden ein Schulungssystem errichtet und ausgewählte KPD-Mitglieder auf die Linie der Partei eingeschworen. Die ersten Lehrpläne sahen unter anderem Themen wie die Stalin'sche Verfassung von 1936 in der Sowjetunion und das Studium weiterer Schriften des Diktators vor.[13]

Stalin bestimmte das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung. Ohne sich mit den westlichen Alliierten abzusprechen, legalisierte er im Sommer 1945 Parteien in seiner Besatzungszone. Am 11. Juni 1945 ließ er einen Aufruf der KPD veröffentlichen, der zuvor unter seiner Aufsicht in Moskau verfasst worden war.[14] Der Schlüsselsatz dieser programmatischen Proklamation lautet: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre […]". Diese Formulierung verschleierte die tatsächlichen Ziele Stalins und suggerierte eine Offenheit für die Entwicklung der Gesellschaft, die es gar nicht gab.

Im Sommer 1945 gründeten sich neben der KPD auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und zwei bürgerliche Parteien: die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD). Die SMAD verpflichtete diese Parteien, mit der KPD im „Block der antifaschistischen, demokratischen Parteien" zusammenzuarbeiten. Hier mussten auf Zonenebene, in den im Sommer 1945 von der SMAD eingerichteten fünf Ländern der SBZ sowie auf kommunaler und Kreisebene Entscheidungen nach dem Prinzip der Einstimmigkeit getroffen werden. Daraus

ergaben sich zwei Konsequenzen: So war es zum einen keiner Partei möglich, Politik gegen die KPD zu betreiben. Zum anderen wurden die bürgerlichen Kräfte eingebunden, an bestimmten Entscheidungen beteiligt und so von einer Fundamentalopposition abgehalten. Oft gehörten hierzu die besonders schwierigen Fragen der Versorgung mit Nahrung und Wohnraum, bei denen sich bürgerliche und sozialdemokratische Entscheidungsträger unbeliebt machen mussten.

Blockpolitik bedeutete jedoch nicht, dass die SMAD alle Parteien gleichbehandelte. Der kommunistische Parteiapparat genoss absoluten Vorrang. Schaut man nur auf Sachsen, dann war er dort auf eine straff geführte und in mehrere Abteilungen und Referate gegliederte Bezirksleitung ausgerichtet, die über 80 hauptamtliche Mitarbeiter zählte. Hinzu kamen in den Kreisleitungen weitere 240 „Parteiarbeiter" als unverzichtbare Stützen der kommunistischen Herrschaft. Über vergleichbare personelle Ressourcen – und materielle Hilfen wie Papier und Fahrzeuge, die die KPD von der SMAD erhielt – verfügte keine andere Partei. Diese Bevorzugung und die bedingungslose Vertretung sowjetischer Interessen – auch bei der „Entnahme" materieller Ressourcen aus zahlreichen Betrieben – diskreditierte die KPD in großen Teilen der Bevölkerung als „Russenpartei".[15]

Eng mit der Besatzungsmacht zusammenwirkend ergriff die KPD die Macht im Verwaltungsapparat – der neben den Parteistrukturen zweiten Säule des kommunistischen Herrschaftssystems. Dazu nutzte die KPD ihren Zugriff auf die Personalämter. Deren Leitung besetzte sie – wie bereits im sowjetischen Exil geplant – mit ihren Moskau-Kadern.[16] Sie sorgten dafür, dass die KPD „überall vertreten [ist] und Einfluss besitzt".[17] Im Sinne der Blockpolitik fanden bei der Vergabe von Posten auch Mitglieder von CDU, LDP und SPD Berücksichtigung. Das galt besonders für überwiegend repräsentative Spitzenpositionen: Die SMAD ernannte in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern Sozialdemokraten zum Ministerpräsidenten, in Sachsen-Anhalt und Thüringen rückten LDP-Mitglieder an die Spitze der Landesverwaltungen.

Nach diesem Drehbuch setzte die Besatzungsmacht die kommunistische Machtergreifung in den Verwaltungen um. Auch wenn in den von der SMAD zusammengestellten ersten Landes- und Provinzial-Regierungen Angehörige aller Parteien vertreten waren, darf das nicht den Blick darauf verstellen, dass die KPD die Schlüsselbereiche bei sich konzentrierte. „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben" – mit diesen berüchtigten Worten brachte Walter Ulbricht seine Ziele prägnant auf den Punkt.[18] Folgerichtig wurden in den von CDU, LDP und SPD geführten Ressorts die Personalabteilungen und weitere „Kommandohöhen" von handverlesenen Kommunisten geleitet.[19]

Mit der Entnazifizierung verloren gleichzeitig zahlreiche Vertreter der alten Eliten ihre Ämter. Dies gab der KPD viele Möglichkeiten, frei gewordene Positionen mit eigenen Anhängern zu besetzen und ihnen Aufstiegschancen zu eröffnen. Gefolgsleute wurden mit Posten und Privilegien ausgestattet und damit an die Partei gebunden. Tausende Kommunisten erhielten eine

neue Lebensperspektive, die eng mit dem Bestand der neuen Ordnung verknüpft war.

Eine wichtige Aufgabe des Verwaltungsapparates war die Durchführung der von SMAD und KPD initiierten sozialökonomischen Umgestaltungen. Mit der Enteignung von Großgrundbesitzern, der sogenannten „Bodenreform", und der Beschlagnahme von Wirtschaftsunternehmen zerschlugen die Kommunisten die ökonomische Machtbasis der bürgerlichen Eliten. Durch die Umverteilung von deren Eigentum hoffte die KPD, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.[20]

An der undemokratischen kommunistischen Politik entzündeten sich ab Herbst 1945 zahlreiche Konflikte zwischen KPD und SPD. Darauf reagierte die Besatzungsmacht mit einer Kampagne zur Vereinigung beider Parteien. Stalin hatte Ulbricht Anfang Februar 1946 in den Kreml gerufen und ihm seine Entscheidung und die sich daraus für die deutschen Kommunisten abzuleitenden Aufgaben mitgeteilt. SMAD und KPD gelang es nur durch Druck und die Verhaftung zahlreicher Sozialdemokraten, die sich den kommunistischen Zumutungen verweigerten, im April 1946 die Zwangsvereinigung mit der SPD zur SED durchzusetzen.[21] Alle Führungsgremien der neuen Partei bis hinauf zum Zentralsekretariat, das als geschäftsführender Vorstand agierte, wurden zunächst paritätisch besetzt. Als Vorsitzende amtierten Wilhelm Pieck (ehemals KPD) und Otto Grotewohl (ehemals SPD).

Die 1945/46 vollzogenen Umwälzungen sollten auf Anweisung Stalins – auch mit Blick auf den Westen – im Nachhinein legitimiert werden. Der dazu in Sachsen am 30. Juni 1946 abgehaltene „Volksentscheid über das Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Nazi- und Kriegsverbrechern in das Eigentum des Volkes" und die in der SBZ im Herbst 1946 stattfindenden Gemeinde-, Kreistags- und Landtagswahlen waren allerdings weder frei noch ergebnisoffen. Die SMAD sorgte mit Einschüchterungen, Verhaftungen und zahlreichen Manipulationen in der SBZ für ein ihr genehmes Ergebnis: Die SED erzielte 47,5 Prozent, die LDPD 24,6 Prozent und die CDU 24,5 Prozent der Stimmen. Rechnet man die 2,9 Prozent hinzu, die die SED-gesteuerte Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) erhielt, dann erreichte die Staatspartei knapp über 50 Prozent.[22]

Eine Regierungsbildung nach parlamentarischen Spielregeln verhinderte die SMAD mit ihrer Bestimmung, dass sowohl die Blockpolitik als auch die Allparteienregierungen in den Ländern und Provinzen der SBZ fortgeführt werden sollten. Die SED festigte ihre Machtposition, zumal der Parteiapparat in der Praxis als tatsächliche „Regierung" deren staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Zuständigkeiten doppelte.

Stalins „Partei neuen Typs"

Die Durchsetzung der kommunistischen Diktatur hing von einer zuverlässigen deutschen Polizei ab. Ihr Aufbau, der mit Vorrang angegangen wurde, war gekennzeichnet von einer besonders rigorosen Personalpolitik und einer engen Verquickung mit dem Parteiapparat von KPD/SED. Schon früh installierte

die Besatzungsmacht eine politische Polizei K 5, die zunächst den Organen der „Freunde“ zuarbeitete und mit der Gegner verfolgt und ausgeschaltet wurden.[23]

Die Besatzungsmacht initiierte erste innerparteiliche Säuberungswellen gegen ehemalige Sozialdemokraten, die an ihren Grundsätzen wie Demokratie und Meinungsfreiheit festhielten. Die Ausschaltung der Sozialdemokratie manifestierte sich in den bis Ende 1947 durchgeführten ersten Parteiwahlen der SED, bei denen auf Kreisebene über 60 Prozent der Vorstandsmitglieder ausgetauscht wurden.[24]

Zugleich verloren die Länder der SBZ immer mehr Kompetenzen, die die SMAD auf neu geschaffene zentrale Institutionen wie die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) und die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) verlagerte. Nach und nach wurden Institutionen der demokratischen Staatsordnung verboten oder gleichgeschaltet. Begründet wurde dies häufig mit dem außerlegalen Willen des Volkes nach einer stärker an „fortschrittlichen“ Zielen ausgerichteten Politik, deren Inhalt die Besatzungsmacht definierte.

Zur Strategie, mit der Stalin im Kalten Krieg 1948/49 seinen Herrschaftsbereich in Osteuropa langfristig absicherte, gehörten nicht nur die Zentralisierung politischer Entscheidungen beim nun immer offener betriebenen Aufbau einer kommunistischen Gesellschaftsordnung, sondern auch die Einführung der Planwirtschaft – die verbunden war mit der Vorgabe, bei der Umsetzung des ersten Zweijahresplanes Gegnerschaft als „Antisowjethetze“ zu bestrafen. Kernstück der Transformationsprozesse, die Stalin in der SBZ forcierte, war der Umbau der SED zu einer stalinistischen „Partei neuen Typs“. Parteiämter und staatliche Funktionen konnten nur die Mitglieder behalten, die den neuen Kurs bedingungslos mit vorantrieben.[25]

Die Spitzengremien der SED wurden bis 1949 nach sowjetischem Vorbild umstrukturiert. An der Spitze der innerparteilichen Machtpyramide bestimmten nun ein Politbüro und ein kleines Sekretariat den Kurs der SED. Die Macht der Parteispitze um Ulbricht wurde durch das Organisationsprinzip des „demokratischen Zentralismus“ zementiert und durch Parteikontrollkommissionen abgesichert. Verbindlich waren nun von oben nach unten „durchgestellte“ Weisungen und die umfassende Berichtspflicht nachgeordneter Leitungen an die Parteiführung.

Die SMAD forcierte die Stalinisierung der SED auch mit einer Propagandaoffensive. Sie ließ über 8,5 Millionen Exemplare der wichtigsten Schriften der „Klassiker des Marxismus/Leninismus“ in der SBZ verteilen. Darunter befanden sich rund drei Millionen Ausgaben von Marx und Engels sowie fast 2,5 Millionen von Lenins Schriften. Den größten Einzelposten machten jedoch weit über drei Millionen Exemplare der Werke Stalins aus.[26] Die SED-Funktionäre hatten die Tatsache zu verinnerlichen, dass der „Leninismus und die Schriften Stalins eine umfangreiche Weiterentwicklung des Marxismus sind“ und dass daran „sachlich kein Zweifel bestehen“ könne.[27] Damit avancierte der Marxismus-Leninismus in seiner stalinistischen Ausprägung endgültig zur Weltanschauung der SED. Folgerichtig wurde beispielsweise der sowjetische

Diktator auf SED-Parteitagen in Abwesenheit ins Ehrenpräsidium gewählt. Besatzungsmacht und SED gelang es, trotz beträchtlicher Widerstände mit den Legitimationsressourcen Glauben und Hingabe an eine vermeintlich „richtige und gute Sache“ eine große Anhängerschaft zu mobilisieren. Ende 1948 zählte die SED über 1,7 Millionen Mitglieder. Große Teile der Bevölkerung waren zumindest auf dem Papier in kommunistisch gesteuerten Massenorganisationen und Gewerkschaften organisiert.

Angeleitet, gesteuert und kontrolliert wurden SED und Verwaltung nach wie vor durch die SMAD, die 1948 ein bis zum Ende der DDR bestehendes Nomenklatursystem implementierte. Damit erhielten die SED-Landesleitungen zumindest formal die Befugnis, eine Vielzahl von Posten im Parteiapparat, in den staatlichen Organen und den Massenorganisationen mit Anhängern zu besetzen, die die sowjetische Führungsrolle verinnerlicht und die sich als zuverlässige Gefolgsleute bewährt hatten. Das betraf auch die Auswahl der Inhaber von Wahlämtern, etwa in den Vorständen. Mit diesem personalpolitischen Instrument hielten SMAD und SED-Führung die Verfügungsgewalt über die Positionen, die sie für die Machtsicherung für bedeutsam erachteten, fest in ihren Händen. Ende 1948 standen der SED in den Ländern jeweils etwa 2.000 hauptamtliche Mitarbeiter zur Verfügung. Fachabteilungen des Parteiapparates überprüften und genehmigten sämtliche Regierungsvorlagen, bevor sie umgesetzt werden konnten. Damit wurde die Vorherrschaft der Partei gegenüber der Verwaltung in feste institutionelle Verfahren gegossen. [28]

In den Jahren 1948/49 beseitigte die Besatzungsmacht die ohnehin nur geringen Handlungsspielräume der bürgerlichen Parteien CDU und LDPD. Für eine demokratische Fassade bestand keine Notwendigkeit mehr. SMAD und SED vertrieben und entließen Mitglieder der bürgerlichen Parteien aus ihren Parteiämtern und besetzten Leitungspositionen mit „fortschrittlichen Kräften“. So hatte die SMAD bereits Ende 1945 den CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes wegen seiner Gegnerschaft zur „Bodenreform“ und zur Oder-Neiße-Grenze abgesetzt. Das gleiche Schicksal traf Ende 1947 auch dessen Nachfolger Jakob Kaiser. Er hatte die demokratischen Defizite in der SBZ öffentlich angeprangert. Eingriffe in die personelle Zusammensetzung der gewählten Parteigremien bildeten aber nur die Spitze des Eisbergs an Repressalien, mit denen die Besatzungsmacht CDU und LDPD zu „Blockparteien“ transformierte. Während Stalins Herrschaft wurden fast 2.000 CDU-Mitglieder verhaftet, 130 in die Sowjetunion deportiert und etwa 50 hingerichtet.[29]

Zudem verstärkte die SMAD die Zentralisierung in der SBZ – etwa bei der Steuerhoheit, im Justizwesen und bei der immer mehr zum Tragen kommenden Planwirtschaft –, sodass den Landesregierungen immer weniger Kompetenzen verblieben. Die SED-Landesleitungen wurden zu ausführenden Organen des zentralen SED-Parteiapparates degradiert. Damit kam die SED dem Ideal einer straff geführten „Massen- und Kaderpartei“ nahe, die Staat und Gesellschaft beherrschte und nach stalinistischen Vorstellungen formte.

Was war Stalins DDR für ein Staat?
Die auf Befehl Stalins hin vorgenommene Proklamierung der DDR am 7. Oktober 1949 mit der Ernennung Wilhelm Piecks zum Präsidenten und Otto Grotewohls zum Ministerpräsidenten mag den Blick auf die tatsächlichen Machtverhältnisse verschleiert haben. Verschoben wurden sie dadurch nicht: Die Entscheidungsgewalt verblieb bei der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), die aus der SMAD hervorgegangen war. Die Gleichschaltung des gesamten politischen Lebens manifestierte sich in den Wahlen zur Volkskammer 1950, bei denen nur noch über Einheitslisten abgestimmt werden konnte.

Spitzenfunktionäre der SED schworen ihre Partei immer offener auf den Stalinismus ein – vor allem Hermann Matern, der als Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission die Aufgaben einer parteiinternen Inquisition wahrnahm: „Stalin, das ist der Lenin unserer Tage, Stalin, das ist der Fortsetzer des Marxismus-Leninismus, und wir alle Genossen, wir alle wollen gute und ernste Schüler Stalins sein, und wir werden keine Anstrengungen scheuen, Stalinisten zu werden."[30]

Zu den integralen Bestandteilen stalinistischer Politik gehörte auch im kommunistischen deutschen Teilstaat die gnadenlose Verfolgung von Gegnern. Bereits im Dezember 1948 hatte Stalin der SED den Aufbau einer eigenen politischen Geheimpolizei erlaubt, die er allerdings von seinen eigenen Leuten an der kurzen Leine führen ließ. Unmittelbar nach Gründung der DDR folgte am 8. Februar 1950 das Gesetz zur Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nach sowjetischem Vorbild. Das MfS fungierte als „Schild und Schwert der Partei" SED und setzte umfangreiche „Säuberungen" in Gang. In Berlin-Hohenschönhausen richtete das MfS seine zentrale Untersuchungshaftanstalt ein. Die sowjetische Geheimpolizei hatte dort seit 1947 fensterlose Kellerräume – das berüchtigte „U-Boot" – als Gefängnis genutzt und es 1951 dem MfS zur Weiternutzung überlassen.

Verhaftet und jahrelang im „U-Boot" und weiteren Haftanstalten der DDR eingesperrt wurden Anfang der 1950er Jahre auch zwei Minister und ein Staatssekretär der DDR-Regierung: Der Minister für Handel und Versorgung Karl Hamann (LDPD) musste als Sündenbock für das miserable Warenangebot in den Läden herhalten. Außenminister Georg Dertinger (CDU) war der Spionage und Verschwörung verdächtig. Und Helmut Brand, CDU-Staatssekretär im Justizministerium, wurde zum Verhängnis, dass er gegen die Scheinjustiz der sogenannten Waldheimer Prozesse protestiert hatte, bei denen die DDR über 3.000 sowjetische Lagerhäftlinge von Sondergerichten in Schnellverfahren aburteilen ließ. Die Säuberungsmaßnahmen kosteten die CDU 1949/50 ein Viertel ihrer Mitgliedschaft. Auch zahlreiche Anhänger der LDPD flohen in den Westen. Das war in den Augen der Besatzungsmacht die „beste Form der Selbstreinigung der Partei".[31] Dem Zugriff von SKK und SED konnten sich nur die evangelische und katholische Kirche weitgehend entziehen, denen es gelang, ihre Eigenständigkeit in großen Teilen zu verteidigen.[32]

Walter Ulbricht, der als Generalsekretär des Zentralkomitees der SED den Parteiapparat führte und damit der mächtigste Mann der DDR war, ging

1952 – mit dem sowjetischen Diktator eng abgestimmt – politisch in die Offensive und verkündete, jetzt sei es „Sache aller fortschrittlichen Kräfte […], vom großen Stalin zu lernen, wie der Sozialismus aufgebaut wird.“[33] Zu den Bestandteilen des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus, wie ihn die II. Parteikonferenz der SED beschlossen hatte, gehörten eine forcierte Militarisierung und Aufrüstung der DDR, die Abriegelung der innerdeutschen Grenze, weitere Enteignungen und Verstaatlichungen größerer Privatunternehmen sowie die Kollektivierung der Landwirtschaft. Zudem mussten Tausende junge Christen die weiterführenden Schulen verlassen.

Damit trat die kommunistische Diktatur immer offener in Erscheinung. Weitere Zentralisierungsbestrebungen führten schließlich 1952 zur Auflösung der Länder, die SKK und SED durch 15 Bezirke mit den dazugehörigen SED-Leitungen ersetzten. Die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft führte zur Massenflucht Hunderttausender Frauen, Männer und Kinder in den Westen. Nach Stalins Tod am 5. März 1953 mündete die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Zuständen in der DDR in dem Volksaufstand am 17. Juni 1953, den sowjetische Truppen blutig niederschlugen.

1 Vgl. Jochen Laufer/Georgij. P. Kynin (Hg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 1 (22. Juni 1941–8. Mai 1945), Berlin 2004.

2 Mike Schmeitzner: Zwischen simulierter Demokratie und offener Diktatur: Die Rolle der sächsischen Parteien und Gewerkschaften 1945–1950, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955 (Berichte und Studien Nr. 35), Dresden 2001, S. 139–154.

3 Vgl. Notiz Wilhelm Piecks zu einem Vortrag Walter Ulbrichts, April 1944 (Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BA), ZPA, NY 4036/501, Bl. 46). „Strategie und Taktik der Machtübernahme“. Notizen Sepp Schwabs zu einem Referat Walter Ulbrichts vom 24. April 1944, in: Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hg.): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 167–170. Jochen Laufer: Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941–1945 (Zeithistorische Studien, Bd. 46), Köln 2009,
S. 312–489; Jörg Morré: Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946, München 2001, S. 43–157; Gerhard Wettig (Hg.), Der Tjulpanov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (Berichte und Studien Nr. 63), Göttingen 2012, S. 29–43.

4 Hermann Matern 1944 in Moskau. Zit. nach Horst Laude/Manfred Wilke: Die Pläne der Moskauer KPD-Führung für den Wiederaufbau der Gewerkschaften, in: Klaus Schroeder (Hg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 27–51, hier 45.

5 Wilhelm Pieck in einer Rede zum 25. Jahrestag der Gründung der KPD am 16. Januar 1944, in: Erler/Laude/Wilke (Hg.): „Nach Hitler kommen wir“, S. 99.

6 Auftaktreferat Wilhelm Florins vor der Arbeitskommission „Die Lage und die Aufgaben in Deutschland bis zum Sturz Hitlers“ vom 6. März 1944, in: Erler/Laude/Wilke (Hg.): „Nach Hitler kommen wir“, S. 135–158, hier 156.

7 Schreiben Paul Lindaus an Wilhelm Pieck vom 14. Januar 1945 (Rossijskoi centr chranenija i izucenija dokumentov novejsej istorii [Rußländisches Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte] (RCChIDNI), f. 17, op. 128, d. 743, Bl. 178–181).

8 Vgl. Stefan Creuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 3), Weimar 1996; Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hg.): SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, München 2009; Norman Naimark: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation 1945–1949, Cambridge/Mass.-London 1995; Mike Schmeitzner/Stefan Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 21), Köln 2002. Jan Foitzik (Hg.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 19).

9 Vgl. Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov, Bonn 1998, S. XXVII–XXXIX. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS von 1945 bis 1948, Teil 1 (Gosudarstvennyi Archiv Rossiskoj Federacii [Staatsarchiv der Russischen Föderation] (GARF), f. 7212, op. 1, d. 1, Bl. 19). Materialsammlung zur Geschichte der Sowjetischen Militäradministration Sachsen (SMAS) 1945 bis 1948, Teil 2, Dresden Oktober 1948 (GARF, f. 7212, op. 1, d. 2, Bl. 5–6). Geschichte der SMAS 1948–1949, Teil 3 (GARF, f. 7212, op. 1, d. 3, Bl. 272); Anlage zur Anweisung der SMAD Nr. 015 vom 20. März 1946 (GARF, f. 7317, op. 8, d. 36a, Bl. 93–106).

10 Vgl. Materialsammlung zur Geschichte der SMAS, Teil 2 (Archiv Vnesnej Politiki Rossiskoj Federacii [Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation] (AVP RF), f. 0457g, op. 1, p. 19, d. 67, Bl. 319); Nikita Petrov: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland. Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der SBZ und der DDR von 1945–1954, Berlin 2010, S. 99–109.

11 Vgl. Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994; Bericht des Leiters der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949 vom 21.7.1949 (AVP RF, f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 181); Wettig: Tjulpanov-Bericht, S. 301–304.

12 Besprechung Wilhelm Piecks bei Georgi Dimitroff am 6. Februar 1945, in: Gerhard Keiderling (Hg.): „Gruppe Ulbricht“ in Berlin April–Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentenedition, Berlin 1993, S. 178–184; Vgl. Peter Erler: „Moskau-Kader“ der KPD in der SBZ, in: Manfred Wilke (Hg.): Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht, Berlin 1998, S. 229–292.

13 Vgl. Schmeitzner/Donth: Partei, S. 85–94.

14 Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Erler/Laude/Wilke (Hg.): „Nach Hitler kommen wir“, S. 390–397.

15 Vgl. Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjulpanov, Bonn 1998, S. L–LV.

16 Vgl. „Anweisungen für die Anfangsmaßnahmen zum Aufbau der Parteiorganisation“ von Walter Ulbricht vom 15. Februar 1945 und „Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in den von der Roten Armee besetzten deutschen Gebieten“ vom 5. April 1945, in: Erler/Laude/Wilke (Hg.): „Nach Hitler kommen wir“, S. 327–328 und 380–386; Wettig: Tjulpanov-Bericht, S. 120–124.

17 Rede Hermann Materns am 13.6.1945 (Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA Dresden), SED-BPA Dresden, I/A/001, unpaginiert).

18 Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder (1955), Leipzig 1990, S. 406.

19 Ausführungen Hermann Materns. Protokoll der erweiterten Sitzung des ZK der KPD vom 19./20.11.1945, in: Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hg.), Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946 (Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46 2), München 1994, S. 203.

20 Vgl. Schmeitzner/Donth: Partei, S. 159 – 173.
21 Vgl. Andreas Malycha: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16), Bonn 1995.
22 Vgl. Weisung des Obersten Chefs der SMAD und Oberbefehlshabers der GSBSD an die Chefs der SMAD und die Chefs der SMAD-Landes- und Provinzialverwaltungen über die Schaffung von Bedingungen für einen Sieg der SED bei den Wahlen zu den örtlichen Selbstverwaltungsorganen. 18. Juni 1946, in: Foitzik (Hg.): Kommandanturen, S. 459 – 462; Jochen Laufer/Georgij. P. Kynin (Hg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941 – 1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 2 (9. Mai 1945 – 3. Oktober 1946), Berlin 2004, S. VII – LIX.
23 Vgl. Mike Schmeitzner, Formierung eines neuen Polizeistaates. Aufbau und Entwicklung der politischen Polizei in Sachsen 1945 – 1952, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945 – 1952 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 22), Köln 2003, S. 201 – 267.
24 Vgl. Bonwetsch/Bordjugov/Naimark (Hg.): Sowjetische Politik, S. 100 – 148.
25 Vgl. Anne Applebaum: Der Eiserne Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944 – 1956, München 2013, S. 297–349; Jochen Laufer/Georgij. P. Kynin (Hg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941 – 1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 3 (6. Oktober 1946 – 15. Juni 1948), Berlin 2004, S. IX – LXXXIV.
26 Vgl. Wettig: Tjulpanov-Bericht, S. 355.
27 Beschluss-Protokoll der Landessekretariats-Sitzung der SED Sachsen vom 19. 10. 1946 (SächsHStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/778, Bl. 248).
28 Vgl. Aufgabenplan der SMAD – Abteilung Zivilverwaltung vom 30. 9. 1948 (GARF, f. 7317, op. 50, d. 21, Bl. 247 – 252); Vermerk der Kaderabteilung des SED-Landesvorstandes „Bemerkungen zur Nomenklatur des Landes/Parteivorstandes“ vom 28. 3. 1950 (SächsHStAD, SED-BPA Dresden, A/800, Bl. 257 – 258); Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949 – 1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster 2003, S. 96 – 115; Matthias Wagner: Das Kadernomenklatursystem. Ausdruck der führenden Rolle der SED, in: Andreas Herbst u.a. (Hg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 148 – 157.
29 Ralf Thomas Baus: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 36), Düsseldorf 2001.
30 Protokoll der V. Landesdelegiertenkonferenz der SED Sachsen vom 1./2. 7. 1950 (SächsHStA Dresden, SED-BPA Dresden, A/751, Bl. 216).
31 Bericht der SMAS-Informationsabteilung an Tjulpanov vom 21. Juli 1949 über die Tätigkeit im ersten Halbjahr 1949. (AVP RF f. 0457b, op. 9, p. 55, d. 17, Bl. 156 – 255). Zeitzeugen-Archiv der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Wettig: Tjulpanov-Bericht, S. 209 – 240.
32 Vgl. Wolfgang Tischner: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945 – 1951 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 90), Paderborn 2001, S. 112 – 199, 246 – 448 und 476 – 561; Georg Wilhelm: Die Diktaturen und die evangelische Kirche. Totaler Machtanspruch und kirchliche Antwort am Beispiel Leipzigs 1933 – 1958 (Arbeiten zur kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 39), Göttingen 2004, S. 262 – 306.
33 Beschluss der II. Parteikonferenz der SED, Dietz Verlag, Berlin 1952.

1 **3**

2

1 Der britische Premierminister Winston Churchill, US-Präsident Harry S. Truman und Josef Stalin während der Potsdamer Konferenz, 1945.
2 Stalinorgel auf der Frankfurter Allee in Berlin, 1945.
3 Sowjetisches Ehrenmal im Berliner Tiergarten, 1946.

Seiten 68/69 Siegesparade sowjetischer Truppen im Berliner Lustgarten, 1945.

1 2 3 4 5

1 Propagandaplakat zur Zerschlagung landwirtschaftlicher Großbetriebe, 1945.
2 Plakat zum Volksentscheid über die Enteignung der Großbetriebe in Sachsen, 1946.
3 SED-Plakat zum Zweijahresplan, 1950.
4 Vom ZK der SED herausgegebenes Plakat zum Ausbau der Schwerindustrie, 1952.
5 Plakat zu einer Ausstellung im Rahmen der II. Parteikonferenz der SED, 1952.

Schwerindustrie-
Grundlage der Unabhängigkeit
und des Wohlstandes
5

Anläßlich der 2. Parteikonferenz der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
AUSSTELLUNG
Die SED, der Vortrupp des Deutschen Volkes
im Kampf um Frieden, Einheit und Aufbau.

Stefanie Hüttl

Opfer stalinistischer Parteisäuberungen in Hohenschönhausen

Hunderttausende Kommunisten fielen 1937/38 dem Großen Terror Stalins zum Opfer. Tatsächliche oder vermeintliche Feinde wurden während der Parteisäuberungen in Schauprozessen vorgeführt, zu Lagerhaft verurteilt oder hingerichtet. Dieses System übertrug Stalin auf die neu entstandenen Ostblockstaaten. Die auf seinen Befehl hin groß inszenierten Schauprozesse gegen kommunistische Spitzenfunktionäre 1949 in Budapest und 1952 in Prag dienten den deutschen Kommunisten als Vorbild. Den Angeklagten wurde unter anderem unterstellt, Anhänger Titos zu sein, der nach dem Bruch mit Stalin 1948 Jugoslawien auf einen eigenen Weg zum Sozialismus führen wollte.

Die SED-Spitze plante ebenfalls Schauprozesse und ließ hochrangige Kommunisten vom MfS einsperren, die die Zeit des NS-Regimes nicht in der Sowjetunion verbracht hatten. Sie galten als Verräter und wurden der Spionage für den Westen verdächtigt. Die Opfer der stalinistischen Parteisäuberungen verbrachten Monate oder Jahre in kleinen, fensterlosen Zellen im „U-Boot", dem Kellergefängnis des MfS in Berlin-Hohenschönhausen.

Kurt Müller, stellvertretender Vorsitzender der westdeutschen KPD und Mitglied des Deutschen Bundestages, war der erste wichtige Fall des kurz zuvor installierten MfS. Er wurde 1950 nach Ostberlin gelockt, verhaftet und verbrachte 36 Monate in Untersuchungshaft. Hier war er Schlafentzug, Schlägen und Isolation ausgesetzt. Müller erhielt 1953 per Fernurteil aus Moskau wegen angeblich geplanter Terroraktionen gegen Stalin und als vermeintlicher Gestapo-Agent 25 Jahre Haft.

Das MfS brachte 1951 auch Müllers Nachfolger Fritz Sperling nach Hohenschönhausen. „Ich wurde mit Fäusten geschlagen, ich wurde mit einem Vierkantenlineal aus Stahl geschlagen."[1] Als „Trotzkist" und wegen „amerikanischer Agententätigkeit" wurde er 1954 zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. 1958, zwei Jahre nach seiner Begnadigung, starb Sperling an den Folgen seiner Haft.

Selbst Paul Merker, Mitglied des SED-Politbüros, geriet 1950 als Westemigrant ins Fadenkreuz der Parteiführung und wurde von allen Ämtern enthoben. Ulbricht ließ ihn 1952 wegen Kontakten zu Noel Field einsperren. Der Amerikaner Field hatte während des Zweiten Weltkriegs verfolgten Kommunisten zu Asyl im westlichen Ausland verholfen. In Hohenschönhausen wurde Merker vorgeworfen, sich für eine Entschädigung der durch die Nationalsozialisten enteigneten Juden eingesetzt zu haben. Sein Urteil 1955 lautete auf acht Jahre Zuchthaus.

Fensterlose Kellerzelle der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen, 2012.

Ihre Kontakte zu Field wurden 1950 auch den Westemigranten Leo Bauer, dem Chefredakteur des DDR-Deutschlandsenders, und Erica Wallach zum Verhängnis. Das MfS sperrte beide ins „U-Boot“. Wallach erhielt am Heiligabend 1952 als „US-amerikanische Agentin“ ihr Todesurteil von einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) in Berlin und wurde an die „Freunde“ in Moskau übergeben. Auch Leo Bauer wurde nach eineinhalb Jahren im „U-Boot“ 1952 von einem SMT wegen „trotzkistischer Ideen“ zum Tode verurteilt. Stalins Ableben rettete beide vor der Hinrichtung. Die Verurteilten wurden zu hohen Zuchthausstrafen „begnadigt“. Nur der im Februar 1951 als angeblicher Trotzkist verhaftete westdeutsche KPD-Funktionär Alfred Drögemüller wurde nach zweieinhalb Jahren 1953 ohne Anklage und Urteil aus dem „Steinsarg“,[2] wie er das Kellergefängnis nannte, entlassen.

1 Hubertus Knabe (Hg.): Gefangen in Hohenschönhausen. Stasi-Häftlinge berichten. Unter Mitarbeit von Sandra Gollnest, Berlin 2007, S. 149 – 150.
2 Alfred Drögemüller: Maschinenschriftliches Manuskript von Alfred Drögemüller, Zeitzeugenarchiv der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, S. 8.

Sowjetisches Militärtribunal in Berlin-Pankow, 1948.

Matthias Uhl

Repression als Instrument stalinistischer Herrschaft in Ostdeutschland

Bereits im Frühjahr 1945 hatten die sowjetischen Geheimdienste in Ostpreußen und dem Baltikum Erfahrungen gesammelt, die sich später in der Sowjetischen Besatzungszone als wertvoll erweisen sollten. Dies betraf vor allem die Säuberung der besetzten Territorien von politischen Gegnern.

Bereits unmittelbar nach Kriegsende verfolgte der sowjetische Geheimdienst in der Sowjetischen Besatzungszone nicht nur Kriegsverbrecher und politische Gegner, sondern beeinflusste entscheidend die Neuorganisation der örtlichen deutschen Selbstverwaltungsorgane: „Der Stellv. Kommandeur der Front für zivile Angelegenheiten und seine Bevollmächtigten haben: Der Bevölkerung bei der Organisation der Selbstverwaltung auf dem Territorium Deutschlands, das von der Roten Armee besetzt ist, zu helfen sowie vor allem Maßnahmen zur Auswahl und Ernennung von Bürgermeistern, Polizeichefs, Dorfvorstehern sowie der gerichtlichen Strafverfolgungsorgane aus der örtlichen Einwohnerschaft zu treffen.“[1]

Entsprechend der sowjetischen Losung „Die Kader entscheiden alles“ wurde viel Sorgfalt auf die Auswahl geeigneter Amtsträger verwendet. Hierbei fiel dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (NKWD) eine Schlüsselrolle zu. Besetzungsvorschläge für Stellen in der Verwaltung waren von den Bevollmächtigten des Geheimdienstes zu bestätigen. Hierdurch war es möglich, die politische Zuverlässigkeit jedes Einzelnen im Sinne der UdSSR zu überprüfen und die Ablösung ungeeigneter Kandidaten zu betreiben. Zweck dieser Personalpolitik war es, nur solche Personen zu Bezirkspräsidenten, Landräten,

Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Ortsvorstehern zu ernennen, die eine antifaschistische Gesinnung hatten, über Autorität sowie Popularität unter der örtlichen Bevölkerung verfügten und loyal zur Roten Armee und Sowjetunion standen. So wurde in Dresden der ehemalige Sozialdemokrat Rudolf Friedrichs nach erfolgter Überprüfung zum Oberbürgermeister ernannt. Zur Sicherung des sowjetischen Einflusses auf die städtische Verwaltung setzte das NKWD allerdings als ersten Stellvertreter Kurt Fischer und als Chef der allgemeinen Verwaltung Hermann Matern ein. Beide waren Kommunisten und kamen aus der von Moskau entsandten Gruppe Ackermann. In Abstimmung mit dem sowjetischen Sicherheitsapparat bestimmten sie aus einer Gruppe von Antifaschisten und Einwohnern weitere Funktionäre.

Die von den Amerikanern bestätigte Landesregierung Thüringens unter dem Sozialdemokraten Hermann Brill galt den Sowjets als politisch wenig zuverlässig, weil vor allem in den mittleren Verwaltungsebenen noch zahlreiche ehemalige Mitglieder der nationalsozialistischen Partei tätig waren. Auf Antrag von Walter Ulbricht sollte die Landesregierung jedoch in ihrer bisherigen Zusammensetzung weiterarbeiten, bis die „Auswahl der für uns notwendigen Leute abgeschlossen war“[2]. Der Austausch der als unsicher eingeschätzten Kandidaten erfolgte allerdings relativ rasch. Bereits am 16. Juli 1945 wurde Brill als thüringischer Präsident gegen einen ehemaligen Politiker der Deutschen Demokratischen Partei, Rudolf Paul, ausgetauscht und dabei sogar intern die Militäradministration (SMAD) unter Druck gesetzt, deren politischer Berater, Wladimir S. Semjonow, Brill ausdrücklich in seinem Amt bestätigt und ihm die uneingeschränkte administrative Zuständigkeit für Thüringen überlassen hatte. Unter dem Einfluss von NKWD und den deutschen Kommunisten wurde diese Entscheidung kurz darauf wieder zurückgenommen und Brill gegen Paul ausgetauscht. Da Paul nur wenig später ebenfalls nicht mehr den Interessen der Sowjets und deutschen Kommunisten entsprach, musste sich dieser allerdings im Herbst 1947 in den Westen absetzen.

Damit wird deutlich, dass zwischen den deutschen Kommunisten aus Moskau und dem NKWD eine enge Verbindung bestand. Mithilfe des NKWD war die Gruppe Ulbricht in der Lage, politische Gegner jeder Art auszuschalten, um die eigene Herrschaft zu sichern. Besonders deutlich wird dieses Faktum auch auf der Ebene der örtlichen Selbstverwaltungen. Auf den Beistand der neuen sowjetischen Machthaber vertrauend, übernahmen die Kommunisten Schlüsselpositionen im lokalen Behördenapparat. Die bisherigen Amtsinhaber wurden von ihnen in den Ruhestand oder mithilfe des sowjetischen Geheimdienstes in die berüchtigten Speziallager geschickt. Hier saßen bis zur Auflösung der Lager im Jahr 1950 insgesamt mehr als 130.000 Personen ein, von denen rund 43.000 durch die dort herrschenden unmenschlichen Haftbedingungen zu Tode kamen. Zudem sprachen sowjetische Gerichte zwischen 1944 und 1947 – bis zur zeitweiligen Aussetzung der Todesstrafe – mindestens 3.301 Todesurteile gegen Deutsche aus, von denen 2.542 vollstreckt wurden.

Mit der Schaffung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland im Juni 1945 war die Sonderrolle des NKWD bei der politischen Sicherung

des besetzten deutschen Territoriums bestätigt worden. Der Geheimdienst verfügte jetzt über einen eigenen Verwaltungsapparat, der zwar formell dem SMAD-Chef und Oberkommandierenden der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, Marschall Georgi K. Schukow, unterstellt war, in Wirklichkeit jedoch vollkommen unabhängig von ihm agierte. Dem Bevollmächtigten des NKWD für Deutschland, Generalleutnant Iwan A. Serow, unterstanden dabei folgende Verantwortungsbereiche: „die Leitung und Kontrolle der […] durchgeführten Arbeiten zur Säuberung des von der Roten Armee besetzten Territoriums von Agenten deutscher Spionage- und Abwehrorgane; zur Fahndung und Aushebung vom Gegner zurückgelassener deutsch-faschistischer Untergrundgruppen und so genannter ‚Wehrwolfgruppen', sowie zur Ermittlung und Verhaftung von Kriegsverbrechern".[2]

In allen Städten, Kreisen, Bezirken und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone sollten Operativgruppen des Geheimdienstes arbeiten, die als Organe der Militäradministration getarnt waren. Neben der Jagd nach Gegnern der UdSSR auf dem von der Roten Armee besetzten Territorium oblag dem NKWD in Deutschland natürlich auch die Informationspflicht über interne politische Vorgänge. Bereits für das Jahr 1946 lässt sich zudem belegen, dass auch Dienststellen der ostdeutschen Polizei für die Verfolgung von sogenannten „konterrevolutionären Elementen", also politischen Gegnern, eingesetzt wurden. Allerdings agierten diese für die sowjetischen Nachrichtendienste zunächst als reine Hilfstruppe, die lediglich Informationen beschaffte oder Zeugen befragte. Exekutive Handlungen blieben ausschließlich dem aus dem Volkskommissariat für Staatssicherheit hervorgegangenen Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR (MGB) vorbehalten.[3]

Die Verfolgung der oben erwähnten, sogenannten Untergrundgruppen, die angeblich versuchten, Aktionen gegen die Truppen der Roten Armee in Deutschland durchzuführen, bildete gleichfalls einen Schwerpunkt der Arbeit der sowjetischen Sicherheitsorgane in der Sowjetischen Besatzungszone. Bis zum 1. Oktober 1945 liquidierte das NKWD – so die Meldungen an Stalin – 359 Wehrwolfgruppen mit mehr als 3.330 Mitgliedern. Besonders erwähnenswert ist, dass in diesen „Wehrwolfgruppen" kaum Deutsche kämpften, sondern sie zum Großteil aus ehemaligen Soldaten der Roten Armee bestanden. Offenbar gelang es der NKWD-Führung in Ostdeutschland zunächst nicht, das „Bandenproblem" rasch in den Griff zu bekommen. Noch im ersten Halbjahr 1946 hoben Angehörige des sowjetischen Geheimdienstes in Deutschland weitere 213 „Banden" mit 1.350 Mitgliedern aus. Auch diese bestanden ausnahmslos aus Deserteuren der Roten Armee und Repatriierten, die eine Rückkehr in die UdSSR verweigerten.

Zum Zweck der Informationsgewinnung bauten die sowjetischen Sicherheitsdienste in Deutschland mithilfe der örtlichen Bevölkerung eigenständige Agentennetze auf. Zum 1. Januar 1946 arbeiteten in Deutschland allein in den Zuträgernetzen der sowjetischen Spionageabwehr 2.304 Personen, nahezu ausschließlich Deutsche. Das Netz der Aufklärungsabteilung des Stabes der Inneren Truppen des NKWD in Deutschland – vor allem zuständig für die

Bewachung und den Schutz von sowjetischen Objekten in der Sowjetischen Besatzungszone – verfügte Mitte 1946 über 3.083 Agenten. Die Mehrzahl der Informanten stand jedoch im Sold der fünf Operativsektoren (einer pro Land oder Provinz der Sowjetischen Besatzungszone), 17 Bezirksoperativgruppen und 170 Kreisoperativgruppen des NKWD. Aufgrund der bis heute in Russland geltenden Geheimhaltungsbestimmungen ist es nicht möglich, deren Zahl auch nur annähernd zu beziffern. Bei der Anwerbung von Spionen wurde nicht vor Gewalt zurückgeschreckt. Wer die Mitarbeit verweigerte oder ungenügende Resultate lieferte, wurde inhaftiert und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.[4]

Die Operativgruppen waren der Schlüssel für die erfolgreiche Verwirklichung der Repressionspolitik und vielschichtigen Überwachungsaufgaben der sowjetischen Geheimdienste in Ostdeutschland. Zur Umsetzung der ihnen gestellten Aufgaben verfügten sie über eigene Untersuchungsgefängnisse, bedienten sich geheimer Informanten, verwendeten Provokateure, nutzten Zuträger und Denunzianten und pressten Festgenommene aus. In ihrer langerprobten Struktur waren die Geheimdienstteams auf die Erfüllung dieser Aufgaben bestens vorbereitet. Mit hoch spezialisierten Fachkräften besetzt, die jeweils einen bestimmten Aufgabenbereich wie Aufklärung, Spionageabwehr, Fahndung oder Ermittlung leiteten, waren sie faktisch interdisziplinäre Arbeitsgruppen, die erforderliche Schwerpunkte rasch schaffen konnten. In den Operativgruppen arbeiteten zwischen acht bis zehn NKWD-Offiziere, unterstützt von Dolmetschern und Soldaten der Inneren Truppen des NKWD.

Zur Sowjetisierung des von der Roten Armee besetzten deutschen Territoriums gab es, zumindest was die Arbeit des Sicherheitsapparates betraf, keine Alternative. Da der Bevollmächtigte des MGB in Deutschland nach wie vor weitgehend unabhängig von der Sowjetischen Militäradministration agieren konnte, gelang es ihm, wesentlichen Einfluss auf die innere Entwicklung der ostdeutschen Besatzungszone zu nehmen. Dabei spielte die geheimpolizeiliche Kontrolle der dort agierenden politischen Parteien eine Schlüsselrolle.

Selbst wenn die Verfolgungen des sowjetischen Geheimdienstes in der SBZ nicht mehr die Ausmaße der Jahre 1945 und 1946 erreichten, so hielten sie dennoch weiter unvermindert an. Anfang 1948 berichtete Staatssicherheitsminister Wiktor S. Abakumow dem sowjetischen Außenminister und stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates, Wjatscheslaw M. Molotow, über die Verhaftung von 4.308 Deutschen als „feindliche Elemente“ durch das MGB. Selbst groß angelegte Säuberungsaktionen fanden weiterhin statt. Vom 27. bis 30. April 1948 nahmen Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes bei einer „Operation zur Festnahme von Spionen und verdächtigen Elementen“ 19.717 Personen vorübergehend fest. Nach der sogenannten „Filtrierung“ wurden von ihnen 18 Personen verhaftet, 76 der Verwaltung für Spionageabwehr des MGB übergeben, eine Person an die Staatsanwaltschaft überstellt, drei in die UdSSR verbracht sowie 761 Personen zur weiteren Überprüfung an die deutsche Polizei ausgehändigt. Im Jahr 1948 nahm das Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone mit 4.463 Verhafteten sogar mehr Menschen als 1947 fest.

Zudem beobachteten die sowjetischen „Tschekisten“ die als „oppositionell“ eingeschätzten Blockparteien auf das Genaueste. Schienen diese aus dem vorgegebenen Rahmen auszuscheren, wurden vom MGB entsprechende „Justierungen“ vorgenommen und der unerwünschte Einfluss mit geheimdienstlichen Mitteln zurückgedrängt. Aber auch die 1946 geschaffene Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und ihre politische Führung standen unter der ständigen Kontrolle der sowjetischen Geheimpolizei. Beschwerden der Einheitssozialisten bei der Verwaltung für Informationen der Militäradministration konnten an diesem Verhalten des MGB und dessen „Einmischung in innerparteiliche Angelegenheiten“ wenig ändern.[5] Selbst über die Flügel- und Richtungskämpfe unter der Führungsspitze der Einheitssozialisten sowie über die dort herrschenden Intrigen unterrichtete der Geheimdienst die Moskauer Führung. Am 16. April 1949 bekam Stalin beispielsweise von Abakumow ein Dossier über „das persönliche Verhalten des SED-Vorsitzenden Grotewohl“ übermittelt. Deshalb dürfte es auch kein Zufall sein, dass gerade im Jahr der Bildung der DDR der Apparat des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland seinen größten Umfang erreichte. Mehr als 4.000 sowjetische Geheimdienstmitarbeiter sicherten in über 40 Stadt- und 91 Kreisabteilungen des MGB den Aufbau eines auf die Sowjetunion und Stalin ausgerichteten deutschen Teilstaates.

Selbst nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik bestimmte das MGB weiterhin die Geschicke der dortigen politischen Entwicklung, obwohl die deutschen Kommunisten immer wieder auf eine größere Selbstständigkeit der eigenen politischen Polizei drängten. Deren Aufbau geschah schließlich unter rigider Kontrolle des MGB. So lehnten die sowjetischen Staatssicherheitsfunktionäre Erich Mielke, den Favoriten Ulbrichts für den Führungsposten bei der ostdeutschen Staatssicherheit, ab und setzten mit Wilhelm Zaisser einen Mann ihres Vertrauens ein. Auch wiesen die sowjetischen Geheimdienstler von 6.670 Einstellungskandidaten rund 88 Prozent aus kaderpolitischen Gründen zurück.[6]

Das 1950 nach sowjetischem Vorbild geschaffene MfS wurde schließlich zu einer Miniaturausgabe des MGB ausgebaut. Allerdings fungierten die Ostdeutschen weiterhin allenfalls als Hilfspolizei des sowjetischen Geheimdienstes, alle politischen Straftaten verfolgten nach wie vor die Offiziere des MGB und die daraus resultierenden Verhafteten wurden durch sowjetische Militärtribunale abgeurteilt. Nach der Wiedereinführung der Todesstrafe in der UdSSR 1950 und bis zu Stalins Tod 1953 wurden in Moskau mehr als 1.100 Deutsche hingerichtet. Bei diesen handelte es sich fast ausschließlich um Personen, die im Zusammenhang mit Spionage oder Widerstand gegen die DDR-Diktatur oder die dortigen sowjetischen Truppen zum Tode verurteilt worden waren. Überdies verurteilten sowjetische Militärtribunale mehr als 22.000 Deutsche wegen Verbrechen gegen die Besatzungsmacht und den ostdeutschen Staat zu langjährigen Haftstrafen.[7]

Bis zum Tod Stalins blieb die Deutsche Demokratische Republik unter der engmaschigen Kontrolle des sowjetischen Geheimdienstes. Auch die Strategie

der „konzentrierten Schläge“, mit der die Staatssicherheit unter der Regie des sowjetischen Geheimdienstes ab Sommer 1953 verstärkt gegen politische Gegner der DDR vorging, beruhte im Wesentlichen auf den Vorgaben sowjetischer Geheimdienstfunktionäre, die sich allerdings mit Ulbricht und Matern abgestimmt hatten. Die sowjetischen Berater, deren Zahl Ende 1953 bei rund 540 lag, behielten grundsätzlich das letzte Wort. Es dauerte nach Stalins Tod weitere fünf Jahre, bis der ausufernde Einfluss des sowjetischen Geheimdienstes in Ostdeutschland zurückging. Besonders deutlich wird dies an der Zahl der sowjetischen Berater im MfS: Sie sank bis 1958 auf 32 Angehörige des Komitees für Staatssicherheit der UdSSR.

Ohne den skrupellosen Einsatz des sowjetischen Geheimdienstapparates zur Verfolgung vermeintlicher oder tatsächlicher politischer Gegner wäre der Aufbau des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden wohl schon in den Ansätzen gescheitert. Dass für dieses Ziel durch den Einsatz des eingespielten sowjetischen Repressionsapparates fast 50.000 Menschen ihr Leben lassen mussten und Tausende durch die Haft nicht wiedergutzumachende Schäden erlitten, bleibt eine Tatsache, über welche die russischen „Tschekisten“ bis heute gerne hinwegsehen.

1 Anweisung des Militärrats und der Politverwaltung der 1. Ukrainischen Front an die Militärkommandanten deutscher Städte zur Organisation der örtlichen Verwaltung und zur Arbeit mit der deutschen Bevölkerung, 13. Mai 1945, in: Russkij archiv: Velikaja Otečestvennaja: Bitva za Berlin (Kransnaja Armija v poveržennoj Germanii, Bd. 15 (4 – 5)), Moskau 1995, S. 393.

2 Aktennotiz Serows an Berija über die Lage in den Gebieten Thüringens und Sachsens, die von den Streitkräften der Verbündeten geräumt wurden, 9. Juli 1945, GARF, 9401/2/97, Bl. 307.

3 Schreiben über die Reorganisation des Apparates der Bevollmächtigten des NKWD der UdSSR, bei der 1., 2. und 3. Belorussischen sowie der 1. und 4. Ukrainischen Front, 22. Juni 1945, GARF, 9401/2/97, Bl. 9.

4 Vgl. Roger Engelmann: „Keine Maßnahmen sollen getroffen werden gegen die Meinung unserer Freunde". Die Staatssicherheitspolitik der DDR in den 1950er-Jahren zwischen sowjetischer Hegemonie und eigenen Konzepten, in: Torsten Diedrich/Walter Süß (Hg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, Berlin 2010, S. 77 – 89, hier S. 77. Mitte März 1946 wurden die bisherigen Volkskommissariate auf Weisung Stalins zu Ministerien umgebildet.

5 Michail I. Semirjaga: Kak my upravljali Germaniej, Moskau 1995, S. 169. Deutsche wurden spätestens seit Ende Mai 1945 vom NKWD angeworben, seit diesem Zeitpunkt durften auch ehemalige NSDAP-Mitglieder und NS-Funktionsträger als nachrichtendienstliche Zuträger eingesetzt werden. Siehe Mitteilung des Kommandeurs des 157. Regiments der NKVD-Truppen an den Stab der NKVD-Truppen der 1. Belorussischen Front, 27. 5. 1945, abgedruckt in: Jan Foitzik/Nikita W. Petrow (Hg.): Die sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953, Berlin/New York 2009, S. 212f.

6 Schreiben des Chefs der Informationsabteilung der SMA Sachsen N. A. Kuz'minov an den Leiter des Operativsektors des MGB K.P. Egošin, 19. April 1948, abgedruckt in: Nikita Petrov/Jan Foitzik (Hg.): Apparat NKVD-MGB v Germanii 1945 – 1953. Dokumenty, Moskau 2009, S. 287.

7 Vgl. Jens Gieseke: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945 – 1990, München 2006, S. 45.

8 Vgl. Mike Schmeitzner/Andreas Weigelt/Klaus-Dieter Müller (Hg.): Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944 – 1947). Eine historisch-biografische Studie, Göttingen 2015, S. 7 – 54.

1 2 3

1 Sowjetische Militärtribunale in Deutschland fällen ihre Urteile nach dem Russischen Strafgesetzbuch. Mithilfe der Paragrafen 58 („Konterrevolutionäre Verbrechen“) und 59 („Verbrechen gegen die Verwaltungsordnung“) kann praktisch jede Handlung zur Straftat erklärt werden, 1947.
2 Holzlöffel eines Gefangenen („Stalinkelle“) aus dem sowjetischen Speziallager in Hohenschönhausen, 1945/46.
3 Wattejacke eines Häftlings aus dem sowjetischen Straflager Workuta, um 1952.

Alexander Hoeflich

Der Fall Robert Bialek

Ein Foto des Gründungsparlaments der Freien Deutschen Jugend (FDJ) von 1946 zeigt in vorderster Reihe den überzeugten Kommunisten Robert Bialek. Der als emsig und charismatisch geltende Idealist verkörperte den politischen Optimismus und die positiven Zukunftserwartungen der Jugend in der SBZ nach dem Zweiten Weltkrieg. 1971 wurde das Foto in einem Buch anlässlich des 25. Jahrestags der FDJ erneut veröffentlicht. Robert Bialek wurde auf dem Foto retuschiert: Sein Kopf erhielt einen deutlich veränderten Haaransatz, sein Gesicht kräftigere Augenbrauen, einen markanten Bart sowie eine sichtbar andere Nasenform.

Was hatte sich Bialek zuschulden kommen lassen? Als Vorsitzender der FDJ in Sachsen hatte er mehrfach mit Erich Honecker Kontakt, doch ihr anfänglich harmonisches Verhältnis kühlte schnell ab. Unstimmigkeiten gab es in der Frage, wie ehemalige HJ-Angehörige für die FDJ gewonnen werden konnten. Auch als Generalinspekteur der Deutschen Volkspolizei (DVP) kam es nach kurzer Zeit zu heftigen Meinungsverschiedenheiten mit seinem Vorgesetzten Erich Mielke. Bialek kritisierte, dass auch NS- und Wehrmachtsangehörige als Polizisten rekrutiert wurden. 1948 wurde er daraufhin in die sächsische Provinz versetzt. Eine erneute Degradierung führte 1952 zu ernsten Auseinandersetzungen mit Walter Ulbricht, die mit Bialeks Ausschluss aus der SED endeten: Ihm wurde vorgeworfen, „trotzkistische Zersetzungsarbeit“ zu betreiben.

Nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 floh Bialek nach Westberlin. Hier positionierte er sich als entschiedener Gegner des SED-Regimes, trat in die SPD ein und engagierte sich als Mitarbeiter beim Ostbüro der Partei. Zudem gab der talentierte Redner regelmäßig Interviews für das deutschsprachige Programm des Radiosenders BBC. Darin bezeichnete er die Kaderpolitik der SED als „große politische Dummheit“, berichtete über „Fehlplanung, Fehlleitung und Produktionsstockungen“ und wies auf ein „relativ niedriges Lebensniveau der Bevölkerung in der Sowjetzone“ hin.

Aufgrund seiner kritischen Äußerungen zu den Ereignissen vom 17. Juni 1953 galt der abtrünnige Exfunktionär in der DDR fortan als Staatsfeind. Bei einer fingierten Geburtstagsfeier am 4. Februar 1956 in Berlin-Schöneberg betäubten Agenten des MfS Bialek mit K.-o.-Tropfen und verschleppten den SED-Kritiker über die Zonengrenze. Etwa 80 Minuten nach der Entführung wurde ein Gefangener in die zentrale Untersuchungshaftanstalt in Hohenschönhausen eingeliefert. Im Einlieferungsbuch fehlten jedoch Name und Geburtsdatum der Person. Es war Robert Bialek, dessen Tod verschleiert werden sollte. Er starb unter bis heute nicht restlos geklärten Umständen, wahrscheinlich noch im Auto auf dem Weg nach Hohenschönhausen.

1

2

1 + 2 Robert Bialek (3. v. r.) als Teilnehmer des FDJ-Gründungsparlaments (oben) und retuschiertes Foto aus einem DDR-Bildband zum 25-jährigen Bestehen der FDJ (unten), 1946/1971.

Stalin-Kult in der DDR

Jan C. Behrends

Die Erfinder und Träger des Stalin-Kultes in der SBZ und der frühen DDR

Die Rote Armee brachte auf ihrem Siegeszug 1944/45 auch die sowjetische Propaganda mit in den Westen. In Polen wurden bereits 1944 Anstrengungen unternommen, sowjetische Feste und Feiertage zur Legitimierung kommunistischer Herrschaft zu nutzen. In der Sowjetischen Besatzungszone hingegen agierte die Militäradministration (SMAD) zurückhaltender: Zwar stellte sie bereits unmittelbar nach Kriegsende das Konterfei Stalins am Berliner Prachtboulevard „Unter den Linden" auf. Doch unmittelbar nach Kriegsende genossen der Aufbau politischer Parteien, die Bodenreform und die „kulturelle Erneuerung Deutschlands" im Zeichen des Antifaschismus Priorität. So hieß es im Gründungsmanifest des Kulturbundes der DDR vom Juni 1945: „Wir wollen das deutsche Volk mit den kulturellen Errungenschaften aller Nationen, vor allem auch mit denen der Sowjetunion bekannt machen."[1] Nach den Erfahrungen von Flucht, Vertreibung und Kriegsende war dies eine schwierige Aufgabe. Die Vergewaltigungen durch Rotarmisten und auch die Verhaftungen durch die sowjetische Geheimpolizei (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, NKWD) bestätigten sicherlich große Teile der Bevölkerung in ihrem negativen Bild der Sowjetunion. Selbst Kommunisten, so Victor Klemperer in seinem Tagebuch, seien „verzweifelt über die Russen" und bei Bürgerlichen beobachtete er „Angst u. Antipathie den Communisten u. Russen gegenüber".[2]

Delegierte des IV. Parlaments der FDJ mit Stalin-Banner am Leipziger Hauptbahnhof, 1952.

Stalin verordnete der KPD, die sich in der Weimarer Republik durch radikale Rhetorik ausgezeichnet hatte, einen gemäßigten Anstrich. Zudem sah sich die SMAD 1946 gegenüber den Westmächten propagandistisch in der

Defensive. Nach dem Wahlsieg der SPD im Oktober 1946 gerieten die Sowjets unter Zugzwang. Am 17. November 1946 beschloss daraufhin die sowjetische Regierung, den Vorschlag der SMAD „über die Eröffnung des Hauses der Kultur der Sowjetunion in Berlin anzunehmen, wobei dem Haus der Kultur obliegt, die deutsche Bevölkerung weitgehend mit den Errungenschaften des Sowjetvolkes [...] bekannt zu machen“.[3] Für den 30. Juni 1947 lud der Propagandachef der SMAD, Oberst Sergej I. Tjulpanow, zur Gründungsversammlung einer „Studiengesellschaft“ ins Berliner „Haus der Kultur der Sowjetunion“ ein.[4] Sie bestimmte, wie von Tjulpanow vorgesehen, den Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski zum Präsidenten und die Schriftstellerin Anna Seghers zur Vizepräsidentin der Gesellschaft. Damit waren die Fundamente für die parteistaatliche Propaganda gelegt.

Doch propagandistische Erfolge blieben weiterhin aus. Im Frühjahr 1949 beschloss deshalb das Politbüro: „Die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion ist seit ihrem Bestehen zu einer Organisation von über 60.000 Mitgliedern angewachsen, die aber bisher von der Partei nur ungenügend unterstützt wurde. Der Gesellschaft kommen aber beim Kampf gegen die antibolschewistische Hetze und für die Sicherung des Friedens bedeutende Aufgaben zu. Daher muss in der Stellung der Partei zur Gesellschaft eine völlige Wendung vollzogen werden.“[5] Zu Beginn des DDR-Gründungsjahres 1949 übernahm die SED damit die Verantwortung. Ihr Ziel war es, die Stimmung gegenüber der Sowjetunion grundlegend zu verändern. Dazu sollten nun auch in der SBZ sowjetische Feiertage und der Kult um Stalin eine größere Rolle spielen – die Staatspartei erhoffte sich auf diese Weise, emotionale Bindungen zur Bevölkerung aufzubauen. Aus der Studiengesellschaft wurde die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF).

Herbst und Winter 1949 standen ganz im Zeichen der Gründung der DDR und der Verkündung der „Freundschaft mit der Sowjetunion“. Ihren Höhepunkt fand diese Kampagne mit den groß angelegten Feiern zum 70. Geburtstag Stalins, die nicht nur in der Sowjetunion und in den Parteistaaten Osteuropas, sondern auch in der DDR das öffentliche Leben bestimmten. Weit über die DDR hinaus bildete der Dezember 1949 den Höhepunkt des Stalin-Kultes. Erstmals wurde Stalins Geburtstag nicht nur in der UdSSR, sondern global gefeiert – kommunistische Parteien im Westen beteiligten sich ebenso wie China, wo Mao gerade erst den Bürgerkrieg für sich entschieden hatte. Die Persona Stalins verkörperte wie kein anderes Symbol das sowjetische Nachkriegsimperium und den internationalen Kommunismus. Für Ostdeutschland bedeuteten die Feierlichkeiten das symbolische Ende der Besatzungszeit und die Aufnahme in die internationale Festgemeinschaft des Stalinismus. Aus besiegten Faschisten sollten nun geläuterte „Freunde der Sowjetunion“ werden.

Die SED bemühte sich 1949, Stalin die Rolle als „bester Freund des deutschen Volkes“ auf den Leib zu schreiben. Der sowjetische Generalsekretär sei bereits seit der Potsdamer Konferenz der konsequenteste Verfechter der deutschen Einheit gewesen. Nur im Bündnis mit der Sowjetunion, so suggerierte die

SED, konnte die Einheit Deutschlands wiedergewonnen werden. In einem Telegramm an die deutsche Bevölkerung, das zu einem kanonischen Text des deutschen Stalin-Kultes wurde, bekräftigte Stalin dieses Narrativ: „Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. […] Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, dass das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Krieg die größten Opfer gebracht haben, dass diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten."[6] Hier war von Verantwortung für den Weltkrieg oder gar von deutscher Schuld keine Rede mehr. Das Telegramm Stalins liest sich als Absolution – unter der Bedingung, dass die Deutschen sich zur DDR bekennen und fortan loyal zur Sowjetunion stehen würden. Damit war der Stalin-Kult auch ein Integrationsangebot an die zahlreichen großen und kleinen Nazis, die im sowjetischen Teil Deutschlands lebten.

Die SED erließ im Herbst 1949 detaillierte Anweisungen, die ihren Massenorganisationen einen Part bei den Feierlichkeiten zuwiesen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) sollte Stoßarbeitsmethoden nach sowjetischem Vorbild propagieren.[7] Außerdem sollten die Gewerkschaften beim Aufbau von Betriebsgruppen der „Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" helfen.[8] Für die SED stellte Stalins Geburtstag einen Stichtag dar, auf den sie ihr Umerziehungsprogramm ausrichtete. Das Ziel der Parteiführung war es, die Bevölkerung im Herbst 1949 permanent zu mobilisieren und von oben eine Stimmung nationalen Aufbruchs unter sowjetischer Ägide zu erzeugen. Es war geplant, „Vortragsabende über die Bedeutung Stalins im Kampf um einen gerechten Frieden (und, J. B.) die Einheit Deutschlands" durchzuführen. Stalin-Bilder gewannen in den Betrieben und im öffentlichen Raum an Prominenz: Die „Richtlinien zur Durchführung der Stalin-Kampagne in den Massenorganisationen" verfügten „die Aufstellung von Stalin-Büsten in allen Häusern der Gesellschaft sowie die Überreichung solcher Büsten für die Clubräume der größeren Betriebe", „die Herausgabe eines Stalinportraits in einer Auflage von 10.000 Exemplaren" und „die Vorführung von sowjetischen Filmen, in denen die Rolle und Persönlichkeit Stalins in den Vordergrund gestellt ist."[9] Verehrung und Dankbarkeit für den sowjetischen Machthaber sollten dort sichtbar gemacht werden, wo sich die Massen aufhielten.

FDGB und DSF koordinierten die deutschen Geschenke für Stalin, die nach Moskau geschickt wurden. In einem Rundschreiben vom November 1949 behauptete der FDGB-Bundesvorstand, mit der Organisation eines „besonderen Geschenkes" an den „Generalissimus Stalin" einem Wunsch der Arbeiter nachzukommen. Es sei „zu berücksichtigen, dass ein Geschenk an einen so grossen Menschen von einer solchen Qualität und einer solchen Würde sein muss, dass es der Würde und Bedeutung Stalins entspricht".[10] Die Betriebsgewerkschaftsleitungen wurden beauftragt, den Ertrag einer zusätzlichen Arbeitsstunde auf ein Sonderkonto zu überweisen. Diese Summe, von den

Beschäftigten durch „freiwillige“ Zusatzarbeit erwirtschaftet, sollte für das Geschenk an Stalin verwendet werden. Jede und jeder sollten Stalin etwas schenken. Der FDGB-Bundesvorstand beschloss dem „Führer des Weltfriedenslagers“ ein Jenaer Zeiss-Planetarium zu schenken. Symbolträchtig sollte es in Stalingrad errichtet werden, an einem Ort deutscher Schuld, der zudem den Wendepunkt des Krieges darstellte und den Namen Stalins trug. Die zahllosen weiteren Geschenke für den sowjetischen Führer waren weniger extravagant. SED-, DSF- und FDJ-Funktionäre wählten die Exponate aus, die mit einem Sonderzug nach Moskau gebracht wurden.[11] Eine Delegation der Parteiführung reiste nach Moskau, um an den zentralen Feiern der KPdSU teilzunehmen.

Nach dem Willen von SED und DSF sollten die Stalin-Feiern vor Weihnachten 1949 in öffentlichen Gebäuden stattfinden, die mit Losungen festlich geschmückt wurden. Die DSF verschickte Musterprogramme, die sich aus Liedern und Gedichten zusammensetzten. Die Anweisungen enthielten die künstlerisch-folkloristische und die pseudoreligiöse Komponente des Stalin-Kultes. Dem Publikum sollten sowjetische Volkslieder, Kosakenlieder und deutsche Stalin-Lyrik von Erich Weinert („Im Kreml ist noch Licht“, 1940) oder Johannes R. Becher („Dein Name ist im Weltraum eingetragen/Wie der Gestirne Schein und Widerschein“, 1949) präsentiert werden.[12] Als Höhepunkt sollte ein Lied aus der Arbeiterbewegung beziehungsweise die Nationalhymne der Sowjetunion gesungen werden. Die DSF mahnte ihre lokalen Gruppen zum restriktiven Umgang mit dem Kultmaterial: „Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass sämtliches Material nur für Vortragszwecke verwendet werden darf, nicht aber für Veröffentlichungen.“[13] Das Schriftgut durfte nicht in falsche Hände gelangen.

Intern fiel die Bilanz der Stalin-Kampagne positiv aus. Die DSF sprach von einer „mächtigen Aufwärtsentwicklung, die sich in den dem 70. Geburtstage von Generalissimus Stalin vorangegangenen Wochen in einem immer stärkeren Maße beschleunigte.“[14] Es darf jedoch bezweifelt werden, inwiefern die Mobilisierung der Bevölkerung und ihre massenhafte Aufnahme in Organisationen wie der DSF im Winter 1949 tatsächlich die Gefühle und Einstellungen veränderte. Allerdings hatte der Parteistaat bewiesen, dass er nur vier Jahre nach Kriegsende in der Lage war, auch eine widerwillige Bevölkerung für ein Massenspektakel der Loyalität zur DDR und zu Stalin in die Säle und auf die Straßen zu bringen. In dieser Machtdemonstration bestand die eigentliche Leistung der Kampagne. Sie war ein Schauspiel der Macht und ein Ausweis der Sowjetisierung.

Nach 1949 blieb der Oktober als „Monat der Freundschaft“ ebenso ein jährliches Ritual wie die Feier der Stalin-Geburtstage im Dezember. Während des Stalinismus bestimmten sowjetische Feiertage und der Kult um Stalin den offiziellen Kalender der DDR. Nach dem Tod Stalins im März 1953 mobilisierte die SED nochmals die Bevölkerung im Zeichen der Trauer und des Gedenkens. Doch dabei handelte es sich bereits um den Anfang vom Ende des Stalin-Kultes. Am 17. Juni 1953 richtete sich die Gewalt der Aufständischen auch und

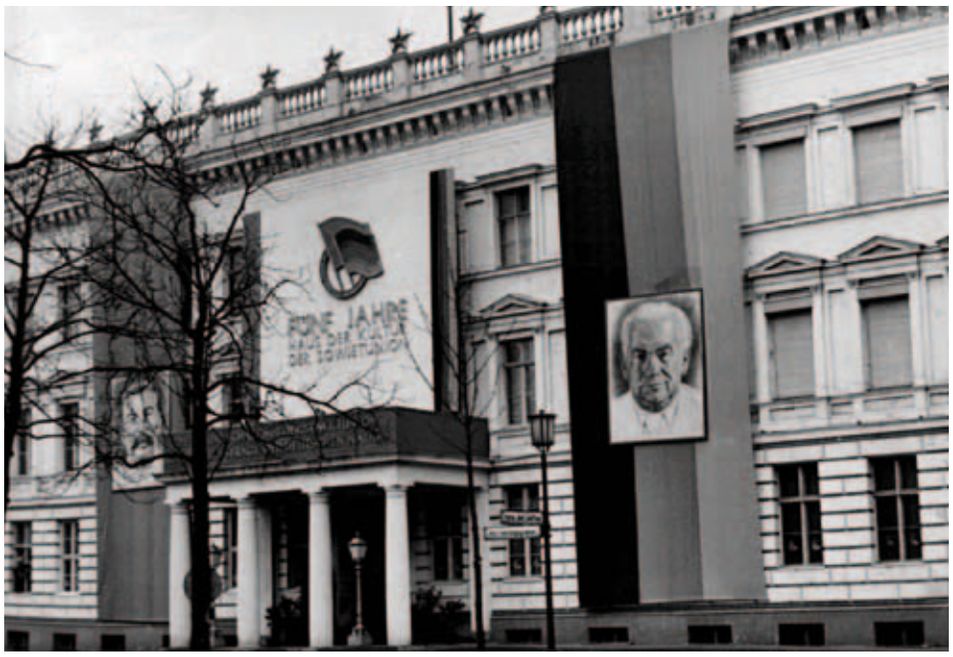
besonders gegen die sowjetischen Symbole im öffentlichen Raum. Die DSF als Organisation überstand zwei Wellen der Entstalinisierung unter den Fittichen der SED und existierte im Spätsozialismus im Zustand konsolidierter Zweitrangigkeit. Auch wenn der Kult um Stalin nach 1956 stillschweigend beendet wurde, blieb es ihre Aufgabe, die normierte Redeweise über die Sowjetunion zu verbreiten und durchzusetzen. Eine offene Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Experiment, den deutsch-sowjetischen Beziehungen und den Erfahrungen von Vernichtungskrieg, Besatzung und Stalinismus wurde in Ostdeutschland erst nach dem Herbst 1989 möglich. Für vier Jahrzehnte war die freie Rede über die Sowjetunion, Russland und auch über Stalin in der DDR unmöglich – auch das ist ein Erbe des Kommunismus, das bis in die Gegenwart fortwirkt.

1 Manifest des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin o. J. [1945], S. 8.
2 Eintrag vom 16. 8. 1945 und 27. 8. 1945, in: Victor Klemperer: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945 – 1940, Berlin 1999, S. 75, S. 86.
3 Beschluss Nr. 2498 des Ministerrates der UdSSR, 17. 11. 1946, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945 – 1949, Berlin (Ost) 1968, S. 336.
4 Siehe ausführlich Jan C. Behrends: Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR, Köln 2006.
5 Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 7 vom 1. 3. 1949, Politbüro der SED, SAPMO-BArch DY 30 J IV 2/2/7, Bl. 3.
6 Telegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, J. W. Stalin, Neues Deutschland, 14. 10. 1949.
7 Karl Fugger: Was lehrt Stalin die deutschen Aktivisten?, Berlin (Ost) 1949.
8 Schaffung von Betriebsgruppen der Gesellschaft für DSF in den VEB. Rundschreiben Nr. 30/49, 29. 8. 1949, SAPMO-BArch DY 34.-15/-/-870, unpag.
9 Richtlinien zur Durchführung der Stalin-Kampagne in den Massenorganisationen, [ohne Datum, Herbst 1949], SAPMO-BArch DY 32-10126, unpag.
10 Rundschreiben Nr. 43/49 des Bundesvorstands des FDGB. Betr. Stalinspende [ohne Datum, Herbst 1949], SAPMO-BArch DY 34-2/-/431, unpag.
11 Plan zur Abnahme, Überprüfung und Verladung der Geschenke für Stalins Geburtstag, SAPMO-BArch DY 32-10872, unpag.
12 SAPMO-BArch DY 32-10072, unpag.
13 Rundschreiben des Vorstandes der DSF [ohne Datum, Herbst 1949], SAPMO-BArch DY 32-10072, unpag.
14 Abschlussbericht zum Monat für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 27. 12. 1949, GA RF, f. 5283, op. 16, d. 141, unpag.

1 **2** **3** **5**

4 **6**

1 Stellvertretender SED-Vorsitzender Walter Ulbricht, 1948.
2 Oberst Sergej Tjulpanov, Leiter der Propaganda- und Informationsabteilung der SMAD, 1946.
3 FDJ-Vorsitzender Erich Honecker, neben ihm FDJ-Zentralratsmitglied Margot Feist und Ministerpräsident Otto Grotewohl (2. v. r.) beim Pioniertreffen der FDJ in Dresden, 1952.
4 Präsident Wilhelm Pieck in seinem Arbeitszimmer, 1950.



5 „Haus der Einheit“, Sitz der SED-Parteiführung, zu Stalins 70. Geburtstag, 1949.
6 Berliner „Haus der Kultur der Sowjetunion“ (heute Palais am Festungsgraben), Sitz der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, 1952.

1 2 3 4

5

1 Stalin-Büste im „Pionierpalast Walter Ulbricht“ (Schloss Albrechtsberg) in Dresden, um 1952.
2 Propagandaausstellung im Haus der Kultur der Sowjetunion zu Geschenken der Bevölkerung für Stalins 71. Geburtstag, 1950.
3 Mitglieder der FDJ beim Unterzeichnen einer Grußadresse an Stalin während der III. Weltfestspiele der Jugend in Berlin, 1951.
4 Der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker (2. v. l.) verfasst auf der FDJ-Delegiertenkonferenz in Chemnitz eine Grußbotschaft an Stalin, 1951.
5 Lichtinstallation in Berlin zu Stalins 70. Geburtstag, 1949.

JCH DANKE
FÜR DIE GRÜSSE DER
JUNGEN DEUTSCHEN
FRIEDENSKÄMPFER.
TEILNEHMER AN DEM
GESAMTDEUTSCHEN TREF-
JCH WÜNSCHE DER DEUT-
SCHEN JUGEND, DEM
AKTIVEN ERBAUER DES
EINHEITLICHEN, DEMOKRA-
TISCHEN UND FRIEDLIEBEN
DIESEM
STALIN

Björn Boldt

Musterstücke des Sozialismus – Geschenke zu Stalins 70. Geburtstag

Die in allen kommunistischen Staaten inszenierten Feierlichkeiten zu Stalins 70. Geburtstag am 21. Dezember 1949 läuteten in der DDR den Personenkult um den Diktator ein. Das Zentralkomitee der SED betraute die Massenorganisation Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) mit der Durchführung eines Festmonats. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) organisierte landesweit „freiwillige" Überstunden, mit denen Arbeiter ein Planetarium in Stalingrad finanzierten.

Daneben war die Überbringung besonderer Geschenke und Grußbotschaften an Stalin durch gesellschaftliche Kollektive wie Parteigruppen, Betriebe und Schulklassen vorgesehen. Am 16. Dezember brachte ein Zug die in Berlin gesammelten Gaben nach Moskau.[1] Im dortigen Puschkin-Museum mussten die Mitarbeiter binnen 48 Stunden die erst kurz zuvor fertiggestellte Dauerausstellung bis zum 22. Dezember durch eine gigantische Geschenkeschau ersetzen.[2]

Die internationale Gabenflut unterschied sich von den üblichen Geburtstagsgeschenken, die Politiker im Rahmen diplomatischer Höflichkeit erhalten, bereits durch ihre schiere Masse – insgesamt wurden in Moskau 23.162 Lieferungen registriert.[3] Die Aktion folgte einer langen russischen Tradition von Dankesgaben der Bevölkerung an den Zaren, dessen sakrale Huldigung sich in einem Geschenkritus äußerte. Bereits zu Lenins Geburtstagen griff die Parteiführung diese Form der erzwungenen massenhaften Loyalitätsbekundung auf. 1949 waren die Geschenke an Stalin dann Ausdruck der verordneten Dankbarkeit der Ostblockstaaten für die Einführung des Sozialismus. Technische Geräte und Musterstücke sollten die Errungenschaften der sozialistischen Volkswirtschaft abbilden. So erklären sich einige der für einen 70-jährigen Diktator merkwürdig anmutenden Geschenke, wie zum Beispiel eine Strickmaschine aus Chemnitz. Viele der Geschenke sollten später an sowjetische Arbeiter und soziale Einrichtungen weitergegeben werden, darunter eine Modelleisenbahnanlage von einer Reichsbahn-Werkstatt aus Radebeul, die für ein russisches Waisenhaus bestimmt war. Nur wenige Gaben, wie diverse Tabakpfeifen, waren für Stalins persönlichen Gebrauch gedacht. Auch Einzelpersonen erbrachten ihre Ehrerbietung, so ein Ostberliner Klempnermeister, der aus Zinnabfällen einen mit Glückwünschen gravierten Obelisk fertigte.[4]

Streckenabschnitt der Berliner U-Bahn-Linie U2. Das Modell war ein Geschenk der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) zu Stalins 70. Geburtstag, 1949.

Andere Geschenke waren übliche Devotionalien wie Büsten und Bilder oder aber wertvolle historische Objekte von nationaler Bedeutung, wie eine Sammlung von Originalschriften des Reformators und Revolutionärs Thomas Müntzer, gestiftet durch die Landesregierung Sachsen.[5] Einige Gaben hatten Bezüge zur Tradition der Arbeiterbewegung. Das ZK der SED sendete ein von Karl Marx mit handschriftlichen Notizen versehenes Buch an Stalin mit der religiös verbrämten Widmung: „Es gibt keine Person, die diese Reliquie des Marxismus mehr verdient hätte als Sie."[6]

Über vier Millionen Besucher zählte die Ausstellung in Moskau – Stalin selbst gehörte nicht zu ihnen. Einst als Dauerausstellung geplant, wurde die Schau nach Stalins Tod im März 1953 aufgelöst. Die Geschenke gingen je nach Kategorie an die Sammlungen entsprechender Museen.

1 „Geschenkzug verließ Berlin", *Neues Deutschland*, 17. Dezember 1949.
2 Ada Beljaeva: Vremja ispytanij. 1945 – 1955. Vystavka podarkov Stalinu. 1949 – 1953. Abschnittstext aus der Wechselausstellung „Puškinskomu muzeju – 100 let", The Pushkin State Museum of Fine Arts, 28. April bis 2. September 2012.
3 Evge nij Žirnov Vsego postupilo 23.162 podarka, in: Kommersant 49 (2014), S. 72 – 77, hier S. 72.
4 „Ein Paar Kinderstrümpfchen gehen auf Reise. 30 Waggons mit Geschenken legen Zeugnis ab von der Verehrung für Stalin", *Berliner Zeitung*, 16. Dezember 1949. Siehe auch S. 2 der Liste der Geschenke in darauffolgender Endnote.
5 „Eingegangene Geschenke anlässlich des 70ten Geburtstages von Generalissimus Stalin", BArch DY32-10872, unpag., S. 2 der Liste.
6 Evgenij Žirnov, S. 76.

Jochen Krüger

Die Stalin-Note

Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai und der DDR im Oktober 1949 hatte das Konzept eines gesamtdeutschen Staates deutlich an Umsetzungschancen verloren. In den folgenden Monaten begann die zügige Integration in das jeweilige Lager der verfeindeten Blöcke. Im Ringen um Einfluss auf dem europäischen Kontinent erfolgte die erste Note der Sowjetregierung „Über den Friedensvertrag mit Deutschland" vom 10. März 1952, welche die Grundlagen eines entsprechenden Vertrags skizzierte. Hierzu zählte eine gesamtdeutsche Regierung mit alliiertem Einverständnis, die Einhaltung der Grenzen nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz 1945 und die Garantie demokratischer Rechte, ohne jedoch freie, gesamtdeutsche Wahlen zu erwähnen. Konrad Adenauer war sich mit den Westalliierten einig, auf diese Vorschläge nicht einzugehen, was weitere, im Ton zunehmend verärgerte Noten der Sowjetregierung nach sich zog.[1]

Wie ernst der Vorschlag aus Moskau gemeint war, ist bis heute nicht abschließend geklärt.[2] Für einen Teil der Forschung handelt es sich hierbei um die verpasste Chance einer frühen Wiedervereinigung. Dafür spricht, dass die Ausarbeitung des Vertragsentwurfs im sowjetischen Außenministerium über Monate intensiv debattiert wurde und auch Detailfragen beinhaltete. Ein größerer Teil stimmt jedoch darin überein, dass Stalin diesen Vorschlag als reine Propaganda verstand, mit der einerseits von der Sowjetisierung der DDR abgelenkt und andererseits die Westintegration der Bundesrepublik behindert werden sollte. Die wiederholten Versicherungen der Mitarbeiter des Außenministeriums an Stalin, dass die Westmächte diesen Vorschlag definitiv ablehnen, stützen diese Annahme[3] ebenso wie der bald darauf verkündete „Aufbau des Sozialismus in der DDR".[4]

In den Dokumenten finden sich eine Menge Verweise auf den angestrebten Propagandaeffekt. Einerseits sollte die DDR-Führung eine aktive Rolle im Ringen um den Friedensvertrag übernehmen, woraufhin „die Sowjetregierung mitteilen [würde], dass die Sowjetunion schon seit längerer Zeit bemüht war, den Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen [und] nach wie vor für notwendig halte".[5] So konnte sich die Sowjetunion als friedenssichernde Beschützerin inszenieren;[6] ein Bild, dass die DDR-Presse perfekt wiedergab.[7] Diese erfüllte damit ihre Aufgabe bei dem umfassend orchestrierten Propagandavorhaben, das bereits zwei Wochen vor der Veröffentlichung der Note gestartet wurde: Parteimitglieder sollten Massenerklärungen zum Friedenskurs der DDR abgeben, das Amt für Information (AfI) initiierte breitflächige „Sichtpropaganda", also Plakate, Transparente und Ähnliches, und die DEFA produzierte einen Kurzfilm für das Kinovorprogramm. Umfragen des AfI zeigten jedoch, dass die Kampagne nicht wie gewünscht fruchtete – die Vorbehalte in der ostdeutschen Bevölkerung gegenüber einer Wiederbewaffnung,

Vom Amt für Information (AfI) der DDR herausgegebenes Plakat zur Stalin-Note, 1952.

aber auch zur Oder-Neiße-Grenze waren zu stark. Die westdeutsche Tagespresse mahnte an, den Text der März-Note zumindest ernsthaft zu prüfen,[8] und auch in der Opposition (SPD) fanden sich etliche Befürworter. Doch die Skepsis der Westmächte an Stalins Plänen für Deutschland und die grundsätzliche Weigerung der Bundesregierung verhinderten dies.

1 Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, München 1996; Gerhard Wettig: Bereitschaft zur Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945 – 1955, München 1999, hier S. 185 – 234.
2 Einen aktuellen Überblick über die Forschungsdebatten bietet Bernd Bonwetsch: Die Stalin-Note 1952 – kein Ende der Debatte, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* (2008),
S. 106 – 113.
3 Vgl. Wilfried Loth: Die Entstehung der „Stalin-Note“. Dokumente aus Moskauer Archiven, in: Jürgen Zarusky (Hg.): Die Stalinnote vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002, S. 19 – 115, hier S. 68.
4 Peter Ruggenthaler (Hg.): Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007, S. 168.
5 Ebd., S. 73.
6 Ebd., S. 71.
7 Vgl. *Neues Deutschland, Berliner Zeitung* und *Neue Zeit* in den Tagen nach dem 10. März 1952.
8 Vgl. *Die Zeit* vom 12. März 1952; *Der Spiegel* 12 und 13/1952.

Stalin-Anthologie mit Texten prominenter Schriftsteller und Stalin-Gedichten verschiedener Autoren, 1954.

Gerd Koenen

Deutschlands bester Freund – Stalin und die deutschen Intellektuellen

„Als Stalin starb, füllte sich die Hauptstadt mit Schwärze und einem gestaltlosen Wogen, Flüstern und Schluchzen. Die schreckliche Dunkelheit jener frühesten Frühe des 6. März 1953 legte sich von Moskau aus über alle Länder. Den Unterdrückten von fünf Erdteilen muss der Herzschlag gestockt haben, als sie hörten, er sei tot. Doch er ruhte im Regenbogenglanz von Millionen Tränen, im Ruf der Sirenen, im gewitterhaften Aufzucken der Streiks zu seinem Gedenken in Paris, Turin, Hamburg. Die Völker sagten ihrem teuersten Toten hinüber: Schlafe ruhig! Denn alles, alles ist vollbracht! Er starb für euch, für uns. Mit ihm, dem großen Lehrer, dem Genius des Friedens, der die Liebe zum Schönen und Guten und den Hass gegen die Feinde in uns erweckt hatte, starb auch der beste Freund des deutschen Volkes."

Dieses Potpourri aus den literarisch-martialischen Trauerbekundungen von Stephan Hermlin, Bertolt Brecht, Anna Seghers, Erich Weinert und Kurt Barthel zum Tode Stalins vermag noch heute, leichte Schwindelgefühle zu erzeugen. Um wie viel mehr gälte das, könnte man der Kakofonie von Rezitationen, Musiken und Chören, Marschschritten und Kommandorufen lauschen, die sich damals zu einem einzigen, den Äther füllenden „Großen Gesang"[1] in allen Weltsprachen vereinten.

Aber die deutschen Stimmen in diesem gewaltigen Chor hoben sich von Anfang an heraus. Die Klimax einer verehrenden Hingabe hatten sie schon zum 70. Geburtstag des Führers im Dezember 1949 erreicht. Der proletarische Paradedichter der SED, Kurt Barthel („KuBa"), fasste in einer von Jean Kurt Forest

expressiv vertonten, in einem Staatsakt mit Chor und Orchester uraufgeführten „Kantate auf Stalin“ das Versprechen des Sozialismus nach der Erfahrung des Weltkriegs in das beklemmend regressive Bild: „Heim kehrt die Menschheit zum Feuer, zum Herde./Winter und Wölfe! Die Menschheit kehrt heim!/Heim in die Freiheit der weltweiten Hürde [...], /heim in die Hege des Friedens der Welt.“[2]

Heinrich Mann, der kurz vor seiner Rückkehr nach Ostberlin als designierter Präsident der Akademie der Künste stand, schickte aus Amerika einen ähnlich quietistischen Text, „Die Züge des Berufenen“, in dem es hieß: „Zeitweilig erregt ein zuletzt doch sterblicher Einzelner eine Massenfurcht [...], den Hass einer Welt, wie er manchmal aufsteigt gegen den einen Lebenden. Kein Zweiter gebietet über dieses Maß an Leidenschaften. Indessen, bevor sie ihn treffen, sind sie schon verändert, den Hass erfährt er hauptsächlich vermischt mit einem Erstaunen ..., dass sie Größe gefühlt haben ... Sein Gesicht trägt wie eh und je die Züge des Berufenen, der eingesetzt war für eine Idee, die Macht der Idee und seine eigene. Seit neuestem zeigt dasselbe Gesicht, was es sonst nicht sichtbar entblößte [...]: Menschenliebe. Sie ist die andere Seite der Größe.“[3]

Stephan Hermlin, zwei Jahre zuvor erst aus dem westlichen Exil nach Ostberlin übergewechselt, lieferte mit einem siebenseitigen Poem „Stalin“ in der Form eines homerischen Gesangs eine Schöpfungsgeschichte, die mit Stalins Geburt beginnt und in einer kosmischen Apotheose endet: „Aus dem unendlichen Raunen von Inseln und Ländern/Hebt das Entzücken sich mit seiner Botschaft dahin,/Wo die Verheißungen leben und die Epochen verändern, /Namenlos sich die Zeit endlich selbst nennt: Stalin.“[4]

Mitte der 1980er Jahre gefragt, ob er sich seines Poems von 1949 schäme, antwortete Hermlin schroff: „Nicht im mindesten! Es sind utopische Gedichte, Gedichte, in denen eine Gestalt und ein Name, wenn Sie so wollen zu Unrecht, als Symbol für eine große Sache stehen.“[5] Das entsprach noch ganz dem „Epilog“, den er im Frühjahr 1956, als die Verbrechen des Angebeteten wie Gebeine aus einem Massengrab zutage traten, seinem Stalin-Poem hinzugefügt hatte: „Da war kein Wort, das mir nicht Liebe lieh .../Nie reimt sich Liebe auf Beflissenheit,/Und liebend gibt sich Liebe keine Blöße./Was sie gemeint, wächst herrlich mit der Zeit.“[6]

Um wie viel zerrissener klang, was der eigentliche deutsche Pionier und Klassiker des literarischen Stalin-Kultes und Kulturminister der DDR, Johannes R. Becher, zur selben Zeit notierte: „Wie von einem Fremden geschrieben, liegen Gedichte vor mir, deren Verfasser ich selber bin.“ Die einen seien so schlecht, dass er nicht glauben könne, „dass ich je solche geschrieben habe“. Aber die anderen seien „über alles Erwarten gut. Was also bedeutet das?“. Und also verfasste er gleich wieder eine Serie von Sonetten in klassischen Versmaßen, in denen er sich mal in der ersten, mal in der dritten Person selbst ansprach: „Er konnte es sich damals nicht erklären: /Er war erfüllt von einem Traurigsein./Er trug an einer Last, an einer schweren,/Und diese Last trug er mit sich allein.“[7]

Die Traurigkeit von „damals“ bezog sich überdeutlich auf seine Jahre im Moskauer Exil, als er viele seiner exilierten Schriftstellerkollegen im Großen Terror hatte verschwinden sehen oder selbst mit ans Messer geliefert hatte. Dabei hatte er seine vergleichsweise geschützte Position im Führungszirkel der KPD nicht zuletzt seiner Avantgarderolle als Pionier des literarischen Stalin-Kultes verdankt, der im Jahr 1931 vielleicht das erste, komplette Gedicht verfasst hatte, das auf den aufsteigenden Führer der Sowjetunion überhaupt geschrieben worden ist: „Ein Name wurde bisher/Nicht genannt. /Da alle Taten/Ihn nennen – /Er braucht keine Dichter,/Um ihn zu schaffen. /Die Taten, die ihn nennen, /Schaffen ihn/Und sie schaffen den Dichter.“[8]

Gerade bei Becher, dem ehemaligen Kriegsfreiwilligen von 1914, lassen sich jene handfesteren Motive nachvollziehen, die sich bei den deutschen Kommunisten wie bei rechtsnationalistischen Intellektuellen oder preußisch-militärischen Bewunderern des „neuen Russland“ geltend gemacht haben: die Vorstellung einer neuen, welthistorischen Kräftekombination gegen die westlichen, bürgerlich-kapitalistischen und kosmopolitisch-dekadenten Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges.

Diese nach Versailles 1919 und der Weltwirtschaftskrise vor 1933 virulenten Motive schwemmten in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes 1939 noch einmal massiv nach oben. In Moskau sprach der junge Wolfgang Leonhard (dessen Mutter Susanne in einem sowjetischen Lager saß) im Winter 1939/40 mit dem Parteidichter Erich Weinert darüber, wie man die nach dem Pakt eingetretene Situation zu beurteilen habe. Weinert sprach aufgeräumt von einer „völlig veränderten Situation“. Der deutsch-sowjetische Vertrag sei „vielleicht nur der Anfang, und gewiss ist dann mit der Möglichkeit einer noch weitergehenden Zusammenarbeit mit Deutschland zu rechnen.“[9] Nur im Lichte solcher Erwartungen lässt sich das Gedicht verstehen, das Weinert im Laufe dieser Monate verfasst hat: „Spät leg ich meine Feder aus der Hand, /Als schon die Dämmrung aus den Wolken bricht. /Ich schau zum Kreml. Ruhig schläft das Land. /Sein Herz blieb wach. Im Kreml ist noch Licht.“[10]

Viel direkter hatte Becher in einem Gedicht mit dem Vermerk: „August 1939. Lobpreis des Vertragsschlusses zwischen dem Großdeutschen Reich und der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken“ diese Empfindung schon ausgedrückt – die eine rückwirkende Sinnstiftung auch der im nächsten Umkreis erlebten terroristischen „Säuberungen“ einschloss: „An Stalin/Du schützt mit deiner starken Hand/den Garten der Sowjetunion/und jedes Unkraut reißt du aus, /Du, Mutter Russlands größter Sohn,/nimm diesen Strauß. /Nimm diesen Strauß mit Akelei/zum Zeichen für das Friedensband, /das fest sich spannt/zur Reichskanzlei.“[11]

Das eigentlich Verstörende am Phänomen des literarischen Stalin-Kultes – der sich aus der Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts nicht auslagern lässt – ist nicht das Falsche, Sklavische, sondern das durchaus Authentische, Tiefempfundene. Natürlich darf gelacht werden. Aber dieses kopfschüttelnde Lachen sollte den Zugang zum Phänomen der tiefen Attraktionen nicht verstellen, die gerade von dem totalitären Macht- und Gestaltungsanspruch des

Kommunismus ausgegangen sind. Und zugleich macht sich darin, inmitten der Kataklysmen dieses Zeitalters, der universelle und uralte Wunsch nach einer neuen Großen Ordnung, einer festen Großen Bindung, einem endgültigen Großen Frieden geltend. Neben allen legitimen Auflehnungen, selbstlosen Résistancen und futuristischen Gestaltungsfantasien ist dies vielleicht das Zentralmotiv gewesen, das die kommunistischen Bewegungen und Staatsgründungen des 20. Jahrhunderts getragen hat.

1 Vgl.: Gerd Koenen: Die Großen Gesänge: Lenin, Stalin, Mao Tsetung. Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 1987.
2 Kurt Barthel: „KuBa". Kantate auf Stalin, in: KuBa, Gedichte, Berlin (DDR) 1952, S. 110 – 129.
3 Heinrich Mann: Die Züge des Berufenen, in: Günther Caspar: Die Welt im Licht. J. W. Stalin im Werk deutscher Schriftsteller, Berlin (DDR) 1954, S. 87f.
4 Stephan Hermlin: Stalin, in: *Aufbau. Kulturpolitische Monatsschrift*, Jg. 5 (1949), H. 12, Berlin (DDR).
5 Stephan Hermlin: Traum der Gemeinsamkeit. Ein Lesebuch, Berlin 1985, S. 158.
6 Ders.: Epilog 1956 zu dem Stalin-Gedicht (1949), in: *Der Sonntag*, 1. April 1956.
7 Johannes R. Becher: Das poetische Prinzip, Berlin 1957, und Sonett „Das Unerklärliche", hier zit. nach Jürgen Rühle: Literatur und Revolution. Die Schriftsteller und der Kommunismus, München-Zürich 1963, S. 224, 230.
8 Ders.: Ein Name wurde bisher nicht genannt, in: Der Große Plan. Epos des sozialistischen Aufbaus, Berlin 1931.
9 Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, München 1982, S. 72f.
10 Erich Weinert: „Im Kreml brennt noch Licht" (Moskau 1940), in: Ders.: Kapitel II der Weltgeschichte. Gedichte über das Land des Sozialismus, Berlin 1953, S. 63.
11 Johannes R. Becher: „An Stalin", hier zit. nach Jens-Fietje Dwars: Abgrund des Widerspruchs. Das Leben des Johannes R. Becher, Berlin 1998, S. 471.

1 **2**

3

1 Kurt Barthel (KuBa), 1955.
2 Bertolt Brecht und Johannes R. Becher, 1954.
3 Erich Weinert, 1946.

Staatsoper

Jörn Düwel

Ein neuer Städtebau zur Legitimation der DDR: Der zentrale Platz in Berlin

„Das Zentrum der Stadt erhält sein charakteristisches Bild durch monumentale Gebäude und eine architektonische Komposition, die der Bedeutung der Hauptstadt Deutschlands gerecht“ werde.[1] Dieses Ziel hatte Walter Ulbricht, als Generalsekretär der SED mächtigster Mann im Staate, schon 1950 formuliert. Ulbricht verband seine Worte mit konkreten Vorstellungen zur künftigen Gestalt der Stadt, die nach einem klaren hierarchischen Ordnungsprinzip aufgebaut werden sollte. So habe etwa die Höhe der Gebäude von den Stadträndern zur Mitte hin anzusteigen. Das Zentrum selbst sollte ausnahmslos staatlicher Repräsentation vorbehalten sein, wobei riesige Flächen für Platzräume und Magistralen vorgesehen waren, in denen Kundgebungen stattfinden sollten, um die Verbundenheit des Volkes mit der Politik des Staates zu demonstrieren. Ulbrichts Aufmerksamkeit konzentrierte sich von Anfang an auf ein „Zentrales Gebäude“, das als Regierungshochhaus die Stadt dominieren und einem vorgelagerten „Zentralen Platz“ für Massenaufmärsche eine monumentale Kulisse geben sollte.

Entwurf eines Regierungsgebäudes für den neuen Berliner Marx-Engels-Platz (ehemaliger Schlossplatz). Der Architekt Richard Paulick gestaltete den Bau im Still des Sowjetischen Klassizismus (links im Bild der Berliner Dom), 1952.

Voraussetzung für die Errichtung des 150 Meter hohen Hauses mit den wichtigsten Einrichtungen des Staates am vorgesehenen Standort war allerdings der Abriss des Stadtschlosses der Hohenzollern. Nachdem die Staatspartei SED im Sommer 1950 verfügt hatte, dass „das Zentrum der Stadt der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schlossruine“ sei,[2] stand einer entsprechenden Neuordnung des Stadtgrundrisses nichts mehr im Wege. Die rechtlichen Voraussetzungen für die Enteignung wurden mit dem sogenannten

Aufbaugesetz[3] geschaffen: In der Stunde der Verabschiedung dieses Gesetzes am 6. September 1950 begann die Sprengung des Schlosses.

Innerhalb kürzester Zeit hatten Architekten zuvor eine neue Mitte für die Hauptstadt der DDR entworfen: Neben dem Zentralen Gebäude waren weitere Bauten für Parteien und Massenorganisationen, für die volkseigene Industrie sowie für Botschaften vorgesehen. Das Rückgrat dieser Planungen bildete eine sogenannte Zentrale Achse, die vom Brandenburger Tor über den Boulevard „Unter den Linden" zum Lustgarten und weiter zum Alexanderplatz nach Osten führte. Den Kern der Raumfolge markierte der Zentrale Platz, der in Erweiterung des Lustgartens durch Beseitigung des Schlosses entstehen sollte. Obwohl verschiedene Entwürfe bereits vorlagen und die SED-Führung auf eine rasche Umsetzung drängte, kam es nach Abbruch des Schlosses nicht zur erwarteten Bebauung des Zentralen Platzes. Nur eine steinerne Tribüne für dreitausend Repräsentanten und Ehrengäste ließen die Machthaber dort errichten.

Möglicherweise war man schon im Herbst 1950 unsicher geworden, ob die vorgeschlagene Gestaltung auch in Moskau Zustimmung finden würde. Nicht zuletzt wird die Zurückhaltung bei der Neugestaltung der politischen Mitte auch wirtschaftlichen Erwägungen geschuldet gewesen sein, denn zuallererst fehlten infolge der Kriegszerstörungen Wohnungen. So begann man in Berlin mit der Errichtung von Wohnbauten am Rand der Innenstadt, um die Mitte für repräsentative Bauten freizuhalten. Dies hatte zudem den Vorteil, dass die neuen städtebaulichen Formen in einer Art Testlauf überprüft werden konnten – wie etwa mit der Bebauung an der damaligen Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee). Diese Politik der Umwege zeichnet sich bis heute im Stadtbild ab. Über Jahre konnte man den Eindruck gewinnen, die DDR habe es als selbstständigen Staat mit einem eigenständigen Städtebau in der Mitte ihrer Hauptstadt gar nicht gegeben. Das als politische Mitte definierte Zentrum ist spät und dann auch nur in Fragmenten bebaut worden.

Die Geschichte der Ostberliner Planungen für deren Mitte ist eine Geschichte gescheiterter Konzepte, sichtbar nur in Fragmenten. Darin spiegelt sich in gewisser Weise die Entwicklung der DDR wider: Von Ankündigungen und Versprechungen blieb allzu oft wenig übrig, da politische Richtungswechsel und wirtschaftliche Restriktionen zur Abkehr von dem gerade noch verfolgten Vorhaben zwangen: Keiner der für die Stadtplanung verabschiedeten Generalpläne kam über eine partielle Umsetzung hinaus. Dabei lässt sich keine stringente Entwicklungslinie nachzeichnen, vielmehr vollzog sich der Aufbau durchaus widersprüchlich.

Der Anfang nach Kriegsende

Die Alliierten hatten zwar schon im Mai 1945 deutsche Planungsstäbe wieder zugelassen, ihnen jedoch untersagt, eine verbindliche Perspektive zum Aufbau der Stadt zu erarbeiten, ehe der künftige Status der ehemaligen Reichshauptstadt nicht geregelt sei. Dennoch hatten vor allem Architekten des Magistrats um Stadtbaurat Hans Scharoun Vorschläge für ein neues Berlin entworfen, mit

denen sie sich an Leitvorstellungen orientierten, die der von den Kulturoffizieren der sowjetischen Besatzungsmacht propagierten kompakten Stadt zuwiderliefen. Scharoun, seit den zwanziger Jahren im Berliner Siedlungsbau tätig, sammelte Architekten um sich, die seine entschiedene Ablehnung des „steinernen Berlin“ teilten. Ihre Vorstellung eines neuen Berlin, die sich grundsätzlich von der Stadt des 19. Jahrhunderts unterscheiden sollte, hatten sie im Sommer 1946 der Öffentlichkeit vorgestellt. Verbunden war dieser radikale Entwurf mit Hoffnungen auf eine politische und moralische Erneuerung in Deutschland. Zwischen den Höhenzügen, die sich zu beiden Seiten des Urstromtales der Spree erstrecken, sollte eine gänzlich neue Stadt als „Stadtlandschaft“ angelegt werden, in der sich anstelle des alten Zentrums eine „grüne Mitte“ anbot.[4] Die alte Mitte war von den Architekten des Planungskollektivs, das unter Leitung Scharouns den ersten städtebaulichen Entwurf für den Aufbau Berlins erarbeitete, bis auf wenige Merkzeichen restlos überformt worden. Lediglich der Boulevard „Unter den Linden“ sowie das Forum Friderizianum und die Museumsinsel blieben von der städtebaulichen Neuordnung ausgenommen.

Berlin wird Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Die zunehmend offener zutage tretenden Differenzen zwischen den Siegermächten, die 1948 zur Spaltung Berlins geführt hatten, blockierten auch die Zusammenarbeit in der Stadtplanung. Mit Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 wurde der Ostteil Berlins entsprechend den Vorstellungen der Sowjetunion – gegen alle Verlautbarungen der Alliierten – zur Hauptstadt erklärt. Bereits wenige Wochen später, im November 1949, trafen sich Architekten und Politiker im soeben gegründeten Ministerium für Aufbau der DDR, um die Planungsarbeiten für Berlin zu übernehmen. Zum Minister für Aufbau war Lothar Bolz berufen worden. Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion gründete der Jurist 1948 im Auftrag Stalins die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD), um mit betont nationalistischer Propaganda ehemalige Parteimitglieder der NSDAP anzusprechen und für die Politik der „Nationalen Front“ zu werben. Nachdrücklich wurde von Bolz deshalb in patriotischem Ton auch der Wiederaufbau Berlins als Hauptstadt „aller Deutschen“ angemahnt. Doch um die künftige Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung zu bekräftigen, machte die Besprechung im November 1949 deutlich, an welchen Vorbildern man sich zu orientieren habe: „Es wurde angeregt, die großen Erfahrungen beim Aufbau solcher Städte wie Moskau und Warschau auszunutzen.“ Auch die Entsendung einer deutschen Delegation wurde beschlossen, um an Ort und Stelle die Erfahrungen der sowjetischen und polnischen Kollegen studieren zu können.[5]

Die ersten Monate des Jahres 1950 standen ganz im Zeichen der Vorbereitungen auf die Studienreise nach Moskau. Zunehmend wurde Kritik an der bisherigen Planung des Magistrats geäußert: „Eine solche Art der Planung, bei der ein Vorstadtidyll in die Innenstadt hineingetragen wird, ist fehlerhaft“, urteilte Kurt Liebknecht im Januar.[6] Der Neffe Karl Liebknechts, der im Berlin der späten zwanziger Jahre Architektur studiert hatte, war erst 1948 aus Moskau

zurückgekehrt. Liebknecht war mit dem Auftrag nach Berlin geschickt worden, Architektur und Städtebau am sowjetischen Muster auszurichten. Insofern hatte die von ihm geäußerte Kritik einen besonderen Stellenwert. Denn wenn er, inzwischen Direktor des Instituts für Städtebau und Hochbau beim Ministerium für Aufbau, schrieb, der von der Planungsabteilung des Magistrats ausgearbeitete Plan trage „Zeichen eines regelrechten Städtebau-Formalismus", rügte er einen schweren Verstoß gegen die „Generallinie" der Partei, der nicht folgenlos bleiben konnte. Denn als „formalistisch" wurde im sozialistischen Jargon stigmatisiert, was vom staatlich sanktionierten Kanon abwich.

Die „schöne deutsche Stadt"

Seit den dreißiger Jahren galt Stalins Losung zur Gestaltung von Architektur und Städtebau – „sozialistisch im Inhalt, national in der Form" – verbindlich für die gesamte sowjetische Kulturpolitik. Damit war ein Grundsatz stalinistischer Herrschaft bezeichnet, der die Doktrin des „Sozialistischen Realismus" auch auf den Wiederaufbau zerstörter Städte in Deutschland anwendbar machte. Nach gleichem Muster war dies seit den dreißiger Jahren in der Sowjetunion üblich. Vordergründig ging es darum, in der Vielvölkerunion nationale, regionale und lokale Eigenheiten zu bewahren. Doch während etwa Bauformen aus regionalen Traditionen entwickelt wurden, um Identität und Geschichtsbewusstsein zu suggerieren, nahmen hinter den Kulissen gänzlich neue politische Strukturen Gestalt an, die allein der Sicherung der Macht Stalins dienten. An dieses bewährte Muster knüpfte Stalin nach dem Krieg an, um seinen Einfluss auf Europa zu festigen. Die Reden von der gesamtdeutschen Verantwortung beim Aufbau Berlins sollten die wahren politischen Ziele – die Einbindung der DDR in den sowjetischen Machtbereich – verschleiern, aber auch der Westbindung der Bundesrepublik entgegenwirken.

Dabei mag man gehofft haben, alte Ressentiments wiederbeleben zu können: Bereits in den zwanziger Jahren hatten Konservative in Deutschland den selbst ernannten modernen Städtebau als Formalismus abgelehnt. Möglicherweise glaubten die Politiker der DDR nun, die Propaganda der NSDAP gegen die „Nomadenbauweise" des Neuen Bauens sei einprägsam genug gewesen, um in einem Feldzug gegen den „Kosmopolitismus" der westdeutschen Nachkriegsmoderne an die alten Vorurteile anknüpfen zu können. Entschieden verurteilte der Osten den Siegeszug jener aufgelösten Stadt, den die meisten Fachzeitschriften im Westen Deutschlands als künftigen Städtebau, als weiterwirkenden Einfluss der in der NS-Zeit in Deutschland unterdrückten Bauhausideen priesen und nun gewissermaßen als Reimport aus den Vereinigten Staaten feierten. Ostberlin attackierte diesen vermeintlichen „amerikanischen Kulturimperialismus" und rief alle „ehrlichen Baumeister im Westen unseres Vaterlandes" auf, dagegen Front zu machen.[7]
Wohl auf die späte Saat der NS-Propaganda bauend, stellte die DDR das Jahr 1950 ins Zeichen einer kulturellen Systemauseinandersetzung. Mitte März 1950 wurden daher im Ministerium für Aufbau „Leitsätze für die Neugestaltung Berlins" formuliert. Zunehmend rückten Zentralitäts- und

Repräsentationsvorstellungen in den Mittelpunkt der Überlegungen.[8] Vorbilder für einen Städtebau „eindrucksvoller Wirkung“ waren am ehesten in Moskau und anderen sowjetischen Großstädten zu sehen. Die gespannten Erwartungen an die Studienfahrt in die Sowjetunion im Frühjahr 1950 sollten nicht enttäuscht werden. In enger Absprache mit hochrangigen sowjetischen Gesprächspartnern erörterten die deutschen Fachleute Grundfragen des Städtebaus, die noch während des Aufenthaltes in Moskau zu Grundsätzen des neuen Städtebaus der DDR verdichtet wurden.

Im Westen hatte man ausgefeilten Ordnungsprinzipien, die bereits im Aufbau der Stadt gesellschaftliche Hierarchien spiegeln sollten, den Rücken gekehrt. In Westberlin wie im Westen Deutschlands setzte man gar Achsen und Aufmarschplätze mit totalitären Herrschaftsformen in eins. Im Gegensatz dazu hoben die Sowjets hervor, sie seien „für monumentale Bauten, in denen sich der Bauwille und das Wollen der Bevölkerung ausdrücken“. Demnach hätte etwa die Straße nicht nur „Verkehrsfunktionen“, vielmehr habe sie „die festliche Bevölkerung“ aufzunehmen: „Man darf beim Zentrum einer Stadt nicht vom Auto ausgehen. Sondern man muss vom Menschen, vom Demonstranten, der das Zentrum durchschreitet, ausgehen. Zentrum und zentraler Bezirk sind nicht zu verwechseln. Unter den Linden und Tiergarten können in Berlin das Zentrum sein. Man muss sich jedoch davor hüten, das Zentrum als Händler und Tourist zu betrachten. Der einzig richtige Standpunkt ist der politische.“[9]

Die Aufzeichnungen offenbaren ein Verständnis von Stadt, das für die sowjetische Kulturpolitik schon seit Mitte der dreißiger Jahre bestimmend war, im Deutschland der Nachkriegszeit aber zunächst auf Unverständnis und entschiedene Ablehnung stoßen musste. Vor allem die autoritäre Inszenierung von staatlicher Macht war aufgrund der Erinnerung an die zwölfjährige NS-Herrschaft in Misskredit geraten.

Die Zäsur: Der Parteitag der SED im Jahre 1950

Der III. Parteitag der SED, der kurz nach Rückkehr der Delegation von Architekten und Funktionären aus der Sowjetunion im Sommer 1950 stattfand, konzentrierte sich ganz auf die Stabilisierung der Macht der Einheitspartei. Ulbricht forderte daher von den Architekten und Stadtplanern, „dass aus den Trümmern der Städte, die von den amerikanischen Imperialisten zerstört wurden, Städte erstehen, die schöner sind denn je“. Das gelte, meinte er „besonders für unsere Hauptstadt Berlin“. Scharf griff der Generalsekretär die Berliner Bauverwaltung an. Er warf ihr vor, sie hänge „kosmopolitischen Phantasien“ nach, statt dem Aufbau der neuen Gesellschaft Ausdruck zu geben. Ulbrichts Bemerkungen läuteten eine intensiv geführte Kampagne für eine „neue deutsche Architektur“, mithin einen neuen deutschen Städtebau, ein.[10]

Das künftige Bauen im „ersten-Arbeiter-und-Bauern-Staat“ sollte mit der Neugestaltung Berlins eindrucksvoll vor Augen geführt werden. Vom raschen Aufbau Berlins versprachen sich die Statthalter Moskaus innen- und außenpolitische Signale. Zum einen galt es, bei der eigenen Bevölkerung Vertrauen zu wecken. Ein demonstrativer Neuanfang sollte nationales Selbstbewusstsein

suggerieren. Mit der Betonung nationaler Momente erhoffte man sich außerdem propagandistische Vorteile gegenüber dem Westen.

Ulbrichts Forderung, die Mitte der Hauptstadt symbolisch zu besetzen, wurde von den Architekten rasch in konkrete Raumvorstellungen umgesetzt. Allerdings nahmen diese – entgegen der kulturpolitischen Programmatik – kaum lokale Traditionslinien auf; das historische Wegenetz etwa wurde ignoriert. Bereits mit den ersten Entwürfen, die nach Ulbrichts Appell entstanden, wurde für das neue Zentrum eine Gestaltung angestrebt, die allenfalls einzelne kulturhistorisch bedeutsame Baukörper als museale Merkzeichen beibehielt. So orientierten sich die Architekten eher an sowjetischen Vorbildern, vor allem der Rekonstruktion Moskaus, als sich tatsächlich in Motiven, Maßstab und Struktur, wie in der Propaganda gefordert, das „Erbe kritisch anzueignen und schöpferisch weiterzuentwickeln".

Ulbricht hatte an „seine" Architekten appelliert, „in der Gestaltung der Städte die grandiosen Ideen", die sich vermeintlich mit dem Aufbau des Sozialismus verbanden, „zum Ausdruck zu bringen".[11] So standen die Architekten und Städtebauer vor der schwierigen Aufgabe, bloße Andeutungen in markante Bilder zu übersetzen. Die ersten Vorschläge zur Gestaltung einer neuen Stadtmitte, die im Sommer 1950 unterbreitet wurden, mögen für die SED-Führung gleichwohl vielversprechend gewesen sein. Bemerkenswert ist vor allem der Vorschlag von Helmut Hennig, der bis in die grafische Darstellung künftige Prinzipien der Zentrumsgestaltung antizipierte. Allein dieser Architekt – der seit den dreißiger Jahren ohne Unterbrechung in der städtischen Bauverwaltung tätig gewesen war – hatte es verstanden, die Ansprüche bildhaft zu verdichten. In seiner Skizze bewegen sich drei mächtige Demonstrationszüge, die schließlich zu einem einzigen verschmelzen, über eine Folge großzügiger Plätze, vorbei an einem neuen Regierungsgebäude mit vorgelagerter Tribünenanlage.

Der Zentrale Platz war Höhepunkt und Gelenk einer Zentralen Achse: Dieser Hauptstraßenzug führt im Entwurf von der Stalinallee (heute Karl-Marx-Allee) im Osten der Stadt über den Alexanderplatz zum Zentralen Platz und weiter über Unter den Linden zum Brandenburger Tor und in der Verlängerung schließlich bis zur Charlottenburger Chaussee im Westteil Berlins. Dieser etwa sieben Kilometer lange Abschnitt sollte aber nicht für den Durchgangsverkehr geöffnet, sondern zur Via Triumphalis umgestaltet werden.

Neue Grundlagen: Demonstrationspläne

Erarbeitet wurde diese Studie auf der Grundlage sogenannter Demonstrationspläne, die eine streng kontrollierte Choreografie der Masseninszenierungen vorsahen. Das Ziel bestand darin, schon bei der Stadtplanung die Lage und Größe der Plätze sowie die Breite der Straßen für regelmäßig wiederkehrende Kundgebungen festzulegen, um die erwartete Zahl von Demonstranten „reibungslos" bewältigen zu können.[12]

Während die Verlängerung der Achse über den Lustgarten nach Osten einem neuen Konzept entsprach, war die Achse nach Westen schon in den dreißiger Jahren vom Generalbauinspektor für die Neugestaltung der

Reichshauptstadt fertiggestellt worden. Dieser Abschnitt wurde nun in den Demonstrationsplan einbezogen – obwohl er nicht zur Hauptstadt der DDR gehörte. Der Hauptstadtanspruch machte jedoch auch in anderen Fragen nicht an den Grenzen halt, die von den vier Siegermächten gezogen worden waren.

Zwischen der ersten Skizze, die unmittelbar nach Ulbrichts Rede im Juli 1950 vorlag, und dem Regierungsbeschluss zum Aufbau des Zentrums war nicht einmal ein Monat vergangen, als der Ministerrat der DDR am 24. August die Planung billigte. Weitere zwei Wochen später wurde mit dem Abbruch des Schlosses begonnen. Im darauffolgenden Jahr konnte die Demonstration zum 1. Mai 1951 dann erstmals auf dem „erweiterten Lustgarten" stattfinden, der zu diesem Anlass in Marx-Engels-Platz umbenannt worden war. Stolz teilte die SED-Zeitung *Neues Deutschland* anderntags mit, dass in einem achtstündigen, „nicht enden wollenden Demonstrationszug" über eine Million Teilnehmer zur Kundgebung gekommen waren.

Anfang der fünfziger Jahre rückte die SED-Führung zeitweise von ihrem Vorhaben ab, der Hauptstadt durch repräsentative Bauten für Partei und Staat eine neue politische Mitte zu geben. Ein gewichtiger Grund wird der akute Wohnungsmangel gewesen sein. Die Wohnungsnot war jedenfalls Anlass für das „Nationale Aufbauprogramm", das im November 1951 verkündet wurde, um in den darauffolgenden Monaten mit der Errichtung eines geschlossenen Straßenzuges in Berlin beginnen zu können. Weil das Zutrauen in die vorliegenden Entwürfe für eine neue Mitte schwankte, bestimmte man die Stalinallee zum Versuchsobjekt, um Erfahrungen für die Mitte zu sammeln. Schließlich bildete die Stalinallee ein wichtiges Teilstück der Zentralen Achse und sollte eine erste Vorstellung vom künftigen „städtebaulichen Reichtum" vermitteln.

Neue sowjetische Vorgaben: Stalins Tod und die Folgen für die Planungen der Berliner Mitte

Die Planungen für die Mitte gingen indes ohne Unterbrechung weiter, auch wenn darüber nur sporadisch in Fachzeitschriften und der Tagespresse berichtet wurde. Dies änderte sich zunächst auch nicht, als in der Sowjetunion eine Wende in der Baupolitik mit weitreichenden Folgen für den Städtebau eingeleitet wurde. Statt aufwendiger Prunkbauten sollten, das wurde Ende 1954 offiziell in der Sowjetunion verlautbart, nun schlichte Häuser errichtet werden. Unter der Losung „schneller, besser und billiger bauen!" wurde nachdrücklich eine Standardisierung und Industrialisierung gefordert. Erschrocken mag sich mancher Kulturfunktionär gefragt haben, was denn künftig den sozialistischen Städtebau von dem unterscheiden solle, was beim „Klassengegner" seit Jahren entstanden und von der DDR stets heftig angegriffen worden war.

Wichtigste Aufgabe eines 1958 ausgelobten Wettbewerbs blieb die Entwicklung von Vorschlägen für die Herausbildung der politischen Mitte der DDR. Das Programm war daher vorrangig auf Repräsentation angelegt: „Das Fassungsvermögen des Marx-Engels-Platzes bei den großen Massenveranstaltungen soll 275.000 Personen betragen. Die Ehrentribüne ist für 3.000 Plätze vorzusehen."[13] Zugelassen zum Wettbewerb, der zum 9. Jahrestag der

DDR ausgeschrieben wurde, waren Architekten aus der DDR und anderen sozialistischen Ländern. Doch nach dem Rundgang des Preisgerichts stellte man enttäuscht fest, dass unter allen Einsendungen „ein in der Gesamtlösung überragender Entwurf nicht vorhanden“ sei, „der einen ersten Preis erhalten könnte“.[14]

Ursprünglich hatte die Absicht bestanden, 1965 mit dem Bau des Zentralen Hauses zu beginnen, es sollte den Schluss- und Höhepunkt der umfassenden Neugestaltung der sozialistischen Stadtmitte bilden. Doch die Arbeiten verzögerten sich immer wieder. Im Bereich des Zentralen Platzes konnten bis Ende der sechziger Jahre lediglich zwei Vorhaben abgeschlossen werden: 1964 das Staatsratsgebäude, drei Jahre später das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Die Bauarbeiten für das Außenministerium hatten gerade erst begonnen, da rückte bereits eine neue Aufgabe in den Mittelpunkt der Neugestaltung der Mitte Ostberlins. Für den 20. Jahrestag der Staatsgründung 1969 wurde die Errichtung eines besonderen Stadtzeichens zwischen Marx-Engels-Platz und Alexanderplatz vorgesehen. 1965 fiel überraschend die Entscheidung, einen Fernsehturm zu bauen. Freilich ergab sich nun die Aufgabe, die Umgebung des Fernsehturms städtebaulich zu gestalten und damit die „Raumkanten“ an der Rathaus- und Karl-Liebknecht-Straße zu bebauen. War die Führung der SED zuvor stets davon ausgegangen, dass die Mitte der Hauptstadt zugunsten wichtiger öffentlicher und staatlicher Einrichtungen von Wohnungen weitgehend freizuhalten wäre, hieß es nun, „die Vorhaben des komplexen Wohnungsbaus“ seien in „verstärktem Maße in den Aufbau und die sozialistische Umgestaltung des Stadtzentrums einzubeziehen“.[15] Die Rückkehr des Wohnens in die Mitte folgte jedoch keine Rückkehr zum vormodernen Verständnis von Stadt, sie war allein infolge anhaltender wirtschaftlicher Schwäche unumgänglich.

Der Verzicht auf die bildhafte Macht des Staates

Bis Anfang der siebziger Jahre bildete sich in wechselvollen Schüben eine neue Mitte heraus. Auch wenn das entstandene Stadtbild kaum Ähnlichkeiten mit dem in früheren Planungen entworfenen hatte, wurde es dennoch stolz als „sozialistische Errungenschaft“ präsentiert. Trotz großer Anstrengungen und zahlreicher Beschlüsse war allerdings das Gravitationszentrum aller städtebaulichen Überlegungen eine Leerstelle geblieben. An einem Zentralen Regierungshochhaus, das die eigentliche Mitte der Stadt bilden sollte, hatte man unbeirrt festgehalten, auch über die radikale „Wende im Bauwesen“ hinaus. Doch alle Vorhaben verliefen im Sande. Die SED-Führung konnte oder wollte sich nicht festlegen. Dies änderte sich erst, als die DDR Anfang der siebziger Jahre nach ihrer weltweiten völkerrechtlichen Anerkennung und der Aufnahme in die Vereinten Nationen (UNO) dem Aufbau der Hauptstadt erneut Vorrang gab. Die Partei erteilte „ihren“ Architekten Ende 1972 den Auftrag, einen „Palast der Republik“ zu entwerfen. Mit dem Auftrag wurde zugleich der Termin für die Eröffnung vorgegeben. Die SED beabsichtigte, 1976 im Palast ihren

IX. Parteitag abzuhalten. Die seit den sechziger Jahren zu beobachtende Entwertung des Zentrums setzte sich mit diesem Bau fort. Statt wie einst geplant alle wichtigen Einrichtungen von Staat und Partei in einem einzigen Gebäude zusammenzufassen, wurde nun ein Mehrzweckgebäude projektiert, in dem die Volkskammer mit ihrem großen Versammlungssaal nur relativ wenig Raum beanspruchte. Das Schwergewicht verlagerte sich zu einem vielschichtigen Angebot aus Unterhaltung und Gastronomie.

Auch mit der Fertigstellung des Palastes der Republik war die Mitte keineswegs vollendet. Der beklemmenden Ödnis, die sich noch immer zwischen Marx-Engels-Platz und Fernsehturm erstreckte, war erst in den achtziger Jahren mit einem Denkmalensemble begegnet worden. Dabei griff man auf Planungen zurück, die bereits seit Anfang der fünfziger Jahre ein Marx-Engels-Denkmal vorgesehen hatten. 1953 noch als 25 Meter hohe Doppelfigur vor dem Regierungshaus gedacht, wurde es nach 1984 als mehrteilige Denkmalgruppe in einer vormals einen Straßenblock umfassenden Grünanlage zwischen Spree und Spandauer Straße ausgeführt. Mit diesem Denkmalensemble, eingebettet in eine Grünanlage, gingen die städtebaulichen Aktivitäten zur sozialistischen Gestaltung der Mitte zu Ende.

1 Walter Ulbricht: Die Großbauten im Fünfjahrplan, in: Ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. II, 1946 – 1950, Berlin 1953, S. 750.
2 Ebd., S. 752.
3 Gesetz über den Aufbau der Städte in der Deutschen Demokratischen Republik und der Hauptstadt Deutschlands (Aufbaugesetz), verabschiedet am 6. September 1950.
4 Hans Scharoun: „Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung ‚Berlin plant. Erster Bericht'", in: *Der Bauhelfer*, Heft 4, 1946, S. 16.
5 Aktennotiz zur Besprechung beim Ministerpräsidenten der DDR am 18. November 1949, in: Sammlung Hans Gericke, Berlin.
6 Kurt Liebknecht: Exposé zur Stadtplanung Berlin, 23. Januar 1950, in: Sammlung Hans Gericke, Berlin.
7 Zur Gegenüberstellung von „kulturfeindlichem Westen" und der DDR, dem „alleinigen Garanten nationaler Identität", siehe: Zur Verteidigung der Einheit der deutschen Architektur, in: Deutsche Bauakademie (Hg.): Die nationalen Aufgaben der deutschen Architektur. Berlin 1954, S. 77 ff.
8 Leitsätze zur Neugestaltung Berlins vom 23. März 1950, in: Sammlung Hans Gericke, Berlin.
9 Ebd.
10 Walter Ulbricht: Die Großbauten im Fünfjahrplan, in: Ders.: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. II, 1946 – 1950, Berlin 1953, S. 751.
11 Ebd.
12 Planung Berlin, 14. August 1950, Vorlage für die Sitzung des Politbüros der SED am 15. August 1950, in: Bundesarchiv, Abt. Potsdam, DH 2, A 21, unpag.
13 Vorlage für die Sitzung des Zentralkomitees der SED am 30. September 1958, in: Bundesarchiv, SAPMO, I IV 2/2/A-657, unpag.
14 Bewertung der prämierten Entwürfe zum Ideenwettbewerb „sozialistische Umgestaltung" Berlin durch das Preisgericht, 29. September 1959, in: Sammlung Hans Gericke, Berlin.
15 Dokumente der SED. Bde. 1 – 21, Berlin 1948 – 1989, hier Bd. 6, S. 110.

1 **2** **4**

3 **5**

1 Der Präsident der Deutschen Bauakademie, Kurt Liebknecht, erläutert SED-Chef Walter Ulbricht die Neuplanung des Berliner Stadtzentrums, 1951.
2 Ein Mitarbeiter des Ministeriums für Aufbau erklärt Bauarbeitern einen Entwurf zur künftigen Gestaltung des Marx-Engels-Platzes, 1950.
3 Der Minister für Aufbau, Lothar Bolz (4. v. r.), mit einer Delegation deutscher Architekten vor der Abreise nach Moskau. Dort soll sich die Gruppe über sowjetische Städteplanung informieren, 1950.
4 Entwurf von Hanns Hopp und Edmund Collein für ein repräsentatives Regierungsgebäude neben dem Berliner Dom, 1951.
5 Modell eines Regierungsgebäudes im Stil des Sowjetischen Klassizismus auf dem Areal des abgerissenen Berliner Schlosses. Der städtebauliche Entwurf sah den Abriss des Berliner Doms vor, um 1951.

Der neue Marx-Engels-Platz als zentraler Platz für politische Kundgebungen (rechts im Bild die Ehrentribüne, links Festdekoration für die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten), 1951.

Massenkundgebung auf dem Marx-Engels-Platz anlässlich der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, 1951.

Stalin-Denkmal an der Stalinallee in Berlin-Friedrichshain, um 1955.

Björn Boldt

Die Stalin-Pavillons – Kapellen der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft

Zwischen 1951 und 1953 entstanden in mehreren sächsischen Städten kleine, aber architektonisch auffällige Bauten. Offiziell hießen sie Pavillons der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF); der Volksmund gab ihnen aber Namen wie Stalin-Pavillons oder Sowjet-Tempel. Die DSF betrieb sie als Ausstellungsgebäude für Propagandaschauen, um auf kulturellem Weg zur Festigung des Bundes der DDR mit der Sowjetunion beizutragen. Dieses Vorhaben beinhaltete Anfang der 1950er Jahre immer auch eine Bezugnahme auf die Person Stalins. So fanden sich bildliche Darstellungen des sowjetischen Diktators etwa auch in Pavillons mit Ausstellungen über die Großbauten des Kommunismus.[1]

Belegt sind Stalin-Pavillons der DSF in Freiberg, Plauen, Zwickau, Chemnitz-Mitte und Chemnitz-Rabenstein, Dresden sowie Johanngeorgenstadt. Einen weiteren Pavillon errichtete die DSF 1952 neben dem Stalin-Denkmal in Ostberlin, den letztendlich allerdings andere Organisationen für ihre Ausstellungen nutzten.[2]

Bereits zuvor verwendete die Freie Deutsche Jugend eine Art transportables Kult-Gebäude, das ganz offiziell Stalin-Pavillon hieß. Gestiftet vom Landesverband Sachsen[3], war die leichte Holzkonstruktion eine Trophäe im Aufgebot zu Ehren Stalins bei den Weltfestspielen 1951 in Berlin. FDJ-Verbände der gesamten DDR konkurrierten miteinander in gemeinnützigen Arbeitseinsätzen und Mitgliederwerbung. Die Gewinner der Zwischenrunden durften den Stalin-Pavillon der FDJ bis zur nächsten Wettkampfrunde in ihrer Heimatstadt aufstellen. Im Inneren befanden sich huldigende Darstellungen Stalins und eine Propagandaausstellung.[4]

Die Stalin-Pavillons der DSF entsprachen architektonisch dem Stil des sowjetischen Klassizismus: Ob runder oder quadratischer Grundriss, sie alle besaßen mehrstufige Dächer mit vorgelagerten Säulengängen. Wie manche stalinistische Bauten im Moskauer Stadtzentrum trugen einige der Pavillons beleuchtete Sowjetsterne auf dem Dach; das Dresdener Exemplar spielte stündlich das Glockenspiel des Kremls.[5] Die Pavillons in Chemnitz-Rabenstein, Dresden und Johanngeorgenstadt folgten einem Entwurf des Chemnitzer Architekten Heinz Lieberwirth, der sich offensichtlich stark am Ausstellungsgebäude der Sowjetunion auf dem Leipziger Messegelände orientierte.[6] Die Grundsteinlegung oder Einweihung ihrer Stalin-Pavillons veranstaltete die DSF meist symbolträchtig an einem Geburtstag Stalins oder einem Jahrestag des

Pavillon im Zentrum von Karl-Marx-Stadt, 1956.

Kriegsendes. Nach dem Tod des Diktators 1953 dienten manche Pavillons als Orte der zentralen Kranzniederlegungen.

Nach der allmählichen Abkehr vom Personenkult ab 1956 wurden die meisten Pavillons der DSF noch bis in die 1960er Jahre für verschiedene Ausstellungen genutzt. Sie wurden meistens vernachlässigt, einige umfunktioniert. Der Pavillon in Chemnitz-Mitte beherbergte ab Ende der 1960er Jahre ein Berufsinformationszentrum, der in Freiberg wurde als Eisdiele genutzt. Die meisten einstigen Stalin-Pavillons verfielen, bevor sie ab Mitte der 1960er Jahre abgerissen wurden, der letzte 1991.[7]

1 Vgl. etwa Fotoserie vom 21. 12. 1951 über eine Ausstellung im Dresdner Stalin-Pavillon, Deutsche Fotothek, Datensatz 70604290.
2 Zur Initiierung des Pavillons durch die DSF vgl. Aufklärungspavillon mit Technischem Kabinett, *Neues Deutschland*, 17. 02. 1952. Zur Nutzung durch das *Neue Deutschland* siehe *Neues Deutschland*, 15. April 1953 und Foto F_Rep_290-09-01_66-5683, Landesarchiv Berlin. Zur Nutzung durch den Demokratischen Frauenbund Deutschlands vgl. *Berliner Zeitung*, 01. 07. 1954 und 17. 07. 1954.
3 Siehe Beschreibung des Pavillons der FDJ auf einem Plakat des Amts für Information Sachsen-Anhalt anlässlich der Weltfestspiele, Deutsches Historisches Museum, P 90/2596.
4 Siehe Fotoserie vom 27. 06. 1951 über die Errichtung des Pavillons in Zwickau, Deutsche Fotothek, Datensatz 70603837.
5 Annette und Jenni Dubbers: Die Innere Neustadt. Aus der Geschichte eines Dresdner Stadtteils, Dresden 2003, S. 60.
6 Stadtarchiv Chemnitz, 11755-1.
7 Stadtarchiv Freiberg, Bauakte 3434 (Abbruchakte des Stalin-Pavillons).

Andreas Engwert

Ikonografie des Stalin-Kultes in der DDR

Ende Juli 1951 erwartete die SED-Parteiführung eine besondere Fracht, die per Flugzeug aus Leningrad eintreffen sollte: eine überlebensgroße Bronzestatue des sowjetischen Diktators Josef Stalin. Sie war ein Abguss eines Stalin-Standbildes des russischen Bildhauers Nikolai Tomski.[1] Die Zeit drängte, Ostberlin brauchte dringend eine repräsentative Huldigungsstätte für die ganz im Zeichen des Stalin-Kultes stehenden Weltfestspiele der Jugend und Studenten, deren Eröffnung am 5. August bevorstand. Anlässlich des internationalen Jugendtreffens rechnete die Stadt mit mehr als einer Million Besucher und rund 25.000 Teilnehmern aus über 100 Ländern. Vor allem aus den osteuropäischen Staaten des sowjetischen Machtbereichs wurden zahlreiche Gäste erwartet.

Offiziell wurde die Statue als ein Geschenk des Komsomol, des kommunistischen Jugendverbandes der Sowjetunion, bezeichnet. In Wirklichkeit hatte SED-Generalsekretär Walter Ulbricht persönlich den Chefdiplomaten der DDR in Moskau bevollmächtigt, den »Kauf einer Bronze-Statue von J. W. Stalin abzuschließen«. Die Bezahlung sollte seitens »der Regierung entsprechend der vertraglichen Festlegungen«[2] erfolgen. Die deutschen Genossen hatten ursprünglich eine 16 Meter hohe Statue in der Sowjetunion angefragt, mussten sich jedoch mit einer deutlich kleineren Figur begnügen.[3] Laut Lieferschein erreichte das Standbild eine Höhe von 4,5 Metern und wog 2,3 Tonnen. Mitgeliefert wurden eine Metallbürste und eine Tinktur zum Patinieren beschädigter Stellen.[4]

Stalin-Denkmal an der Ostberliner Stalinallee, 1951.

Ulbricht und der Chef der diplomatischen Mission der UdSSR, Botschafter Georgi Puschkin, hatten zunächst den Berliner Alexanderplatz als Standort des Stalin-Denkmals erwogen, sich dann aber für Ostberlins künftigen Prachtboulevard, die Stalinallee, entschieden. Das Standbild wurde gegenüber der kurz zuvor fertiggestellten Deutschen Sporthalle errichtet und verhalf der zunächst noch aus Baustellen bestehenden Prestigemeile zu einer ersten Sehenswürdigkeit. Als endgültiger Standort war jedoch der Strausberger Platz vorgesehen. Er sollte zusammen mit den ihn umgebenden Bauten ein Entree zu der im Stil des Sozialistischen Klassizismus konzipierten Stalinallee bilden.

Am 3. August 1951 wurde das Denkmal von Ulbricht eingeweiht. Auch der Präsident der DDR, Wilhelm Pieck, und Ministerpräsident Otto Grotewohl waren anwesend.

Trotz der Marschallsuniform, die der Figur zugedacht worden war, erinnerte das Denkmal nicht an den Triumphator Stalin. Tomskis Stalin schaute gütig, geradezu fröhlich auf den Betrachter herab. Den Torso der Statue zierte nur eine einzige Auszeichnung, der »Held der sozialistischen Arbeit«, ein Orden, der dem Diktator anlässlich seines 60. Geburtstags 1939 verliehen worden war. Das statisch wirkende Standbild zeigte nicht jene dynamische Körperhaltung, mit der die sowjetischen Maler und Bildhauer Lenin so gerne darstellten: in Rednerpose, mit der ausgestreckten rechten Hand visionär in die Zukunft weisend, während die Linke an das Revers der Jacke oder des heroisch wehenden Mantels griff. Tomski fing stattdessen eine tatsächlich häufig zu beobachtende Geste Stalins ein, der, statt die Hände an seinem Revers zu platzieren oder in die Hosentaschen zu stecken,[5] die Rechte gern unter die Knopfleiste seiner Jacke schob. Dieser von der Figur verkörperte Habitus mochte viele Betrachter an Napoleon erinnern und ließ sich durchaus auch als Hinweis auf Stalins Nimbus als genialer und siegreicher Feldherr interpretieren. Zugleich verlieh er der ansonsten eher profan wirkenden Statue eine Spur imperialer Würde. Anstelle eines Zepters oder eines Marschallstabes hielt der Sowjetführer eine Papierrolle in der linken Hand, gleichsam als Insigne der neuen Herrschaft: der versinnbildlichte Plan, den Stalin für seine Vision der Zukunft bereithielt.

Offensichtlich fanden die deutschen Genossen Gefallen an dem eingeflogenen Tomski-Standbild, denn das SED-Politbüro beschloss in seiner Sitzung vom 7. August 1951, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) zu bitten, auch »die beiden anlässlich der Weltfestspiele nach Berlin gebrachten Gipsstatuen von J. W. Stalin für innere Ausstellungszwecke in Berlin zu belassen«.[6] Noch während der Weltjugendspiele wurde ein Gipsabguss der Stalin-Figur in der Länderausstellung über die Sowjetunion im Gebäude des DDR-Finanzministeriums präsentiert.[7]

Aber nicht nur »für innere Ausstellungszwecke«, auch unter freiem Himmel kamen die Gips-Klone wiederholt zum Einsatz.[8] Zu den Absurditäten des Stalin-Kultes in Deutschland gehört, dass etwa zum 1. Mai 1953 eine Gipsversion der Tomski-Figur in Berlins historischer Mitte gezeigt wurde, obwohl die Bronzestatue in der Stalinallee längst zum Ziel zahlreicher Besuchergruppen

avanciert war. Somit konnten Delegationen, die dem Denkmal in Berlin-Friedrichshain ehrfürchtig ihre Reverenz erwiesen hatten, nach einem dreiviertelstündigen Marsch der gleichen Figur auf dem Boulevard »Unter den Linden« ein zweites Mal huldigen, am alten Standort des 1950 entfernten Reiterstandbildes Friedrich des Großen. Die Ulbricht so verhassten Hohenzollern waren damit nicht nur vom Sockel gestoßen, sondern durch eine neue Herrscherfigur ersetzt worden. [9]

Doch bis dahin war es ein weiter Weg gewesen: Nach zwölf Jahren NS-Diktatur lastete die Verantwortung für Weltkrieg und Holocaust auf den Deutschen – und nicht zuletzt kannte das Land einen bis weit in den Krieg hinein praktizierten Führerkult um Hitler.[10] Stalin dagegen war von der NS-Propaganda immer wieder als Personifizierung des Bösen in Szene gesetzt worden, als orientalischer Gewaltherrscher über »slawische Untermenschen«. Zudem spukte in vielen Köpfen das rassistische Propagandaklischee vom »jüdischen Bolschewismus«. Nur wenige Jahre vor den Massenkundgebungen des SED-Regimes hatte auf dem Berliner Lustgarten die zynische NS-Propagandaausstellung »Das Sowjetparadies« Tausende Besucher angezogen. Und auch ohne lauttönende Propaganda war in Deutschland bekannt, welches Leid die gewaltsame Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie der politische Terror für die Menschen in der Sowjetunion bedeuteten. Gegen Ende des Krieges assoziierten viele Deutsche den Namen des sowjetischen Diktators mit der Niederlage von Stalingrad oder der verheerenden Wirkung der Stalinorgel. Die Massenvergewaltigungen der nach Rache trachtenden Rotarmisten und bald darauf die Reparationen, die willkürlichen Verhaftungen, die fortbestehenden Gefangenenlager sowie das strenge Regime der Besatzungsmacht festigte das Negativbild vieler Deutscher von »den Russen«. All dies stellte die kommunistische Propaganda nach 1945 vor immense Herausforderungen.

Die ersten Großporträts des sowjetischen Diktators, die nach Kriegsende auf den Straßen und Plätzen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) zu sehen waren, zeigten Stalin als Sieger. Als krönende Elemente hölzerner Triumphbögen und anderer Siegeszeichen mit Losungen in kyrillischer Schrift richteten sie sich an die Soldaten der Roten Armee. Auf dem Alexanderplatz wurde kurz nach Kriegsende ein Rondell aus riesigen Tafeln mit den Konterfeis Stalins und seiner Generäle errichtet. Und am Brandenburger Tor stand bald ein martialisch anmutendes, überdimensioniertes Stalin-Bild, das den Sowjetführer in Marschallsuniform mit zahlreichen Orden auf der Brust präsentierte.[11]

Weitaus versöhnlicher mochten dagegen die ins Deutsche übersetzten Stalin-Zitate wirken, von denen sich die Bevölkerung angesprochen fühlen sollte: Die bereits 1942 geäußerten Worte »Die Erfahrungen der Geschichte sagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat, bleibt« fanden auf Aushängen und Aufstellern weite Verbreitung. Die Äußerung kam einer Absolution gleich, denn indirekt sprach sie die weniger Belasteten und Mitläufer von der Kollektivschuld an den Verbrechen der NS-Zeit frei.

Von einer breiten öffentlichen Glorifizierung des sowjetischen Diktators konnte auf deutscher Seite noch keine Rede sein. Die »Sichtagitation« der

KPD beziehungsweise der SED verzichtete in den ersten Nachkriegsjahren weitgehend auf Stalin-Bildnisse. Lediglich die sowjetischen Besatzer zelebrierten die kultische Verehrung des Sowjetführers. So war die Berliner Bronzefigur entgegen der Behauptung der SED-Propaganda nicht das erste Stalin-Denkmal auf deutschem Boden. Bereits 1947 hatte die Sowjetische Militäradministration Thüringens auf dem Gelände ihres Sitzes, dem ehemaligen Weimarer NS-Gauforum, ein Stalin-Standbild aufgestellt, das den Blicken der einheimischen Bevölkerung jedoch bis zur Übergabe des Areals an die deutsche Verwaltung 1950 durch einen Bretterzaun entzogen war.

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) erteilte den deutschen Genossen politischen Nachhilfeunterricht in Fragen der Agitation und Propaganda. Hier gab es aus Sicht der SMAD Bedarf, denn die neue Einheitspartei SED blieb bei den Wahlen des Jahres 1946 hinter ihren Erwartungen zurück. Auch die mangelnde prosowjetische Propaganda in der SBZ wurde kritisiert.

Beim ersten gemeinsamen Moskaubesuch der SED-Spitze im Januar und Februar 1947 traf die Delegation um Pieck, Grotewohl und Ulbricht daher nicht nur Stalin zu einer dreistündigen Besprechung, sondern auch dessen Propagandachef Michail Suslow. Suslow war beim Zentralkomitee der sowjetischen Staatspartei für »die Arbeit in Deutschland« zuständig und legte der SED-Delegation die Wichtigkeit der Abteilung Agitation und Propaganda innerhalb des Parteiapparates dar. Als deren Zweck notierte Pieck die »Erhöhung des Bewusstseins der Massen« sowie die »ideologische Festigung der Kader«.[12] Auch das den deutschen Besuchern dargebotene Programm glich einer eng getakteten Erlebnistour in Sachen Massenbeeinflussung: Noch am Tag ihrer Ankunft sahen sie den 1946 fertiggestellten, pathetisch-schwülstigen Propagandaspielfilm »Der Schwur«, der in einer mystisch verklärten Szene Lenins Totenfeier im Jahr 1924 nachstellte. Das darin wie ein Glaubensbekenntnis vorgebrachte Gelöbnis Stalins, das Werk von Lenin fortzuführen, wurde als eine Art religiöses Erweckungserlebnis für die um ihn versammelte Menge dargestellt.[13] In den folgenden acht Tagen sahen die SED-Funktionäre sechs weitere Filme,[14] verbrachten lange Abende in der Oper und beim Ballett, besichtigten die Moskauer Metro, die Leninbibliothek, das Leninmuseum, die Stalinwerke und fuhren Ski auf den Leninbergen. Pieck und Ulbricht kannten derlei sowjetischen Personenkult schon aus der Zeit ihres Moskauer Exils, doch Grotewohl, der sich erstmals in der sowjetischen Metropole aufhielt, war vom Dargebotenen beeindruckt.[15]

Erst im Laufe des Jahres 1949, als sich Stalins deutschlandpolitische Hoffnungen auf einen neutralen Gesamtstaat zerschlagen hatten und die Sowjetunion die Umwandlung ihrer Besatzungszone in einen sozialistischen Separatstaat forcierte, bestimmte der Stalin-Kult zunehmend die Propaganda der SED. Dieser Kult zielte darauf ab, die Bevölkerung auf das kommunistische Regime einzuschwören und an die östliche Führungsmacht zu binden. Mit seiner Einführung in Ostdeutschland wurden zugleich große Teile der sowjetischen Stalin-Ikonografie übernommen. Dennoch fand der Stalin-Kult in seiner

ostdeutschen Adaption von Beginn an eigene Anknüpfungspunkte. Anlässlich der Gründung der DDR wandte sich der Sowjetführer in einem Telegramm an das deutsche Volk und bezeichnete die Staatsgründung als »Wendepunkt in der Geschichte Europas«. Diese Formulierung und weitere Auszüge des Telegramms gehörten fortan zum Kanon ständig rezitierter Stalin-Worte, die den sowjetischen Diktator aus Sicht der SED-Propagandisten als »besten Freund des deutschen Volkes« auswiesen.

Durch die Übernahme des Stalin-Kultes reihte sich der junge SED-Staat in den Kreis der »Volksrepubliken« des sowjetischen Machtbereichs ein, in denen die Feiern zum 70. Geburtstag des Diktators am 21. Dezember 1949 im Fokus der staatlichen Propaganda standen. Mit den landesweiten Feierlichkeiten erreichte der Kult nun auch in der DDR einen ersten markanten Höhepunkt. Schon Monate zuvor hatte die SED die Massenorganisationen mit den Vorbereitungen beauftragt und gab Anleitungen zur Ausgestaltung der Feiern heraus. Auch vonseiten des »Kulturbundes«, der Freien Deutschen Jugend (FDJ) sowie der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) waren entsprechende Handreichungen erschienen. Das Ministerium für Volksbildung erließ detaillierte Richtlinien für die Stalin-Feiern in den Schulen.

In parteioffiziellen Verlautbarungen wurde Stalin fortan als Genius gepriesen, die Ergänzung seines Namens durch glorifizierende Beiwörter nahezu obligatorisch: Allerorten war vom »großen« Stalin die Rede. Jede Nennung seiner Taten kam einer Huldigung gleich, und in verschiedenen Wissenschaften wurden ihm herausragende Verdienste zugeschrieben. In der Folgezeit war sein Konterfei allgegenwärtig. Die dauerhafte Präsenz von idealisierten Bildnissen und rühmenden Losungen im öffentlichen Raum sollte Stalin den Nimbus historischer Größe verleihen und ein Charisma heraufbeschwören, das der Person des Diktators im wirklichen Leben nach Meinung kritischer Zeitgenossen abging.

Mit der Vergöttlichung des Sowjetführers ging die Unterwürfigkeit seiner Anhänger einher. Die Ergebenheit der SED gegenüber Stalin sollte eine Festschrift unter Beweis stellen, mit der Pieck, Ulbricht, Grotewohl und andere Spitzenfunktionäre ihren »Freund und Lehrer J. W. Stalin zum siebzigsten Geburtstag« würdigten.[16] Die verschiedenen Beiträge priesen den »Meister der sozialistischen Planung«, den »Theoretiker des Sozialismus« oder auch den »Führer des Weltproletariats«.

Die Geschichte des Huldigungsbandes verdeutlicht exemplarisch, dass selbst eine solchermaßen zur Schau getragene Servilität die Jünger nicht vor Verfolgung schützte, waren sie einmal in Ungnade gefallen: Der Aufsatz »Stalin und die Bauernfrage« fehlte später in manchen öffentlich zugänglichen Exemplaren. Dessen Autor, Paul Merker, war im Rahmen einer Parteisäuberung seiner Ämter enthoben und schließlich im November 1952 verhaftet worden. In der zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Hohenschönhausen saß der geschasste Parteifunktionär, der die Jahre des Exils während der NS-Herrschaft nicht in der Sowjetunion, sondern im Westen verbracht hatte, ohne Prozess über zwei Jahre in einer Kellerzelle.

Ihm fiel eine besondere Rolle zu: Merker war als Hauptangeklagter in einem geplanten Schauprozess vorgesehen, wie er auch in anderen sozialistischen Bruderstaaten auf Geheiß Stalins gegen führende Parteimitglieder inszeniert wurde. Sein Artikel wurde aus dem Huldigungsband herausgetrennt, der Beitrag im Inhaltsverzeichnis mit schwarzer Farbe »vertuscht«.

Seine Mitautoren Ulbricht und Pieck mochte Merkers Los an das Schicksal von Heinz Neumann erinnert haben: Bereits zwanzig Jahre zuvor, anlässlich des 50. Geburtstags des Sowjetführers, war eine Art Festschrift veröffentlicht worden, ein frühes Zeugnis deutscher Stalin-Verehrung, zu der Neumann das Vorwort beigetragen hatte. Der schmale Band war das erste im deutschen Buchhandel erschienene Werk über den sowjetischen Parteiführer und enthielt neben einer Kurzbiografie vor allem ins Deutsche übersetzte Beiträge sowjetischer Mitstreiter Stalins.[17] In seinem Vorwort erörterte Neumann, ein führender Kopf der KPD der Weimarer Jahre und Gegenspieler von Ernst Thälmann, die Suche nach einer Führergestalt, wie sie sich nach dem Ersten Weltkrieg weit über die völkischen Parteien hinaus auf nahezu alle politischen Lager erstreckt hatte. Der Chefredakteur der KPD-Parteizeitung *Die Rote Fahne* vertrat die Ansicht, die Arbeiterklasse sei »viel zu reif geworden, um irgendeinen Personenkult zu dulden. Sie glaubt an keinen Gott, keinen Kaiser und keinen Tribun. […] Aber sie weiß, dass sie *selbst* im Klassenkampf die Führer hervorbringt, erzieht, prüft und beglaubigt, deren Händen sie das Steuer der Partei, das Steuer der Revolution anvertraut.«[18] In Stalin erkannte Neumann den durch die Schöpferkraft des Proletariats geschaffenen »Führer des Weltbolschewismus«. Doch auch seine Rolle als glühender Stalin-Anhänger bewahrte Neumann nicht davor, Jahre später einer Parteisäuberung zum Opfer zu fallen. Im Moskauer Exil geriet er, ebenso wie der deutsche Herausgeber des Stalin-Bandes und zwei der sowjetischen Autoren, in die Mühlen des »Großen Terrors«. Im April 1937 wurde Neumann im Moskauer Hotel Lux von der Geheimpolizei verhaftet und wenige Monate später erschossen.

Ulbricht und Pieck hatten aus dem sowjetischen Exil ihre Lehren gezogen. Sie zeigten auch nach 1945 keinerlei Bedenken, den »Vožd'«, wie sich Stalin in der Sowjetunion seit seinem 50. Geburtstag mit dem russischen Wort für »Führer« nennen ließ, mit eben jenem in Deutschland diskreditierten Begriff zu titulieren.

Zum 70. Geburtstag widmete der Parteivorstand der SED Josef Stalin ein Bildplakat und huldigte ihm darauf als »Führer und Lehrer der Menschheit im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus«. Vorgaben wie die offiziellen Losungen[19] zum 70. Geburtstag wurden vom SED-Parteivorstand beziehungsweise später vom Zentralkomitee (ZK) beraten und von den nachgeordneten Instanzen des Propagandaapparats verbreitet. So war das »Amt für Information beim Ministerpräsidenten« (AfI)[20] für die Herausgabe von Broschüren, Plakaten und anderem Propagandamaterial zuständig und beauftragte Gebrauchsgrafiker und bildende Künstler mit dem Entwurf.

Die Abteilung Agitation und Propaganda des ZK erteilte Direktiven für die Gestaltung von Propagandaveranstaltungen und leitete die SED-eigene »Deutsche Werbe- und Anzeigengesellschaft«, kurz DEWAG, bei deren Umsetzung

an. Anlässlich von Großereignissen wie den Weltjugendspielen sorgte ein Kollektiv aus Malern und Grafikern um den künstlerischen Leiter der DEWAG für die feierliche Gestaltung des Straßenbildes.

Darüber hinaus wurde das Land mit Stalin-Devotionalien aus der Großproduktion überschwemmt. Der Sowjetführer war als »Farbiger Lichtdruck« für 20 Mark oder – deutlich billiger – in Schwarz-Weiß erhältlich. Die Bildnisse ließen sich in verschiedenen Formaten, auch als Lithografie, mit und ohne Pfeife, über den Buchhandel beziehen. Im Ostberliner »Versandhaus für Organisationsbedarf« konnten neben allerlei Propagandatand auch »Büsten maßgebender Arbeiterführer«, darunter eine 50 cm hohe Stalin-Figur »aus Alabaster-Gips, repräsentativ, getönt, Patina oder Bronze imitiert je nach Wunsch«, geordert werden.

Nicht immer aber wurde den Herrscherbildnissen die gewünschte Verehrung entgegengebracht. Die teils horrenden Haftstrafen, mit der die DDR-Justiz selbst harmlose Formen der Missachtung ahndete, zeigen, wie sehr das SED-Regime auf die Aufrechterhaltung des Bilderkultes bedacht war. In der Stasi-Unterlagenbehörde sind einige verunstaltete Stalin-Porträts erhalten geblieben, die das MfS als Beweisstücke konfisziert hatte. In einem durch Pappe verstärkten Bildnis klaffen zwei Einschusslöcher an Stalins Schläfe.[21] Als *corpus delicti* überführte es zwei Volkspolizisten, die aus Langeweile mit einem Luftgewehr auf das an der Wand hängende Bild geschossen hatten. Die beiden Gelegenheitsschützen wurden nach viermonatiger Untersuchungshaft zu der vergleichsweise milden Strafe von acht Monaten Zuchthaus verurteilt.

Die Büsten und Bilder des »Genius aller Werktätigen« wurden zu verehrungswürdigen Devotionalien erhoben. In Schulen, Jugendheimen und öffentlichen Gebäuden schmückten sie Nischen, Ecken oder Simse und schufen so den Raum für rituelle Ehrerbietungen: Vor ihnen legten Kinder und Jugendliche Blumen nieder, sangen Lieder oder sagten Gedichte auf. Pflanzendekorationen sorgten für einen weihevollen Rahmen. Ein von dem Grafiker Harald Hellmich im Auftrag des AfI entworfenes Plakat zeigt eine Bild-im-Bild-Szene, in der Junge Pioniere ein Stalin-Bildnis mit vergoldeten Blättern schmücken, und erhebt damit die Vergötterung des Übervaters selbst zum Motiv.

Das von den Jungpionieren verzierte Stalin-Bildnis, das Hellmich nutzte, beruhte auf einem zwischen 1943 und 1945 aufgenommenen Porträtfoto. Es zeigte Stalin im Halbprofil in Marschallsuniform und diente als Vorlage für eine Vielzahl von Bildvarianten, die auf Plakaten und Broschüren, in Büchern und Zeitungen, als Ölgemälde und schließlich als Briefmarkenmotiv ein regelrechtes Eigenleben zu führen begannen. Immer wieder retuschiert, abgezeichnet, koloriert und reproduziert, nimmt dieses Porträt einen besonderen Platz in der Ikonografie der Stalin-Darstellungen ein: Je nachdem, ob die Falten zwischen den Brauen betont oder geglättet wurden, änderte sich Stalins Gesichtsausdruck von streng über erhaben bis milde anmutend. Mit grauen Strähnen in Bart und Haar alterte der Abgebildete und näherte sich so dem tatsächlichen Aussehen des mittlerweile über siebzigjährigen Diktators an. Die permanente Neubearbeitung brachte geradezu ein eigenes Bildgenre hervor, in welchem

die Grenzen zwischen Fotografie, Zeichnung, Gemälde und Collage eigentümlich verschwammen. Das Amt für Information sorgte für die Verbreitung des Motivs und stellte es der Parteibasis als Vorlage für die Herstellung von Großporträts für »Sichtwerbung und Kundgebungen« zur Verfügung. Die Zeichenvorlage war in einzelne Planquadrate eingeteilt, deren Inhalt jeweils auf ein größeres Format übertragen werden konnte.

Mit den Ausdrucksformen übernahm die SED-Propaganda auch die pseudoreligiösen Anklänge der sowjetischen Feier- und Festgestaltung. Die öffentliche Präsentation von überlebensgroßen Abbildern auf den Kundgebungen etwa erinnerte an die russisch-orthodoxe Tradition der Verehrung von Ikonen.

In den Großkundgebungen der frühen 1950er Jahre mit ihren Marschkolonnen, Fahnenmeeren, Transparenten, Sprechchören und Liedern fand der von der SED adaptierte Stalin-Kult seinen sichtbarsten Ausdruck. Die Propagandaveranstaltungen bildeten gleichsam das ästhetisch-inszenatorische Gegenstück zur täglichen Repressionserfahrung der Bevölkerung und zur brutalen Unterdrückung der politischen Gegner. Neben Großporträts der SED-Troika Pieck-Grotewohl-Ulbricht sowie der Leitfiguren der deutschen Arbeiterbewegung wurden vor allem Bildnisse der Begründer des »Marxismus-Leninismus«, Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin, durch die Straßen getragen. An der Spitze aber rangierte unangefochten das Porträt Josef Stalins. Über die mitgeführten Darstellungen und skandierten Losungen bekannte sich das als Demonstrationszug in Szene gesetzte Parteivolk zu seinen Parteiführern und damit zum kommunistischen Herrschaftssystem. Die zur Schau getragene massenhafte Zustimmung diente zugleich der Selbstvergewisserung der Spitzenfunktionäre, die auf den Ehrentribünen die Ovationen der vorbeidefilierenden Festzugsteilnehmer entgegennahmen.

Rhythmisches Klatschen und Hochrufe auf die Parteiführung gehörten zu den gängigen Ritualen der Massenveranstaltungen. Beim Deutschlandtreffen der FDJ an Pfingsten 1950 huldigten mehrere Hunderttausend Teilnehmer aus der gesamten DDR dem abwesenden »besten Freund der Jugend« mit der skandierten Parole »Es lebe Stalin«. Und auch auf den internationalen Weltfestspielen der Jugend und Studenten von 1951 ertönte der Name des sowjetischen Diktators in begeisterten Sprechchören.

Je nach politischer Großwetterlage setzte die kommunistische Propaganda Stalin unterschiedlich in Szene. Den von Krieg und Nachkriegsnot gezeichneten, auf nationale Einheit hoffenden Deutschen wurde er als der bereits erwähnte »beste Freund des deutschen Volkes« präsentiert, der im Gegensatz zum Westen die friedliche Vereinigung des Landes anstrebe. Mit dem aufziehenden Kalten Krieg und verstärkt seit dem Beginn des Koreakrieges 1950 instrumentalisierte die Propaganda die Angst vor einem erneuten Weltkrieg und stilisierte Stalin zum »Führer des Weltfriedenslagers«. Um den Deutschen dieses weltumspannende Friedenslager vor Augen zu führen, wurden Delegationen internationaler kommunistischer Regime in die politischen Feiern miteinbezogen und Großbildnisse der jeweiligen Parteiführer ausgestellt. Hierzu zählten Mao Tse-tung, der Gründer der Volksrepublik China,

oder auch Nordkoreas Diktator Kim Il-sung, der in seinem Land schließlich eine stalinistische Herrscherdynastie begründete, die in der dritten Generation bis in die Gegenwart Bestand hat.

Als Vaterfigur bot Stalin nicht nur seinen jugendlichen Anhängern Identifikationsmöglichkeiten. Die Zuschreibungen, mit denen die Propagandisten Stalin immerfort bedachten, charakterisierten ihn gleichermaßen als väterlichen Freund: überlegte Entscheidungen treffend, weise, ruhig, gütig, bescheiden. Seine Bescheidenheit sollte sich auch in der schlichten Montur spiegeln, in der Stalin auf Fotos und Darstellungen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zu sehen war. Anders als der meist bürgerlich gekleidete Lenin trug Stalin seit der Zeit des Russischen Bürgerkriegs meist eine einfache, stilisierte Uniform und derbe Stiefel. Besonders wenn der Jacke die uniformtypischen Brusttaschen fehlten, erinnerte Stalins Kluft an die Arbeitskleidung eines Industrieproletariers. Erst seit dem Krieg gegen Hitler-Deutschland trat er meist in einer Uniform mit militärischen Rangabzeichen auf.

Auch den Lebensweg von Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili, wie der »Stählerne« mit bürgerlichem Namen hieß, gab die Propaganda verzerrt wieder. Die Darstellung seiner Jugend in Georgien, seiner Rolle in der russischen Revolution oder sein Werdegang vom Nachfolger Lenins zum Sieger im Zweiten Weltkrieg glich dem Skript zu einem Heldenepos. Herausgehobene Stationen der Biografie wurden in der offiziellen »Kurzen Lebensbeschreibung« kanonisiert und waren Lernstoff an Schulungsabenden für SED-Funktionäre und FDJ-Mitglieder. Das vermeintlich enge freundschaftliche Verhältnis zu Lenin und der nach dessen Tod im Jahre 1924 geleistete »Schwur«, das Vermächtnis des Revolutionärs zu erfüllen, waren fester Bestandteil der biografischen Erzählung. Stalin, präsentiert als politischer und ideologischer Schüler Lenins, sollte zum »Lenin unserer Tage« erkoren werden. Mit seinen Schriften, in denen er den Leninismus zur »Wissenschaft« erhob, rückte Josef Stalin schließlich seinerseits in die Reihe der Theoretiker des »Marxismus-Leninismus« auf. Auch in der Bildpropaganda nahm die Lehrer-Schüler-Beziehung zwischen Lenin und Stalin eine wichtige Rolle ein. Zahlreiche Darstellungen zeigen die beiden an wichtigen Wegmarken der Geschichte der Bolschewiki. Stalin wird meist als der getreue Gefährte hinter dem Revolutionsführer positioniert. Andere Abbildungen suggerieren ein Verhältnis auf Augenhöhe: Stalin übernimmt den aktiveren Part, deutet auf Pläne, macht Vorschläge; Lenin wird zum Zuhörer degradiert.

Die propagierten Charaktereigenschaften, die Nähe zu Lenin und das Narrativ der ihm zugesprochenen Taten sollten dem sowjetischen Diktator Charisma verleihen.[22] Die solchermaßen aufgebaute Idealgestalt bot die Möglichkeit zur Identifikation und diente zugleich als politisches Sinnbild: Stalin erschien als Personifikation der Kommunistischen Partei bolschewistischer Prägung und stand als »Baumeister des Sozialismus« für den von der Sowjetunion eingeschlagenen Weg. In seiner Rolle als »Wegbereiter des Kommunismus« verkörperte Stalin zudem die utopischen Zukunftserwartungen, die sich an die Idee des Kommunismus knüpften.

Besondere Faszination ging von den gigantomanischen Plänen zur Umgestaltung der Natur in der Sowjetunion aus. In völliger Verkennung der fehlenden naturräumlichen Voraussetzungen und der ökologischen Folgen planten Stalins Ingenieure Stauseen, Wasserkraftwerke und ein ausgedehntes Bewässerungssystem, um die Trockengebiete Südrusslands und Kasachstans landwirtschaftlich zu erschließen. In den kühnsten Visionen sollten gar die sibirischen Ströme wie der Ob auf ihrem Weg in das Nördliche Eismeer nach Südwesten umgeleitet werden. Einem Stausee von der Größe Großbritanniens kam die Aufgabe zu, den Wasserspiegel des Flusses um sechzig Meter anzuheben und so die Umkehrung der Fließrichtung zu bewirken. Die Wasserscheide zwischen dem nördlichen und dem südlichen Flusssystem sollte »gesprengt und von einem 935 km langen Kanal durchzogen werden, der die längste künstliche Wasserstraße der Erde sein wird«, wie die *Friedenspost*, die Wochenzeitung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, ihren Lesern verkündete. »Er wird das neue Bett des Ob sein, der nun zum Aral-See seinen Weg nimmt, so, als führten wir die Elbe künftig zum Schwarzen Meer.«[23]

Eine an Stalins 72. Geburtstag in Ostberlin eröffnete Ausstellung zielte darauf ab, diese und andere »Großbauten des Kommunismus« auch in Deutschland populär machen. Das im Original von sowjetischen Grafikern gestaltete Ausstellungsplakat[24] zeigt eine bis an den Horizont reichende Menschenmasse. Durch die im Bildvordergrund stehenden Personen verschiedener ethnischer Herkunft lässt sich die Menge als Sinnbild für die Völker der Sowjetunion deuten. Am Horizont zeichnen sich linker Hand die neuen Turmhochhäuser Moskaus ab, von rechts durchziehen Hochspannungsleitungen das weite Land. Den Bildhintergrund füllt eine Karte der riesigen Bewässerungsgebiete. Stalin wird als zentrale, den Bildmittelpunkt bestimmende Figur am Rednerpult dargestellt. Dozierend mit erhobenem Arm und gerecktem Zeigefinger, erscheint er wie der Urheber des dargestellten Kraftaktes.

Die zugrunde liegende Fotoaufnahme von Stalin war bereits im Jahr 1935 anlässlich der Inbetriebnahme der Moskauer Metro entstanden, eines weiteren sowjetischen Prestigeprojekts. Dieses Foto gehört zu den seltenen Aufnahmen, die den Sowjetführer in einer energischen Pose zeigen. Das Bild hatte daher längst Eingang in die Stalin-Ikonografie gefunden, auch wenn in den verschiedenen Motivvarianten die gedrungene Gestalt Stalins stets schmeichelhaft gestreckt wurde.

Einen Ersatz für den Mangel an einprägsamen Fotografien des Redners Stalin bot das Ölgemälde des sowjetischen Künstlers Alexander Gerassimow, eines führenden Vertreters des Sozialistischen Realismus. Gerassimow malte Stalin 1939 als Vortragenden auf dem XVIII. Parteitag KPdSU.[25]

In stark idealisierter Darstellung zeigt das Bild den Parteiführer in Frontalansicht. Durch seine Mimik und die einladende Geste scheint Stalin an den Betrachter zu appellieren. Vor ihm liegt das lose Redemanuskript, die linke Hand ruht auf einem Bündel von Dokumenten. Bei dem danebenliegenden, rot eingeschlagenen Buch kann es sich nur um eine Schrift Lenins handeln. Der Rotstift, der aus den Seiten hervorschaut, legt nahe, dass die Schrift gründlich

durchgearbeitet wurde. Buch und Dokumente scheinen die Grundlage von Stalins Ausführungen zu bilden.

Eine nochmalige ikonografische Verdichtung erfuhr Gerassimows Parteitagsredner 13 Jahre später. In der von der Abteilung Agitation des ZK der SED herausgegebenen Plakatversion warb die gleiche Figur nun für den XIX. Parteitag der KPdSU im Oktober 1952. Die untere Hälfte des Plakats enthält eine Ergebenheitsadresse der SED an die sowjetische Staatspartei, ihrer »großen Lehrmeisterin«. Der Name des Abgebildeten wird nicht genannt, Stalin erscheint als die personifizierte Partei. Um ihn herum sind noch einmal die Zukunftsträume drapiert, die in den verschiedenen Propagandakampagnen im Zusammenhang mit der Sowjetunion eingeführt worden waren. Auf dem Rednerpult befindet sich eine große Karte, die ebenso wie der Plakathintergrund auf die visionären Bewässerungsprojekte verweist. Das abgebildete Turmhochhaus der Moskauer Lomonossow-Universität symbolisiert die städtebaulich-architektonische Utopie des Stalinismus. Dass all dies im Geiste Lenins vollzogen werden sollte und zugleich auf »wissenschaftlicher« Grundlage beruhte, versinnbildlicht wiederum das rote Buch. Der Dokumentenstapel unter Stalins Hand ist gegenüber dem Gemälde von 1939 noch einmal angewachsen. Er lässt sich als Plan interpretieren, den der »Genius« für eine menschheitsbeglückende Zukunft bereithielt.

Der Tod des sowjetischen Diktators am 5. März des Jahres 1953 bescherte der DDR den letzten Höhepunkt eines sich überschlagenden Personenkultes. Am Ostberliner Stalin-Denkmal defilierten Tausende von Trauernden vorbei und legten Blumen nieder. Stalin-Porträts wurden mit einem Trauerflor versehen. Neben den im öffentlichen Raum aufgestellten Büsten wurden bewaffnete Ehrenwachen postiert.

Unter den bald erfolgenden Namensgebungen und Umbenennungen war jene der Wohnstadt beim Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) besonders symbolträchtig. Die im Architekturstil des Sowjetischen Klassizismus geplante sozialistische Musterstadt an der Oder hatte eigentlich nach Karl Marx benannt werden sollen, dessen Todestag sich am 14. März 1953 zum 70. Mal jährte. Nun aber sollte ihr der Name Stalins gebühren. In den meisten anderen sowjetischen Satellitenstaaten Osteuropas gab es bereits Städte, die in der jeweiligen Landessprache »Stalinstadt« hießen.

Bis zum Tod des Sowjetführers waren dies Sztálinváros, die neue Arbeitersiedlung des Eisenhüttenkombinats bei Dunapentele an der ungarischen Donau, Oraşul Stalin in Rumänien (das siebenbürgische Kronstadt) sowie Qyteti Stalin (das heutige Kuçova) in Albanien. Die Volksrepublik Polen zog wie die DDR erst 1953 nach und gab der Stadt Katowice (Kattowitz) den Namen Stalinogród. Allein das bulgarische Varna am Schwarzen Meer war bereits 1949 schlicht in »Stalin« umbenannt worden.

Am 17. Juni 1953 entlud sich in der DDR der Unmut über das stalinistische Herrschaftssystem. Die rasche Niederschlagung der Erhebung durch sowjetische Truppen verhinderte, dass es in Ostberlin zu Bildern kam, wie sie drei Jahre später in Budapest zu sehen waren: Während des Ungarnaufstandes

1956 malträtierte die aufgebrachte Bevölkerung das gestürzte Stalin-Denkmal und pflanzte dem abgetrennten Kopf zum Hohn Verkehrsschilder auf.

Zunächst aber weckte die neue Welle des Stalin-Kultes nach dem Tod des Diktators den Bedarf an weiteren Denkmälern. Noch zu Stalins Lebzeiten, an seinem 73. Geburtstag, hatte die Stadt Leipzig ein Bronzedenkmal erhalten, das zunächst in einer Messehalle stand, anlässlich der Trauerfeierlichkeiten aber auf dem innerstädtischen Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz) aufgestellt wurde. Die Figur war ein in Schöneiche bei Berlin gefertigter Abguss der Ostberliner Statue von Tomski. Die erste Stalin-Statue aus deutscher Hand gestaltete der Bildhauer Johannes Friedrich Rogge. Er schuf ein Standbild, das die Stahlarbeiter der Stadt Riesa im Bezirk Dresden auf Vorschlag der SED-Kreisleitung »freiwillig« über Spenden finanziert hatten. Rogge, der in der NS-Zeit auch Büsten von Hitler und anderen Nazigrößen gefertigt hatte, stellte den »Stählernen« huldvoll winkend dar. Die Enthüllung fand am 4. März 1954 statt, einen Tag vor dem ersten Todestag des Sowjetführers. Am Tag darauf wurde dann in Gera eine Kolossalbüste eingeweiht, und eine weitere in Burg bei Magdeburg zum Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1954.

Ein Jahr später, zum 10. Jahrestag des Kriegsendes, wurde die überlebensgroße Büste des Dresdner Bildhauers Otto Winkler in Freiberg/Sachsen enthüllt. Sie thronte auf einem Sockel, der mit Zitaten des sowjetischen Diktators versehen war. Winklers Entwurf krönte auch das ebenfalls mit längeren Zitaten verzierte Monument in Hettstedt (Bezirk Halle), das im Dezember des gleichen Jahres zu Stalins Geburtstag eingeweiht wurde.

Nur wenige Wochen später, im Februar 1956, berichtete Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow in seiner Geheimrede auf dem XX. Parteitag der KPdSU erstmals über Stalins Verbrechen und benannte die Auswüchse des Personenkultes. Im SED-Staat blieb eine offizielle Entstalinisierung jedoch zunächst aus und setzte erst 1961, nach dem XXII. Parteitag der KPdSU, ein. Nun wurden beispielsweise die Um- beziehungsweise Neubenennungen rückgängig gemacht. Doch zum offenen Bildersturm kam es auch jetzt nicht. Wie landesweit die anderen Stalin-Monumente wurde auch die Berliner Statue heimlich demontiert: Zehn Jahre nach seiner Errichtung wurde Tomskis Bronze-Stalin in einer Nacht-und-Nebel-Aktion vom 13. auf den 14. November 1961 vom Sockel geholt und von einer Baubrigade mit Pressluftmeißeln bis zur Unkenntlichkeit in seine Einzelteile zerlegt. Jahre später durfte Tomski einen weiteren Großauftrag ausführen. Er entwarf die 19 Meter hohe Lenin-Statue, die 1970 auf dem Leninplatz errichtet wurde, wenige Hundert Meter von der in Karl-Marx-Allee umbenannten Stalinallee entfernt. Auch dieses Monument wurde von Walter Ulbricht eingeweiht und überdauerte die DDR zunächst. Doch am 13. November 1991 – genau dreißig Jahre nach der nächtlichen Aktion an der Stalinallee – wurde der kolossale Lenin-Schädel im Rahmen der Abrissarbeiten abgetrennt. Seit 2016 ist der steinerne Kopf in der Berliner Ausstellung »Enthüllt. Berlin und seine Denkmäler« zu besichtigen. Die Bronzestücke der Stalin-Statue wurden eingeschmolzen – und feierten, wie es heißt, Auferstehung als Tierplastiken im Ostberliner Tierpark.

1 Vgl. BArch DC 20/3883, S. 40–48; BArch DH 1/43638, unpaginiert. Hersteller war die Bildgießerei Monumentalskulptura. In verschiedenen Städten der Sowjetunion wie Taschkent, Rostow am Don oder Simferopol auf der Krim wurden ebenfalls Abgüsse des Standbildes errichtet. Eine Kopie der Statue stand auch in Ulan Bator in der Mongolischen Volksrepublik.
2 Telegramm Ulbricht an den Chef der Diplomatischen Mission der DDR Rudolf Appelt, BArch DC 20/3883, S. 47.
3 Schreiben Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Walter Ulbricht, Betr. Stalinstatue für Berlin vom 24.7.1951, gez. Florin, BArch DC 20/3883, S. 48.
4 BArch DC 20/3883, S. 40ff.
5 Vgl. die joviale Geste des sowjetischen Lenin-Standbilds in Eisleben.
6 BArch DY 30 IV 2/2/160, S. 4.
7 Im sowjetischen Pavillon der Leipziger Messe war bereits 1950 ein anderer Tomski-Entwurf ausgestellt worden. Es handelte sich um die Gipskopie der Stalin-Statue vom Baltischen Bahnhof in Leningrad. Im darauffolgenden Sommer konnten selbst die Besucher der Ausstellung »Die SED, der Vortrupp des deutschen Volkes« eine überlebensgroße Figur des sowjetischen Parteiführers bestaunen. Und auch zu Lenins 28. Todestag im Januar 1952 war ein Stalin aus Alabaster-Gips im Ostberliner Friedrichstadt-Palast zu sehen, ebenso zum Todestag im folgenden Jahr.
8 So etwa in Leipzig anlässlich des IV. Parlaments der FDJ im Mai 1952 oder auf einer Landwirtschaftsmesse in Markkleeberg bei Leipzig im Sommer des gleichen Jahres.
9 Zu den Hinterlassenschaften des »Dritten Reichs« zählten zwar Büsten, aber keine Statuen des »Führers«, die nach Kriegsende symbolträchtig hätten gestürzt werden können.
10 Zur Genealogie des Personenkultes in Deutschland vergl. Jan Plamper: »The Hitlers Come and Go...,« the Führer Stays: Stalin's Cult in East Germany, in: Ders./Klaus Heller (Hg.): Personality Cults in Stalinism. Personenkulte im Stalinismus, Göttingen 2004.
11 Die Zeichnung von B. Karpow ist ein besonders häufig verwendetes Motiv jener Jahre. Es ist u.a. auch auf Fotografien aus einem Gerichtssaal der gefürchteten Sowjetischen Militärtribunale zu sehen. Karpows Stalin prangte im Großformat hinter dem dreiköpfigen Tribunal, vor dem Angeklagte Aufstellung nehmen mussten.
12 BArch NY4036/694, S. 1–20, hier S. 20.
13 Der Film wurde schon wenige Tage später im Rahmen einer Matinee in der Berliner Staatsoper aufgeführt.
14 Darunter auch »Lenin 1918«, in dem Stalin ebenfalls als Schüler und politischer Erbe Lenins inszeniert wurde.
15 Zum Ablauf der Reise nach Moskau vgl. Norman Naimark: Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997, S. 378f.
16 Unserem Freund und Lehrer J. W. Stalin zum siebzigsten Geburtstag, Berlin 1949.
17 Paul Dietrich (Hg.): J. W. Stalin, Hamburg 1930; vgl. Deutsches Bücherverzeichnis, Bd. 14, 1926 bis 1930, Leipzig 1932. Die erste ins Deutsche übersetzte und im deutschen Buchhandel erhältliche Schrift Stalins erschien 1924 mit einem von John Heartfield gestalteten Cover unter dem Titel »Fragen und Antworten«.
18 Paul Dietrich (Hg.): J. W. Stalin, S. 3f., Hervorhebung im Original.
19 BArch DY 30 IV 2/2/59 (Anlage Nr. 6) unpag.
20 Das AfI wurde von Gerhard Eisler geleitet, dem Bruder des Komponisten der DDR-Hymne. Beider Schwester war die in der offiziellen SED-Parteihistorie verfemte Ruth Fischer, die Anführerin des ultralinken Flügels der Weimarer KPD, eine erklärte Gegnerin von Thälmann und Stalin.
21 BStU MfS AU 394/53, Bd. 2, Bl. 73.
22 Zur charismatischen Herrschaft vgl. Max Weber: Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, in: Ders.: Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik, hrsg. von Johannes Winckelmann, Stuttgart 1973, S. 151–166.
23 *Friedenspost. Das Wochenblatt für Jedermann,* 1. Jahrgang, Nr. 5, 30. Oktober 1949, S. 5.
24 Vgl. Klaus Gestwa: Die Stalinschen Großbauten des Kommunismus. Sowjetische Technik- und Umweltgeschichte, 1948–1967, München 2010, S. 278.
25 Von diesem wie auch anderen sowjetischen Stalin-Gemälden wurden Kopien gefertigt und in der DDR ausgestellt. Eine Kopie des Gerassimow-Bildes befand sich beispielsweise im Museum für Deutsche Geschichte in Berlin.

1 2 5 6

3 4 7 8

Stalin-Plakate in der frühen DDR

1 Zu Stalins 70. Geburtstag vom Parteivorstand der SED herausgegeben, 1949.
2 Vom Amt für Information des Landes Thüringen, um 1950.

3 Im Auftrag des Amts für Information der DDR, um 1951.
4 Vom Parteivorstand der SED zum III. Parteitag, 1950.
5 Für die Landesleitung der SED in Sachsen gestaltet von Wilhelm Schubert-Hellerau, 1950.
6 Vom Amt für Information des Landes Brandenburg, um 1951.
7 Von der Abteilung Propaganda der SED-Landtagsleitung Sachsen, 1950.
8 Im Auftrag des Amts für Information, Berlin, 1951.

Seiten 144/145 Kundgebung, Berliner Marx-Engels-Platz, III. Weltjugendfestspiele, 1951.

Es lebe der grosse Stalin, der den Völkern
den Weg zum Frieden weist!

PEACE PAX

1 **2** **3** **4**

5 **6** **7**

1 Delegation der Weltjugendspiele, 1951.
2 Fotografie, ohne Jahr.

3 Motiv nach dem Ölgemälde des sowjetischen Künstlers Alexander Laktionow, ohne Jahr.
4 Motivvariante, ohne Jahr.
5 Teilnehmer der Weltjugendspiele vor dem Berliner Dom, 1951.
6 Vom Amt für Information der Regierung der DDR herausgegebenes Plakat, 1952.
7 Plakat des Zentralrats der FDJ (Nachdruck eines sowjetischen Plakats), 1950.

1 **2** **3** **4**

5 **6** **7**

Vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sichergestellte Beweismittel

1 Mit „Mörder“ beschriftetes Stalin-Foto einer Wandzeitung, 1952.
2 Stalin-Porträt mit Einschusslöchern aus einem Luftgewehr, 1953.
3 Mit Ruß beschmiertes Porträt aus einer Betriebskantine in Gotha, 1949.

4 Von zwei Volkspolizisten für Schießübungen benutztes Stalin-Porträt mit markierten Einschusslöchern, 1952.
5 Mit Buntstift verunstaltetes Bild der Wandzeitung eines Lebensmittelladens, 1952.
6 Durch die Messerwürfe eines Berliner Volkspolizisten beschädigtes Stalin-Bild, 1954.
7 Von einer jungen Frau malträtierte Abbildung in einer Zeitschrift, 1951.

1 2 3 4 5

1 FDJ-Lehrmaterial mit Prawda-Artikeln sowjetischer Partei- und Staatsfunktionäre über Stalin, 1950.
2 Teilnehmerin einer Mai-Kundgebung mit Stalin-Werk „Fragen des Leninismus“, 1953.
3 Von der Massenorganisation „Demokratischer Frauenbund Deutschlands“ (DFD) herausgegebene Illustrierte, 1952.

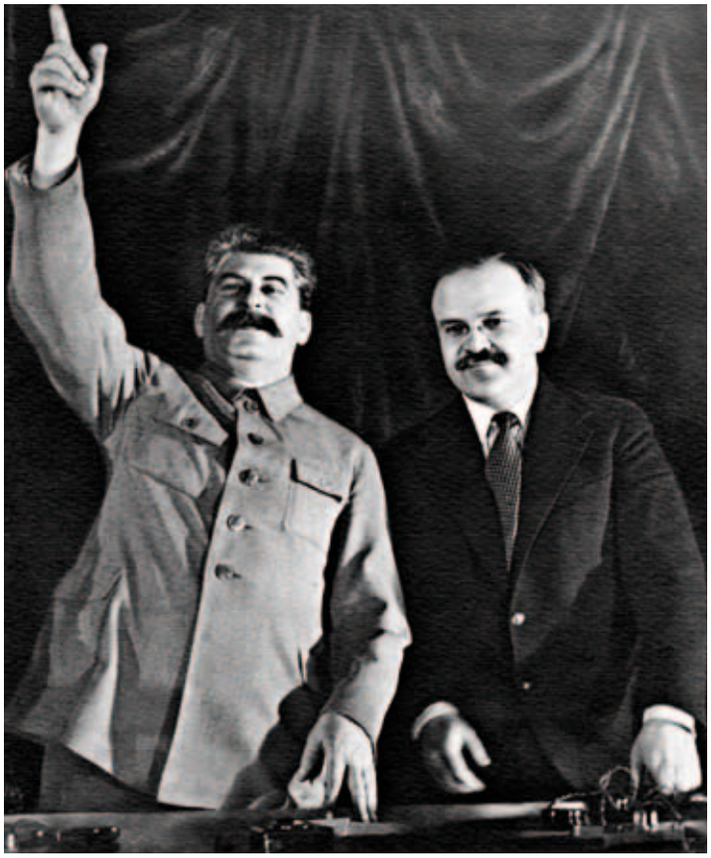
4 Stalin auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU (Kopie des Ölgemäldes von Alexander Gerassimow), ohne Jahr.
5 Plakat der Abteilung Agitation des ZK der SED zum XIX. Parteitag der KPdSU, 1952.

1 2 3 4

5

1 Während des IV. Parlaments der FDJ in Leipzig aufgestellte Stalin-Statue aus Gips, 1952.
2 Gipsstatue Stalins auf dem Berliner Boulevard „Unter den Linden“, 1953.
3 Stalin-Statue im sowjetischen Pavillon auf der Leipziger Frühjahrsmesse, 1951.
4 Ausstellung der Sowjetunion im Gebäude des Finanzministeriums der DDR am Werderschen Markt anlässlich der Weltjugendspiele in Berlin, 1951.
5 Doppelfigur von Lenin und Stalin aus Alabaster-Gips auf der Leipziger Herbstmesse, 1954.

ПОД ЗНАМЕНЕМ ЛЕНИНА,
ПОД ВОДИТЕЛЬСТВОМ СТАЛИНА-
ВПЕРЕД К ПОБЕДЕ КОММУНИЗМА!
UNTER DEM BANNER LENINS, UNTER DER FÜHRUNG STALINS-
VORWÄRTS ZUM SIEGE DES KOMMUNISMUS!
UNDER THE BANNER OF LENIN
UNDER THE LEADERSHIP OF STALIN
FORWARD TO THE VICTORY
OF COMMUNISM!
SOUS LE DRAPEAU DE LÉNINE,
SOUS LA CONDUITE DE STALINE -
EN AVANT VERS LA VICTOIRE
DU COMMUNISME!



1 2 3

1 Festakt des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD) zum 70. Geburtstag Stalins, 1949.
2 Josef Stalin und Wjatscheslaw Molotow bei der Eröffnung der Moskauer Metro, 1935.
3 Plakat zur Ausstellung „Großbauten des Kommunismus“, 1952.

GROSSBAUTEN
DES KOMMUNISMUS
SÜD-KRIMSCHER KANAL
NORD-KRIM-KANAL
WOLGA-DON-KANAL
TURKMENISCHER HAUPTKANAL
AUSSTELLUNG
LEIPZIG – GRASSI – MUSEUM
AB 24. 5. 52 TÄGL. GEÖFFNET VON 9-20 UHR · EINTRITT FREI
VERANSTALTER: AMT FÜR INFORMATION DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

1 **2** **3** **4**

5 **6**

Stalin-Denkmäler

1 Riesa (Bezirk Dresden), 1954.
2 Auf dem Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz) in Leipzig, 1953.
3 Gera, 1954.
4 Hettstedt (Bezirk Halle), 1955.
5 Burg (Bezirk Magdeburg), 1954.
6 Freiberg (Bezirk Karl-Marx-Stadt), um 1956.

STALIN

Entstalinisierung

DEL DER ZEIT

Hubertus Knabe

Stalins langer Schatten

Für die kommunistische Welt war es, als hätte plötzlich die Sonne zu scheinen aufgehört: Als am 5. März 1953 der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) nach einem Schlaganfall starb, überbot sich die Propaganda mit Superlativen, die den Verlust des „größten Sohns der Arbeiterklasse“ beklagten. „Das Herz des größten Menschen unserer Epoche, des Genossen J. W. Stalin, hat aufgehört zu schlagen“, lautete die Schlagzeile im Zentralorgan der SED *Neues Deutschland*, darunter ein Foto, das mehr als die Hälfte der Zeitungsseite in Anspruch nahm.[1] Aus den Radioapparaten ergoss sich tagelang ein Strom trauervoller Kommuniqués und tragischer Musik. Die Schulen in der DDR blieben eine ganze Woche geschlossen. In ihrem Beileidstelegramm erklärte die SED: „Mit Josef Wissarionowitsch Stalin ist der große Wissenschaftler des Marxismus-Leninismus, der weise Führer der Werktätigen im Kampfe um den Sozialismus, der geniale Feldherr des Großen Vaterländischen Krieges des Sowjetvolkes, der überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Friedens in der Welt dahingegangen.“[2]

Das Ableben des Diktators bedeutete für das gesamte kommunistische Lager eine einschneidende Zäsur. Im Politbüro der KPdSU kam es zu erbarmungslosen Diadochenkämpfen, in deren Folge Stalins langjähriger Geheimdienstchef Lawrenti Beria verhaftet und erschossen wurde. Seine Nachlassverwalter sahen sich mit massiven politischen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert, auf die sie mit einer deutlichen Abmilderung des Terrors reagierten. Bereits drei Wochen nach Stalins Tod wurden gut eine

Ehrenwache vor einer Stalin-Büste in Leipzig, 1953.

Million der 2,5 Millionen GULAG-Häftlinge in der Sowjetunion amnestiert; in mehreren Lagern kam es sogar zu Aufständen. In Ungarn musste der stalinistische Parteichef Mátyás Rákosi das Amt des Ministerpräsidenten an den Reformer Imre Nagy abgeben. Auch die DDR-Führung wurde im Juni 1953 zu einem „Neuen Kurs“ gezwungen. Zu weiteren folgenreichen Umwälzungen kam es nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, auf dem der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow erstmals Stalins Verbrechen anprangerte. In der Sowjetunion wurden daraufhin Hunderttausende GULAG-Häftlinge förmlich rehabilitiert. In Polen kam nach heftigen Unruhen mit Władysław Gomułka ein Opfer der stalinistischen Verfolgungen an die Macht, in Ungarn entbrannte ein Volksaufstand. Schließlich kam es zum offenen Konflikt zwischen China und der Sowjetunion, sodass sich die kommunistische Welt in zwei Lager spaltete.

In der DDR schien Stalins Tod allerdings zunächst gar keine Veränderungen auszulösen. Das Politbüro der SED und insbesondere Walter Ulbricht agierten weiter, als wäre nichts geschehen; sie verschärften sogar noch den stalinistischen Kurs. So zeichnete Ulbricht entsprechend dem paranoiden Weltbild Stalins auf einer Sitzung des erweiterten Politbüros Ende März 1953 das Bild einer totalen Unterwanderung der DDR-Wirtschaft durch Agenten und Saboteure.[3] Auch im Mai hielt es das Zentralkomitee für geboten, „die gesamte Partei und alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik ernsthaft darauf hinzuweisen, dass der Weg zum Sozialismus ein harter Kampf gegen die verzweifelten Versuche des Klassenfeindes ist, das alte fluchbeladene System des Kapitalismus wiederherzustellen“. Das Charakteristische der aktuellen Situation in der DDR bestünde darin, dass „der Klassenkampf sich verschärft“ – im Sprachgebrauch der SED bedeutete dies, dass noch mehr Repression nötig sei.[4]

Bei der sowjetischen Besatzungsmacht in Deutschland zeichneten sich nach Stalins Tod hingegen sehr rasch Veränderungen ab. Im April 1953 bekam die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) den Auftrag, für die Parteispitze Vorschläge zum weiteren Vorgehen in der DDR zu erarbeiten. Wenig später verabschiedete der Ministerrat ein umfangreiches Dokument, das einen grundlegenden Kurswechsel empfahl.[5] Dank ihrer offiziellen wie inoffiziellen Kanäle verfügte die Sowjetunion über ein realistisches Lagebild und sah in der DDR eine massive Krise heraufziehen. Vor allem die Massenflucht unzufriedener DDR-Bürger in den Westen bereitete der sowjetischen Führung Kopfzerbrechen. Die übereilte Schaffung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) hätte zu ernsten Versorgungsschwierigkeiten und einem starken Kursverfall der Mark geführt. Die Produktion von Konsumgütern sollte deshalb deutlich ausgeweitet und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gesichert werden. Die harte Repression sollte abgemildert und die ohne ausreichende Gründe Inhaftierten sollten freigelassen werden.

Anfang Juni 1953 zitierten Stalins Nachfolger die SED-Spitze dann zu einer geheimen Reise nach Moskau. Parteichef Walter Ulbricht, Ministerpräsident Otto Grotewohl und Propagandachef Fred Oelßner bekamen das sowjetische Dokument Wort für Wort vorgelesen. Wie Schüler mussten sie anschließend

eine zustimmende Stellungnahme verfassen – die der sowjetischen Führung jedoch nicht ausreichte, sodass Beria das Papier Ulbricht wütend über den Tisch hinweg zuwarf und eine Überarbeitung verlangte.[6] Noch in Moskau veranlassten Ulbricht und Grotewohl eine Entschließung des SED-Politbüros, die einen grundlegenden Kurswechsel verkündete. Nach ihrer Rückkehr in die DDR verlangte der Hohe Kommissar der Sowjetunion, Wladimir Semjonow, unverzüglich ein entsprechendes Kommuniqué zu veröffentlichen. Als ein Politbüromitglied um 14 Tage Aufschub bat, erwiderte er: „In 14 Tagen werden Sie vielleicht schon keinen Staat mehr haben."[7]

Die Verkündung des „Neuen Kurses" am 11. Juni 1953 im Parteiorgan *Neues Deutschland* bewirkte allerdings das genaue Gegenteil dessen, was die Sowjetunion erreichen wollte. Erstmals hatte die SED-Spitze, die sich sonst immer als unfehlbar darstellte, Fehler eingestanden. Gleichzeitig ließen die geplanten Erleichterungen ausgerechnet die Arbeiter außen vor, denen kurz zuvor eine zehnprozentige Erhöhung der Arbeitsnormen abverlangt worden war. Am 16. Juni kam es deshalb in Ostberlin zu einer Demonstration von Bauarbeitern der Großbaustelle an der Stalinallee, der sich Tausende Passanten anschlossen. Da weder Ulbricht noch Grotewohl mit ihnen sprechen wollten, riefen sie für den nächsten Tag zum Generalstreik auf. In der gesamten DDR traten Hunderttausende Arbeiter in den Streik und zogen in mächtigen Demonstrationszügen durch Berlin und weitere Städte.

In nur wenigen Stunden entwickelten sich die Proteste am 17. Juni 1953 zu einer Abrechnung mit dem Stalinismus. Die Demonstranten forderten jetzt nicht mehr nur die Rücknahme der Normenerhöhung, sondern auch den Rücktritt der Regierung, freie Wahlen und die Einheit Deutschlands. In vielen Städten rissen sie entlang der Marschrouten Stalin-Bilder und Propagandalosungen herunter. Da sich diese meist an Gebäuden des Staats- und Parteiapparates befanden, drangen die Demonstranten oft in diese ein und besetzten sie kurzerhand. Sogar Gefängnisse wurden gestürmt, um die dort inhaftierten politischen Gefangenen zu befreien. Ein Zeitzeuge erinnerte sich später, wie am Stadtpark von Halle Demonstranten ein überdimensionales Stalin-Bild umstürzten: „Unter tosendem Beifall krachte das Bildnis mitten auf den Platz und Tausende Füße stampften darüber. Meine Mutter drückte mich fest an sich und Freudentränen rannen wie ein Wasserfall über ihre Wangen."[8]

Noch am Nachmittag des 17. Juni 1953 wurde der Aufstand von sowjetischen Truppen niedergeschlagen. Über weite Gebiete der DDR verhängte die Besatzungsmacht den Ausnahmezustand, Tausende kamen in Haft. Allerdings war die Mehrheit des SED-Politbüros der Meinung, dass für den zutage getretenen Unmut der Bevölkerung in erster Linie die Politik Walter Ulbrichts verantwortlich sei, dessen Rücktritt sie deshalb forderten. Geschickt manövrierte dieser jedoch seine Gegner aus und nutzte die Verhaftung Berias, um zum Gegenangriff überzugehen. Als Erstes wurde Justizminister Max Fechner festgenommen, der mit Blick auf den Aufstand im *Neuen Deutschland* erklärt hatte, dass in der DDR das Streikrecht „verfassungsmäßig garantiert" sei;[9] er verschwand für zwei Jahre in der Untersuchungshaftanstalt

des Staatssicherheitsdienstes in Berlin-Hohenschönhausen. Ende Juli lenkte Ulbricht dann die Kritik an seiner Person auf die Politbüromitglieder Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt um, die im Zusammenspiel mit Beria eine „parteifeindliche Fraktion“ gebildet und durch eine „kapitulantenhafte Politik“ beinahe eine „Restaurierung des Kapitalismus“ in der DDR bewirkt hätten.[10] Das Zentralkomitee der SED folgte ihm – mit der Folge, dass Ulbricht weitere 18 Jahre im Amt blieb und in dieser Zeit jede offene Kritik am Stalinismus unterdrückte.

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass der Personenkult um Josef Stalin auch nach dessen Tod anhielt. Vor allem sein erster Todestag wurde mit dem auch zuvor üblichen Pomp begangen. Schon im Februar 1954 beschloss das SED-Politbüro „Maßnahmen zum einjährigen Todestag des Genossen J. W. Stalin“. Die Parteiorganisationen sollten die „Roten Ecken“, die in allen Betrieben an Stalin erinnerten, angemessen ausrichten. Die DDR-Post gab eine Sonderbriefmarke mit dem Konterfei Stalins heraus. In Gera, Riesa und weiteren Städten wurden neue Stalin-Denkmäler errichtet. Und das *Neue Deutschland* schrieb an Stalins erstem Todestag: „Einer der Großen der Menschheit schied von uns. Trauer senkte sich auf die Millionen und aber Millionen aller Länder, die Arbeiter, die Bauern, die ausgebeuteten Kolonialsklaven, denen Stalin jahrzehntelang geliebter und verehrter Lehrer und Führer war, Bannerträger der unbesiegbaren Ideen von Marx, Engels und Lenin.“[11]

Eine vorsichtige Abkehr vom Stalin-Kult läutete erst der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 ein. Am letzten Tag des Konvents berichtete Chruschtschow hinter verschlossenen Türen fünf Stunden lang „Über den Personenkult und seine Folgen“.[12] Wenig später entschied er, die wesentlichen Inhalte seiner geheimen Rede allen Parteimitgliedern schriftlich zugänglich zu machen. Es ist anzunehmen, dass Walter Ulbricht und Erich Honecker, die beide am öffentlichen Teil des XX. Parteitages teilnahmen, bereits in Moskau von Chruschtschows Enthüllungen gehört haben. Zurück in Ostberlin erklärte Ulbricht zu Stalins drittem Todestag im *Neuen Deutschland*, dass dieser nicht zu den Klassikern des Marxismus gezählt werden könne.[13] Es blieb seine einzige halbwegs distanzierende Äußerung zu Stalin. Dies änderte sich auch nicht, nachdem der Sender Freies Berlin und andere Medien Ende Juni 1956 die wichtigsten Auszüge der Rede veröffentlichten.

Stalins Entthronung durch Chruschtschow löste allerdings in der ganzen kommunistischen Welt tiefe Erschütterung aus. Nicht nur in Polen und Ungarn, sondern auch in der DDR bildeten sich informelle Gruppen marxistischer Intellektueller, die eine Demokratisierung des Sozialismus anstrebten. Für den Ostberliner Sonntagskreis formulierte der Philosoph Wolfgang Harich eine programmatische „Plattform für den besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, die in der Parteizeitschrift *Einheit* veröffentlicht werden sollte. Zu ihren wichtigsten Forderungen gehörten die Ablösung Ulbrichts, die Durchführung freier Wahlen, die Gewährleistung der Meinungsfreiheit und die volle Souveränität der DDR.[14]

Mit sowjetischer Rückendeckung ließ Ulbricht seine Kritiker verhaften. Neben Harich wurde im Dezember 1956 auch der damalige Leiter des

Aufbau-Verlages, Walter Janka, festgenommen. Über seine Einlieferung in das Zentralgefängnis des Staatssicherheitsdienstes in Berlin-Hohenschönhausen berichtete er in seinen Erinnerungen: „In einer geräumigen Halle, von der Türen und Gänge abgingen, musste ich stehenbleiben. Sie war hell ausgeleuchtet. An der Wand hing ein überdimensionales Stalinbild. Nie zuvor hatte ich einen solchen Stalin gesehen. Seit drei Jahren tot, wegen zügellosen Terrors von Chruschtschow verdammt, hatte er an dieser Wand noch immer seinen Platz.“[15] Janka, Harich und fünf weitere Mitglieder des Kreises wurden in zwei Schauprozessen vom Obersten Gericht der DDR wegen „Bildung einer konterrevolutionären Gruppe“ zu Zuchthausstrafen von zwei bis zehn Jahren verurteilt.

Zu einer öffentlich sichtbaren Distanzierung von Stalin kam es in der DDR erst 1961 – acht Jahre nach dessen Tod. Wie so oft folgte die SED dabei der Sowjetunion. Im Oktober 1961 hatte der XXII. Parteitag der KPdSU beschlossen, Stalins Leichnam aus dem Mausoleum am Roten Platz zu entfernen und an der Kremlmauer beizusetzen. Am 7. November 1961 wurde zudem die Stadt Stalingrad in Wolgograd umbenannt. Noch am selben Tag beschloss das Politbüro der SED, auch das Ostberliner Stalin-Denkmal zu beseitigen. In der Nacht vom 13. zum 14. November 1961 wurde die Statue heimlich abgebaut, auch die Straßenschilder der Stalinallee wurden ausgetauscht. Die Stadt Stalinstadt wurde in Eisenhüttenstadt umbenannt, was die SED durch deren Zusammenlegung mit der Stadt Fürstenberg (Oder) kaschierte.[16] Aus den Bibliotheken und Buchläden der DDR ließ die SED alle Werke entfernen, in denen der Personenkult um Stalin zum Ausdruck kam.

Danach senkte sich in der DDR über das Thema Stalin tiefes Schweigen. Noch 1981 fand Erich Honecker in seinen Erinnerungen kein einziges kritisches Wort zum sowjetischen Diktator, der Tausende seiner KPD-Genossen hatte ermorden lassen. Erst unter dem Einfluss von „Glasnost“ und „Perestroika“ in der Sowjetunion kamen Stalins Verbrechen Ende der 1980er Jahre zum ersten Mal offiziell zur Sprache. In der deutschsprachigen sowjetischen Zeitschrift *Sputnik* erschienen damals mehrfach kritische Artikel über die Zeit des Stalinismus – bis die SED-Führung ihren Vertrieb wegen eines unerwünschten Beitrags zum Hitler-Stalin-Pakt im Oktober 1988 untersagte. Genussvoll druckte allerdings jetzt das in der Ostberliner Zionskirche hergestellte Oppositionsblatt *Umweltblätter* die wichtigsten Beiträge daraus nach.

Im Herbst 1989 veröffentlichte Walter Janka dann sein autobiografisches Buch „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“, in dem er erstmals ausführlich über seinen Schauprozess berichtete. Es durfte zwar nur im Westen erscheinen, doch am 28. Oktober 1989 – zehn Tage nach der Absetzung Erich Honeckers – fand im Deutschen Theater eine spektakuläre Lesung daraus statt. Sie wurde auch vom DDR-Fernsehen übertragen, womit zum ersten Mal in der Geschichte der SED-Diktatur ein offizielles DDR-Medium über das stalinistische Unrecht berichtete. Die Lesung mit dem Schauspieler Ulrich Mühe markierte den Beginn der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit und war ein Fanal für die Friedliche Revolution.

1 *Neues Deutschland* vom 7. 3. 1953.
2 Trauersitzung des Zentralkomitees, in: Dokumente der SED 1954: Bd. IV, Berlin (Ost), S. 296 – 299, hier 269.
3 Vgl. Stenografische Mitschrift von der erweiterten Politbürositzung der SED am 25. 3. 1953. Zit. nach Hermann Weber: Schauprozeß-Vorbereitungen in der DDR, in: Hermann Weber/ Ulrich Mählert (Hg.): Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936 – 1953, Paderborn 1998, S. 459 – 485, hier 479.
4 Über die Auswertung des Beschlusses des Zentralkomitees zu den „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky". Beschluß der 13. Tagung des ZK der SED, 14. 5. 1953, in: Dokumente der SED 1954, S. 394 – 409, hier 395f.
5 Ministerrat der UdSSR: Beschluss über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der DDR, 2. 6. 1953. Zit. nach: Rolf Stöckigt: Ein Dokument von großer historischer Bedeutung vom Mai 1953, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 32 (1990) 5, S. 648 – 654, hier 652.
6 Vgl. Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Reinbek 1990, S. 58f.
7 Ebd., S. 74.
8 Zeit-Geschichte(n) – Verein für erlebte Geschichte (Hg.): Der 17. Juni 1953 in Halle – ein Tag der Zivilcourage, Halle 2001, S. 7.
9 *Neues Deutschland* vom 2. 7. 1953.
10 Herrnstadt: Dokument, S. 161; Der neue Kurs und die Aufgaben der Partei. Entschließung der 15. Tagung des ZK der SED, 26. 7. 1953, in: Dokumente der SED 1954, S. 449 – 478.
11 *Neues Deutschland* vom 5. 3. 1954.
12 Chruschtschows „Geheimrede" vom 25. Februar 1956, abgedruckt in: Reinhard Crusius/ Manfred Wilke: Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt am Main 1977, S. 487 – 537, hier 515.
13 *Neues Deutschland* vom 4. 3. 1956.
14 *DIE ZEIT* vom 21. 3. 1957.
15 Walter Janka: Das Kellergefängnis, in: Hubertus Knabe (Hg.): Gefangen in Hohenschönhausen. Stasi-Häftlinge berichten, Berlin 2012, S. 174 – 192, hier 174.
16 *Neues Deutschland* vom 14. 11. 1961.

1 **2**

3

1 Vor dem Ostberliner Stalin-Denkmal in Szene gesetzte Arbeiter lesen die Nachricht von Stalins Tod, 1953.
2 Trauerkundgebung am Stalin-Denkmal in der Ostberliner Stalinallee, 1953.
3 Elektro-Apparate-Werke „J. W. Stalin“ in Berlin-Treptow, 1958.

1 **2**

3

1 Während des Volksaufstandes vom 17. Juni in Brand gestecktes Stalin-Porträt aus einer Kontrollstelle der Berliner Volkspolizei, 1953.
2 Gestürztes Stalin-Denkmal in Budapest, 1956.
3 Durch die Straßen von Budapest geschleifter Kopf des Stalin-Denkmals, 1956.

SZERTAR

Julia Wigger

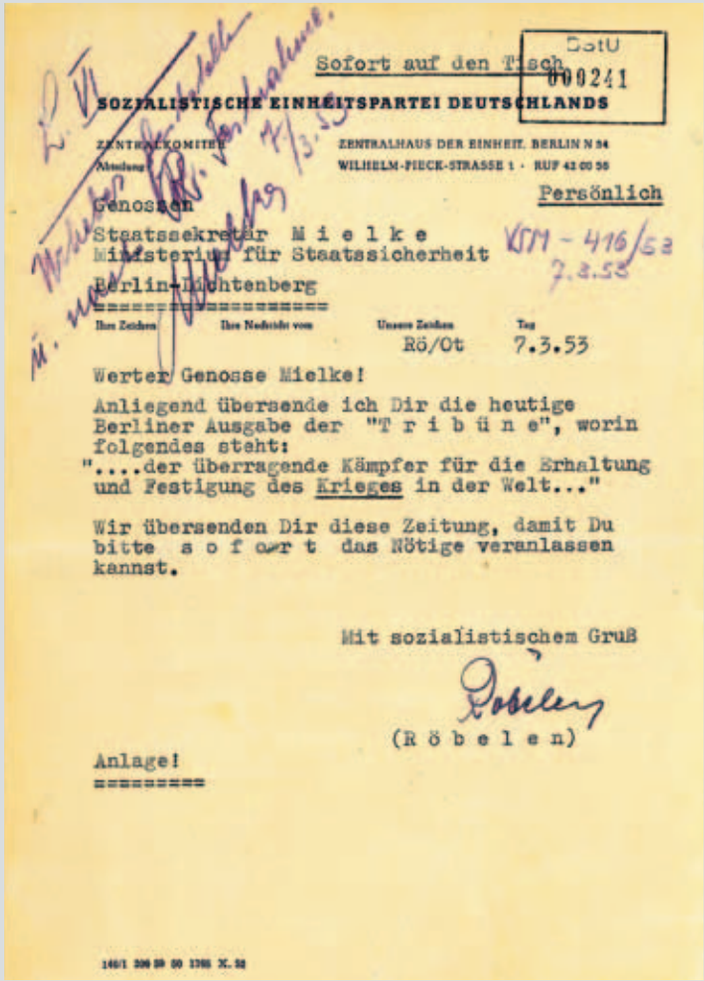
Ein fataler Druckfehler – der Fall *Tribüne*

„Der Tod des Genossen Stalin, der sein ganzes Leben selbstlos in den Dienst der großen Sache des Kommunismus gestellt hat, ist ein außerordentlich schwerer Verlust für die Partei, für die Werktätigen des Sowjetlandes und der ganzen Welt“[1], hieß es im Kondolenzschreiben des SED-Zentralkomitees. Dieses erschien zwei Tage nach Stalins Tod in der FDGB-Gewerkschaftszeitung *Tribüne.*

Das Kondolenzschreiben hatte die Druckerei am 6. März 1953 erst nach Redaktionsschluss erreicht, und der Schriftsetzer Karl Richter hatte postwendend mit seiner Arbeit begonnen, um den Text am darauffolgenden Tag auf der Titelseite der *Tribüne* veröffentlichen zu können. Beim Korrekturlesen wurde nur ein fehlendes Komma bemerkt, das Richter ersetzte. Allerdings unterlief ihm ein folgenschwerer Fehler: Statt des Wortes *Frieden* hatte er das Wort *Krieg* eingesetzt und damit die Huldigung Stalins in ihr Gegenteil verkehrt: Aus Stalin wurde „der überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Krieges“.[2]

Die Ausgabe der *Tribüne* wurde sofort zurückgerufen, als man den Fehler bemerkte. Allerdings konnte nur etwa ein Fünftel der insgesamt 25.500 Exemplare von der Volkspolizei und der Post sichergestellt werden.[3] Für den Setzer Karl Richter und den verantwortlichen Chef vom Dienst Hugo Polkehn hatte dieser Fehler weitreichende Folgen. Die Stasi verhaftete beide, brachte sie zuerst in die Untersuchungshaftanstalt in der Berliner Kissingenstraße und später nach Hohenschönhausen. Hier wurden sie mehrfach verhört. Karl Richter gab in den Verhören zu Protokoll, keinesfalls absichtlich gehandelt zu haben, stattdessen sei ihm aufgrund von Überanstrengung und Übermüdung ein Fehler unterlaufen, während Hugo Polkehn unter dem Einsatz von körperlicher Gewalt ein Geständnis ablegte. Als Motiv verwies er auf seine sozialdemokratisch geprägte Vergangenheit.

Vor dem Bezirksgericht in Halle widerrief Polkehn dieses Geständnis. Er gab detailliert Auskunft darüber, mit welchen Mitteln und Methoden die Stasi das Eingeständnis seiner Schuld erpresst hatte. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde die Verhandlung vertagt; die Verkündung des Urteils erfolgte zwei Monate später am 29. Dezember 1953. Trotz der Widerrufung des Geständnisses verurteilte das Gericht Karl Richter und Hugo Polkehn zu je fünfeinhalb Jahren Gefängnis wegen „Boykotthetze“ und „Agententätigkeit“. Die bereits abgesessene Zeit in der Untersuchungshaft wurde Polkehn nicht anerkannt, da die Rücknahme seines Geständnisses als Verleumdung der Stasi ausgelegt wurde.



BStU
000241

Sofort auf den Tisch

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

ZENTRALKOMITEE
Abteilung

ZENTRALHAUS DER EINHEIT, BERLIN N 54
WILHELM-PIECK-STRASSE 1 · RUF 42 00 56

Persönlich

Genossen
Staatssekretär M i e l k e
Ministerium für Staatssicherheit
Berlin-Lichtenberg

VSM - 416/53
7.3.53

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen	Tag
		Rö/Ot	7.3.53

Werter Genosse Mielke!

Anliegend übersende ich Dir die heutige Berliner Ausgabe der "T r i b ü n e", worin folgendes steht:
"....der überragende Kämpfer für die Erhaltung und Festigung des Krieges in der Welt..."

Wir übersenden Dir diese Zeitung, damit Du bitte s o f o r t das Nötige veranlassen kannst.

Mit sozialistischem Gruß

(R ö b e l e n)

Anlage!

Das Zentralkomitee der SED beauftragt den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit Erich Mielke, dem „Fall Tribüne“ nachzugehen. Dieser fordert seinen Apparat handschriftlich auf: „Näheres feststellen und nach R[ücksprache] Festnahme“, 1953.

Erst am 30. April 1956 wurde Hugo Polkehn, nach mehrmaligen Eingaben an das Justizministerium, an Walter Ulbricht und an Wilhelm Pieck sowie durch Bemühungen seiner Freunde und Kollegen vorzeitig aus der Haft entlassen.[4] Das weitere Schicksal von Karl Richter bleibt unklar.

1 O. A.: Unsterblich ist Stalins Werk, in: *Tribüne*, 07. 03. 1953, in: BStU, MfS AU 30 – 54, Band 1, S. 242.
2 Ebd., S. 243.
3 Vgl. Gunter Holzweißig: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997, S. 141f.
4 Vgl. O. A.: Nach der Korrektur fehlte in der Hektik ein Komma, in: B. Z., 25. 05. 1990.

Anhang

Autorenbiografien

Bernhard H. Bayerlein (*1949)
Senior Researcher an der Ruhr-Universität Bochum, Institut für soziale Bewegungen. Forschungsschwerpunkte: Transnationale Kommunismusforschung; Geschichte sozialer, politischer und kultureller Bewegungen und Arbeiterbewegungen; Deutsch-französische Beziehungen; Portugal/Spanien/Iberoamerika; Antifaschistische Migration. Werke u.a.: Deutschland-Russland-Komintern 1918–1943, 3 Bde., Berlin 2015; „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, Berlin 2008; Die Dimitrov-Tagebücher, Berlin 2000.

Jan C. Behrends (*1969)
Historiker am Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam und Lehrbeauftragter für osteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte: Moderne Diktaturen und Gewaltforschung. Werke u. a.: Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR, Köln 2006; (Hg.): The Return to War and Violence, New York 2017; 100 Jahre Roter Oktober, Berlin 2017 (gemeinsam hrsg. mit Thomas Lindenberger und Nikolaus Katzer).

Stefan Donth (*1968)
Leiter Forschung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Werke u. a.: Die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht bei der Errichtung des kommunistischen Machtapparates in Sachsen von 1945 bis 1952, in: Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943–1949, Göttingen 2015, 207–222; Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, Köln/Weimar/Wien 2002 (gemeinsam mit Mike Schmeitzner); Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952 – Die Politik der Sowjetischen Militäradministration und der SED, Köln/Weimar/Wien 2000.

Jörn Düwel (*1965)
Professor für Geschichte und Theorie der Architektur an der HafenCity Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Aufarbeitung der Architekturgeschichte in der SBZ und der DDR. Werke u. a.: Neue Städte für Stalin, Berlin 2015, mit R. Wolters; Architektur und Städtebau der DDR – die frühen Jahre, Berlin 2007, mit N. Gutschow und W. Durth; Städtebau in Deutschland im 20. Jahrhundert, Berlin 2005, mit N. Gutschow; Architektur und Städtebau der DDR, Frankfurt a. M. 1998.

Andreas Engwert (*1968)
Leiter Ausstellungen der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und Kurator der dortigen Dauerausstellung. Werke u. a.: Inhaftiert in Hohenschönhausen, Berlin 2015, hrsg. mit H. Knabe; Sonderzüge in den Tod. Die Deportationen mit der Deutschen Reichsbahn. Begleitdokumentation zur gleichnamigen Wanderausstellung, Köln 2009, gemeinsam hrsg. mit S. Kill.

Peter Erler (*1961)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Mitarbeiter im Forschungsverbund SED-Staat, Redaktionsmitglied der *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*. Forschungsschwerpunkte: Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion, sowjetische Speziallager und politische Prozesse in der SBZ/DDR. Werke u. a.: Medizin hinter Gittern, Berlin 2011, gemeinsam mit H. Knabe und T. Voigt.

Hubertus Knabe (*1959)
Wissenschaftlicher Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Von 1992 bis 2000 tätig in der Forschungsabteilung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU). Werke u. a.: Honeckers Erben, Berlin 2009; (Hg.): Die vergessenen Opfer der Mauer, Berlin 2009; Die Täter sind unter uns, Berlin 2007; Gefangen in Hohenschönhausen, Berlin 2007.

Gerd Koenen (*1944)
Historiker und Publizist. Forschungsschwerpunkte: Deutsch-russische Beziehungen im 20. Jahrhundert und die Geschichte des Kommunismus. Werke u. a.: Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017; Der Russland-Komplex – Die Deutschen und der Osten 1900–1945, München 2005; Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001 (TB: Frankfurt 2003).

Matthias Uhl (*1970)
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Moskau. Forschungsschwerpunkte: sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlinkrise; Rüstungs- und Reparationspolitik der UdSSR nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges; die DDR im östlichen Militärbündnis; sowjetische Geheim- und Nachrichtendienste im Kalten Krieg. Werke u. a.: Verhört. Die Befragungen deutscher Generale und Offiziere, Berlin 2015; Krieg um Berlin?, München 2008.

Danksagung

Carmen Adam,Thomas Ammer, Franziska Andree, Harald Berndt, Beatrice Berthel, Christian Beyer, Harald Bodenschatz, Andreas Bogoslawski, Andreas Borsch, Ursula Böwe, Jörn-Ulrich Brödel, Matthias Dallmann, Ulrike Döbel, Petra Dolle, Stefan Donth, Frank Drauschke, Frank Ebert, Ingrid Eisenbart, Michael Eisenriegler, Carolin Engwert, Bettina Erlenkamp, Peter Erler, Michael Fernau, Konrad Fickelscher, Miriamne Fields, Katja Friedrich, Barjazengel Fröhlich, Johannes Fülberth, Gilbert Furian, Christel Gass, Michael Ginsburg, Felix Guhl, Anja Greulich, Bert Hoppe, Stefanie Hüttl, Klaus Janetzki, Berthold Jentsch, Maksim Kartashev, Sabine Klausch, Tobias Klee, Jörn Kleinhardt, Fred Koch, André Kockisch, Thorsten Krause, Jochen Krüger, Sebastian Langer, Daniela Martinova, Andreas Matschenz, Torsten W. Müller, Claudia Panzner, Anja Pienkny, Daniel Porsdorf, Hartmut Preuß, Erika Riemann, Klaus Riemer, Marten Ronneburg, Silke Satjukow, Afra Sauterleute, Michael Schäbitz, Daniel Schmücking, Artur Schneider, Andreas Schönfelder, Lothar Scholz, Christoph Schreier, Yana Shchipitsyna, Wilfried Seiring, Michael Sobotta, Silva Teichert, Uwe Tiedemann, Anna Váradi, Matthias Wagner, Monika Weber, Bettina Wegner, Manfred Wichmann, Julia Wigger, Sven Wolthusen, Michael Zingler

Leih- und Lizenzgeber

Akademie der Künste, Archiv Jan Emendörfer, Archiv Jörn Düwel, Archiv Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V., Ateliermuseum Ruthild Hahne, Auswärtiges Amt – Politisches Archiv, Bundesarchiv/Bibliothek Berlin, Bundesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit (BStU), Christian Beyer, Chinbat Lkhagva, Chronos Media GmbH, Claudia Panzner, DDR-Museum Berlin, Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth, Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Deutsches Historisches Museum, Deutsches Rundfunkarchiv, Filmarchiv Berlin, framepool, Geschichtswerkstatt der Bildungseinrichtung für berufliche Umschulung und Fortbildung, International Historic Films, Inc., Norbert Krebs, National Archives and Records Administration, net-film.ru, Polytechnisches Museum Moskau, Progress Filmverleih,

rbb media, Robert-Havemann-Gesellschaft, Rogge-Museum, Salomea Genin, Staatliches Archiv der Russischen Föderation (GARF), Städtische Museen Annaberg-Buchholz – Erzgebirgsmuseum, Städtisches Museum Eisenhüttenstadt, Stadtmuseum Gera, Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Stralsund Museum, Tbilisskaya Kinostudiya, Telepool, Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Ungarisches Nationalmuseum Budapest, Universitätsbibliothek Heidelberg, Wazee Digital, ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, Zentrum für Berlinstudien

Literaturempfehlung

Balázs Apor/Jan C. Behrends/Polly Jones (Hg.): The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, Basingstoke/New York 2004.

Jörg Baberowski: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt, München 2012.

Jörg Baberowski/Robert Kindler: Macht ohne Grenzen. Herrschaft und Terror im Stalinismus, Frankfurt am Main 2014.

Jan C. Behrends: Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR, Köln 2005.

Jörn Düwel/Niels Gutschow/Werner Durth: Architektur und Städtebau der DDR. Die frühen Jahre, Berlin 2007.

Jörn Düwel/Rudolf Wolters: Neue Städte für Stalin. Ein deutscher Architekt in der Sowjetunion 1932 – 1933, Berlin 2015.

Sheila Fitzpatrick: Everyday Stalinism: Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s, Oxford 1999.

Jan Foitzik (Hg.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente, Berlin 2014.

Bettina Greiner: Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland, Hamburg 2010.

David Hoffmann: Stalinist Values. The Cultural Norms of Soviet Modernity 1917 – 1941, Ithaka 2003.

Bert Hoppe: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928 – 1933, München 2007.

Horch und Guck. Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur 24 (2015), Heft 81 (Themenschwerpunkt. Kriegserklärung an Europa. Der Hitler-Stalin-Pakt und seine Folgen).

Inhaftiert in Hohenschönhausen. Zeugnisse politischer Verfolgung 1945 – 1989. Katalog zur Dauerausstellung, herausgegeben von Hubertus Knabe und Andreas Engwert für die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Berlin 2015.

Hubertus Knabe: 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003.

Hubertus Knabe: Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland, Berlin 2005.

Hubertus Knabe (Hg.): Gefangen in Hohenschönhausen. Stasi-Häftlinge berichten, Berlin 2007.

Katharina Klotz: Führerfiguren und Vorbilder. Personenkult in der Ära Ulbricht, in: Dieter Vorsteher (Hg.): Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin/München 1996, S. 322 – 336.

Gerd Koenen: Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900 – 1945, München 2005.

Gerd Koenen: Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao Tse-tung. Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt am Main, 1992.

Gerd Koenen: Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017.

Stephen Kotkin: Stalin, Vol. I: Paradoxes of Power, 1978 – 1928, New York 2014.

Wolfgang Leonhard: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln 1955.

Reinhard Löhmann: Der Stalinmythos. Studien zur Sozialgeschichte des Personenkultes in der Sowjetunion (1929 – 1935), Münster 1990.

Sigmund Neumann: Permanente Revolution. Totalitarismus im Zeitalter des internationalen Bürgerkriegs, herausgegeben von Gerhard Besier und Ronald Lambrecht, Berlin 2013.

Herbert Nicolaus/Alexander Obeth: Die Stalinallee: Geschichte einer deutschen Straße. Berlin 1997.

Jan Plamper: The Stalin Cult: A Study in the Alchemy of Power, New Haven 2012.

Jan Plamper/Klaus Heller (Hg.): Personenkulte im Stalinismus. Personality Cults in Stalinism, Göttingen 2004.

Tatjana Reiber/Berit Bliesemann de Guevara (Hg.): Charisma und Herrschaft. Führung und Verführung in der Politik, Frankfurt am Main 2011.

Susanne Schattenberg: Diplomatie der Diktatoren. Eine Kulturgeschichte des Hitler-Stalin-Pakts, in: *Osteuropa 59* (7 – 8/2009), S. 7 – 32.

Karl Schlögel: Terror und Traum Moskau 1937, München 2008.

Robert C. Tucker: Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928 – 1941, New York/London 1990.

Hermann Weber: Damals als ich Wunderlich hieß. Vom Parteihochschüler zum kritischen Sozialisten. Die SED-Parteihochschule „Karl Marx“ bis 1949, Berlin 2002.

Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.): Terror: Stalinistische Parteisäuberungen 1936 – 1953, Paderborn 1998.

Max Weber: Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, in: Ders.: Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik, hrsg. von Johannes Winckelmann, Stuttgart 1973, S. 151 – 166.

Jürgen Zarusky (Hg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung, München 2006.

Bildnachweis

Akademie der Künste, Berlin: 143 – 5, 143 – 6, 143 – 8, 151 – 5
akg-images: 9 – 1, 9 – 5, 9 – 9, 51, 66 – 1, 147 – 3, 147 – 4, 151 – 4
Archiv der sozialen Demokratie: 168 – 1
Archiv Jan Emendörfer: 47 – 2
Archiv Jörn Düwel, Hamburg: 108
Berlinische Galerie, Landesmuseum für Moderne Kunst: 119 alle (Foto: Gisela Dutschmann)
bpk-Bildagentur: Coverfoto (Michael Sobotta), 30/31, 49 – 2, 118 – 2, 167 – 1, 167 – 2
Bundesarchiv: 9 – 3, 9 – 6, 21 – 3, 35, 46 – 1, 47 – 3, 66 – 2, 67 – 3, 74, 88, 94 – 3, 95 bis 97 alle, 118 – 1, 118 – 3, 128, 157 – 5, 167 – 3
Chronos Media GmbH: 54
Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU): 148 bis 149 alle, 171
Deutsches Historisches Museum, Berlin: 12, 33 – 2, 70 – 1, 70 – 2, 71 – 5, 142 – 2, 147 – 7
Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Sammlung Timofej Melnik: 68/69
fine Art images: 9 – 2
FORTEPAN: 169 – 3
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: 18 – 2, 18 – 3, 19 alle, 20 – 2 und 21 – 4 (Reproduktionen aus: Ernst Thälmann, Bilder und Dokumente aus seinem Leben, hrsg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut Berlin, 1955), 24, 28 bis 29 alle, 32 – 1, 36, 48 – 1, 73 (Foto: Eisenhart Keimeyer), 82 bis 83 alle (Foto: Luise Wagener), 85-1 (Reproduktion aus: 5 Jahre Freie Deutsche Jugend, hrsg. vom Zentralrat der FDJ, Berlin 1951), 85 – 2 (Reproduktion aus: Wir sind die junge Garde, hrsg. vom Zentralrat der FDJ, Berlin 1971), 99, 102, 142 – 1, 147 – 2, 150 – 1, 150-3
Getty Images: 9-7, 154 – 2
Landesarchiv Berlin: 22/23, 94 – 1, 94 – 2, 107 – 2, 120/121, 122/123, 124/125, 142 – 3, 142 – 4, 147 – 5, 147 – 6, 152 – 2
Landesarchiv Sachsen-Anhalt/ Abt. Merseburg: 157 – 4
Russian Archives: 9 – 4
SLUB / Deutsche Fotothek: 107 – 1 (Foto: Abraham Pisarek), 107 – 3 (Foto: Fritz Eschen), 144/145 (Foto: Abraham Pisarek), 146 – 1, 152 – 1, 153 alle, 154 – 1, 156 – 2, 157-6, 160
Stadtarchiv Gera: 157 – 3
Stadtgeschichtliches Museum Leipzig: 70-3
Stadtmuseum Riesa: 156 – 1
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: 71 – 4, 101, 143 – 7, 150 – 2, 155 – 3
Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg: 9 – 8
SZ-Photo: 94 – 4, 169 – 2
Thomas Böttger: 127
ullstein bild: 20 – 1
VG Bild-Kunst: 18 – 1

Impressum

Ausstellung

DER ROTE GOTT
Stalin und die Deutschen

Eine Ausstellung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Land Berlin.

Wissenschaftliche Gesamtleitung
Dr. Hubertus Knabe

Kurator
Andreas Engwert

Mitarbeiter
Björn Boldt, Pia Heine, Alexander Hoeflich, Alexander Kendzia, Eva Langhals

Ausstellungsgestaltung
beier + wellach projekte

Mediengestaltung
beier + wellach projekte

Ausstellungsbau
id3d, Berlin

Exponateinrichtung
id3d, Berlin

Englische Übersetzung
Miriamne Fields

Reproduktion
Schein Berlin

Katalog

© Lukas Verlag und Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte
Kollwitzstraße 57
D-10405 Berlin
www.lukasverlag.com

Deutsche Erstausgabe, 1. Auflage 2018

Alle Rechte vorbehalten

Herausgeber
Andreas Engwert und Hubertus Knabe
für die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Projektmanagement Katalog
bookTRade Tanja Ruzicska, Berlin

Lektorat
bookTRade Tanja Ruzicska, Berlin
Palma Müller-Scherf, Berlin

Layout und Art Direction
Bureau Mathias Beyer, Köln

Gestaltung und Bildbearbeitung
Dieter Wendland, Berlin

Korrektorat
Ines Kaplan

Druck
Westermann Druck, Zwickau

Bindung
Stein + Lehmann, Berlin

Covermotiv
Stalin-Denkmal an der Stalinallee in Berlin-Friedrichshain, 1952

Printed in Germany

ISBN 978-3-86732-298-0